

Departement für Pferde
der Vetsuisse-Fakultät Universität Zürich
Direktor: Prof. Dr. Anton Fürst

Arbeit unter wissenschaftlicher Betreuung von

Dr. Jan Kümmerle

**Rahmenbedingungen und Problemfelder der Kaufuntersuchung beim Pferd im
Hinblick auf die historische Entwicklung und den aktuellen Stand des Pferde-
kaufrechts in der Schweiz**

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde der
Vetsuisse-Fakultät Universität Zürich

vorgelegt von

Ursina Kuoni-Lüchinger

Tierärztin

von Oberriet-Montlingen SG

genehmigt auf Antrag von

Prof. Dr. Anton Fürst, Referent

Prof. Dr. Gerald Fritz Schusser, Korreferent

2018

Meiner Familie

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
Abstract	4
Glossar	5
1. Einleitung	7
2. Viehwährschaftsrecht im Pferdehandel – eine Übersicht über die historische und rechtliche Entwicklung sowie das geltende Recht	9
2.1 Vorbemerkungen	9
2.2 Material und Methode	9
2.3 Resultate	9
2.3.1 Historischer Überblick über den Pferdehandel und Entwicklung der einschlägigen Normen	9
2.3.2 Aktuelle Rechtslage beim Pferdekauf in der Schweiz	15
2.3.3 Aktuelle rechtliche Situation in den deutschsprachigen Nachbarländern	25
3. Situation und Rahmenbedingungen der Ankaufsuntersuchung in der Schweiz	29
3.1 Situation und Rahmenbedingungen	29
3.2 Veterinärmedizinische Aspekte der Ankaufsuntersuchung	30
3.2.1 Vorbemerkungen	30
3.2.2 Die Ankaufsuntersuchung	32
3.3 Rechtliche Aspekte der Ankaufsuntersuchung in der Schweiz	34
3.3.1 Vertragsverhältnis	34
3.3.2 Anforderung an die Sorgfalt und Haftung des Tierarztes	34
3.3.3 Ziel und Zeitpunkt der Ankaufsuntersuchung	35
4. Aktuelle Erhebung über die Situation der Kaufuntersuchung in der Schweiz nach Einschätzung der durchführenden Pferdetierärzte	37
4.1 Einleitung	37
4.2 Material und Methode	37
4.2.1 Durchführung der Befragung	37
4.2.2 Inhalt des Fragebogens	37
4.2.3 Auswertung der Fragebogen	38
4.3 Ergebnisse	38

5.	Diskussion	76
5.1	Historische Entwicklung des Kaufrechts in der Schweiz	76
5.2	Reiterei als Breitensport	76
5.3	Würdigung der Problematik unter geltendem Recht	76
5.3.1	Zwingende einfache Schriftlichkeit	77
5.3.2	Informationsbedarf bei der Käuferschaft	77
5.3.3	Länge der Frist	78
5.3.4	Durchsetzung und Verfahrenseinleitung	82
5.3.5	Individuelle Vertragsgestaltung unter geltendem Recht	82
5.4	Wichtige Aspekte aus tierärztlicher Sicht	83
5.4.1	Bedeutung der Kaufuntersuchung	83
5.4.2	Vorgehen	84
5.4.3	Dokumentation und Untersuchungsumfang	84
5.4.4	Haftung des Tierarztes im Rahmen des Auftrags zur Kaufuntersuchung	85
5.4.5	Konfliktpunkte	87
5.5	Verbesserungsmöglichkeiten der aktuellen Situation	89
5.5.1	Die rechtliche Situation in Deutschland nach der Reform	89
5.5.2	Ein Röntgenleitfaden für die Schweiz als Lösungsansatz?	91
5.5.3	Verlängerung der Währschaftsfrist	93
5.5.4	Verzicht auf das Schriftlichkeitserfordernis	93
5.5.5	Aufklärung und Information	93
5.5.6	Limitationen der Verbesserungsvorschläge	95
5.6	Problematik und Limitationen bei der Befragung der Tierärzteschaft: Rücklauf, Fragestellung	95
5.7	Fazit	96
6.	Literaturverzeichnis	97
	Danksagung	
	Curriculum Vitae	
	Anhang	

Zusammenfassung

Der Stellenwert des Pferdes und das Umfeld des Pferdehandels haben sich seit der Schaffung des Viehwährschaftsrechts enorm verändert. Das Pferd ist heute Freizeit- und Sportgefährte und die Käuferschaft besteht oft aus Laien. Diesem Wandel trägt das geltende Viehhandelsrecht keinerlei Rechnung. Die Gewährleistungsbestimmungen schaffen zwar Rechtssicherheit, führen aber - insbesondere auf Käuferseite - zu Ungerechtigkeiten im Einzelfall. Hier nimmt die tierärztliche Ankaufsuntersuchung eine wichtige Rolle ein, indem sie ein wichtiges Instrument für die Kaufentscheidfindung bildet und der Absicherung des Käufers dient.

Im ersten Teil dieser Arbeit werden die historisch-rechtliche Entwicklung des Viehwährschaftsrechts und die aktuelle Rechtslage in der Schweiz näher beleuchtet. Der zweite Teil widmet sich den Rahmenbedingungen, unter denen die Ankaufsuntersuchung heute in der Schweiz durchgeführt wird. Die Resultate einer Erhebung innerhalb der Schweizer Tierärzteschaft über die Situation der Ankaufsuntersuchung in der Schweiz werden schliesslich im dritten Teil präsentiert. Diese Ergebnisse unterstreichen die Wichtigkeit des Käuferschutzes und der Information über die herrschende Rechtslage eindeutig.

Durch Verbesserung der Rechtskenntnis der betroffenen Personenkreise sowie potentiell durch Verzicht auf das Schriftlichkeitserfordernis beim Pferdehandel könnte ein entscheidender Beitrag zur verbesserten Praktikabilität des Rechts und zum Käuferschutz geleistet werden.

Abstract

Since the enactment of the trade law for livestock, the role of the horse in society and the surrounding external circumstances of horse trade have changed. While in former times horses were mainly used as working animals, they serve as leisure companions and sport fellows nowadays. These environmental changes were not picked up by legislation and the current legal situation might not fulfill the requirements of modern horse buyers, often laypersons. Hence, the veterinary pre-purchase examination is of great importance for the buyer, not only in the process of decision making but also to improve his legal protection.

The first part of this study summarizes the history of the Swiss trade law for livestock and provides an overview of the current legal situation. The second part describes the conditions of the equine pre-purchase examination in Switzerland. The results of a survey amongst equine veterinarians on these subjects are presented in the third part.

Our results underline the weak legal status of horse buyers in Switzerland and the poor level of understanding of the current legal situation amongst horse buyers but also amongst veterinarians. It is concluded that the legal knowledge of the people involved should be improved. Furthermore, the importance of a correct veterinary pre-purchase examination is confirmed. Lastly, we suggest that the requirement for a written form in horse trade as a prerequisite for legal protection of the buyer should be abolished in Swiss law.

Glossar

a.A.	anderer Ansicht
Abb.	Abbildung
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch (Österreich)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch (Deutschland)
BGE	Bundesgerichtsentscheid
BGH	Bundesgerichtshof (Deutschland)
cc	cranio-caudal
COPD	Chronic Obstructive Pulmonary Disease
dlpm	dorsolateral-plantaromedial
dmpl	dorsomedial-plantarolateral
dp	dorso-palmar, dorso-plantar
e.o.	Expert Opinion
ERU	equine rezidivierende Uveitis
IHL	idiopathische Hemiplegia laryngis
ll	latero-lateral, seitlich
lm	latero-medial, seitlich
mgr.	mittelgradig
OCD	Osteochondrosis dissecans
OR	Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30. März 1911

RAO	Recurrent Airway Obstruction
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937
SVPM	Schweizerische Vereinigung für Pferdemedizin
Tab.	Tabelle
TschG	Tierschutzgesetz vom 16. Dezember 2005
TschV	Tierschutzverordnung vom 23. April 2008
VO Viehhandel	Verordnung des Bundesrates betreffend die Viehwähnschaft und das Verfahren bei der Ge- währleistung im Viehhandel vom 14. November 1911
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907

1. Einleitung

Das Pferd im Wandel der Zeit: Die Anforderungen an das Pferd in der heutigen Gesellschaft sowie das sozioökonomische Umfeld des Pferdehandels haben sich in den letzten Jahren enorm gewandelt. Es stellt sich deshalb die Frage, ob das geltende Viehhandelsrecht und die entsprechenden Sondernormen über die Sachgewährleistung den Anforderungen an ein zeitgemässes und praxistaugliches Pferdekaufrecht noch genügen können und damit tauglich sind für den Pferdehandel im Jahre 2018 und welche Rolle die Ankaufsuntersuchung, die nach wie vor der Feststellung des aktuellen Gesundheitszustandes dient und dem Käufer damit eine Entscheidungsgrundlage liefern soll, in diesem Kontext spielt.

Als Viehhandel gilt der gewerbsmässige An- und Verkauf, der Tausch und die Vermittlung von Pferden, Maultieren, Eseln, Rindvieh, Schafen, Ziegen und Schweinen. Für den Kauf von Pferden gelten in der Schweiz somit und nach wie vor die Sonderbestimmungen des Bundesgesetzes über das Obligationenrecht (OR) über den Viehhandel (OR 198 und 202) aus dem Jahr 1911, die eine Haftungsbeschränkung und verkürzte Gewährleistungsfrist für den Handel mit den genannten Tierarten beinhalten. Seit Einführung dieses Gesetzes, vor allem aber in den letzten 50 Jahren, unterlagen die Rahmenbedingungen des Pferdehandels grossen Veränderungen. So hat sich der Stellenwert des Pferdes in der Gesellschaft seit Ende des Zweiten Weltkrieges grundlegend verändert: Das Pferd ist immer mehr vom Arbeitstier zum Freizeitgefährten und Sportler geworden. Infolge dieses Wandels im Umfeld des Pferdehandels und der geänderten Verwendung der Tiere im Sport- und Freizeitbereich ergeben sich andere Problemfelder und neue Anforderungen an ein modernes Pferdekaufrecht. Der Umstand, dass es sich bei der Käuferschaft heute oft um Laien handelt, die sich mit der Aufgabe konfrontiert sehen, den gesundheitlichen Zustand des Pferdes und dessen längerfristige Eignung zum geplanten Gebrauchszweck innert kurzer Frist abschliessend zu beurteilen, verschärft die Situation ebenso wie die komplizierten und käuferunfreundlichen rechtlichen Regelungen. So fühlt sich der unerfahrene und schlecht informierte Käufer durch das geltende Gewährleistungsrecht nicht selten benachteiligt.

Die vorliegende Arbeit gliedert sich im Wesentlichen in drei Teile. Ziel ist es, in den ersten beiden Abschnitten einen Überblick über die historische Entwicklung der Rechtsnormen zu geben und das veränderte Umfeld des Pferdehandels sowie der Ankaufsuntersuchung näher zu beleuchten. Die sich in diesem Spannungsfeld ergebenden Probleme sollen ausführlich dargelegt und die kritischen Punkte der gesetzlichen Regelungen in Bezug auf den Handel mit Sport- und Freizeitpferden in der heutigen Zeit aufgegriffen und ein Vergleich mit den einschlägigen Regelungen der deutschsprachigen Nachbarländer gezogen werden. In einem dritten Teil sollen

schliesslich die Daten einer Befragung der Pferdetierärzte der Schweiz zum Thema Pferdekaufrecht und Kaufuntersuchung dargelegt werden. In der abschliessenden Diskussion sollen unter Bezugnahme auf die Ergebnisse dieser Arbeit sowie der Einschätzungen eines Expertengremiums die Schwachpunkte der geltenden gesetzlichen Regelung des Pferdekaufs und deren Relevanz für die Praxis näher untersucht und sinnvolle Änderungen vorgeschlagen werden.

2. Viehwährschaftsrecht im Pferdehandel – eine Übersicht über die historische und rechtliche Entwicklung sowie das geltende Recht

2.1 Vorbemerkungen

In einem ersten Teil dieser Arbeit wird auf die aktuelle rechtliche Situation des Pferdekaufes in der Schweiz im Spannungsfeld der veränderten Bedeutung und Nutzung des Pferdes als Sport- und Freizeitgefährte für die heutige Käuferschaft näher eingegangen und ein Vergleich zu den deutschsprachigen Nachbarländern gezogen.

2.2 Material und Methode

Für die Beurteilung der kritischen Punkte der Schweizerischen Rechtslage aus veterinärmedizinischer und juristischer Sicht wurden neben den entsprechenden Standardwerken zum Viehwährschaftsrecht auch die über die Datenbanken Pubmed, Medline, Swisslex sowie die Internetsuchmaschine GoogleScholar auffindbaren relevanten Fachpublikationen herangezogen und eine Übersicht über darin enthaltene Aspekte erstellt.

2.3 Resultate

2.3.1 Historischer Überblick über den Pferdehandel und Entwicklung der einschlägigen Normen

Die Geschichte des Pferdehandels reicht beinahe so weit zurück wie die Domestikation des Pferdes 3000 Jahre v. Chr. an mehreren Orten gleichzeitig (Nobis 1986). Die Nutzung als Zug- und Tragtier brachte der damaligen Bevölkerung in vielerlei Hinsicht Vorteile. So konnten lange Wegstrecken zu Pferd bequemer zurückgelegt, schwere Lasten einfacher transportiert und die Arbeiten auf dem Feld, im Wald und später auch im Bergbau unter Tag schneller und einfacher erledigt werden (Sommer 2000). Auch im Krieg und für die Nahrungsmittelproduktion wurde das Pferd eingesetzt. Als Folge der Mechanisierung der Landwirtschaft, der Armee und des Gewerbes zu Beginn des 20. Jahrhunderts ging der Pferdebestand seit dieser Zeit laufend zurück (Isenbügel 1999). Erst in den neunziger Jahren war wieder ein Anstieg des Pferdebestandes in der Schweiz zu verzeichnen, welcher dem beginnenden Aufschwung der Freizeitreiterei zu verdanken war. Während 1960 mehr als 90 Prozent aller Pferde in der Schweiz in bäuerlichem Eigentum waren, sind dies heute weniger als die Hälfte (Poncet et al. 2007). Es ist aber nach wie vor so, dass der grosse Teil aller Pferde auch heute noch auf landwirtschaftlichen Betrieben untergebracht ist. Nur gerade 25 Prozent der in der Schweiz gehaltenen Equiden befinden sich nicht in bäuerlicher Obhut (Schmidlin et al. 2013). Derzeit verfügt die Schweiz über einen

Pferdebestand von etwas mehr als 103'000 Equiden, also Pferde, Ponys, Esel, Maulesel und Maultiere (BFS 2012, Schwarz et al. 2013), wobei rund zwei Drittel dieser Tiere als Freizeitpferde genutzt und lediglich ein Drittel als Arbeits- oder Sportpferde gehalten werden (Bachmann und Stauffacher 2002). Die Bedeutung der Pferdebranche in der Schweiz wird aus ökonomischer Sicht durch einen geschätzten Umsatz von 1.91 Milliarden Franken pro Jahr und die Schaffung von rund 10'000 Arbeitsplätzen in Bereichen wie Pferdehandel, Zucht, Pferdepension, Veterinärmedizin und Pferdeversicherung deutlich (Schmidlin et al. 2013)

Entsprechend dieser Zahlen kommt dem Pferdehandel eine recht grosse ökonomische Bedeutung zu. Dabei ist aber die sogenannte Rosstäuscherei, also die Vor Spiegelung von Stärken und das Kaschieren von Schwächen des Pferdes, ebenso alt wie der Pferdehandel selbst (Meyer 2002b). Neben den Pferdehändlern, Stallmeistern, Hufschmieden und Offizieren hatten insbesondere auch die sogenannten Viehdoktoren bei der Täuschung über den Gesundheitszustand und die Tauglichkeit zum vorgesehenen Gebrauch ihre Hände im Spiel (Tichy 1995, Meyer 2002b). Bereits in der Antike bestand folglich das Bedürfnis, sich vor dem Kauf eines Pferdes abzusichern und erfahrene Fachleute zu Rate zu ziehen. So hatte die Untersuchung der kostbaren Handelsware vor dem Kauf schon damals einen wichtigen Stellenwert (Eidherr 2002, Wolkowski 2010). Schon zu hellenistischen Zeiten wurden nämlich teils horrend Preise für ein einzelnes Pferd bezahlt. So soll bereits in der Antike für Bukephalos, das berühmte Streitross Alexander des Grossen (336 bis 323 v. Chr.), ein Preis in der Höhe des Monatssolds von 1500 Soldaten bezahlt worden sein (Duve und Völker 1997).

Die heute geltenden Regelungen des Viehhandelsrechts gehen zurück auf römisch-rechtliche Grundsätze und sind stark geprägt durch germanische und gewohnheitsrechtliche Einflüsse. Die germanischen Stammesrechte wurden ab 477 n.Chr. in den „Leges Barbarorum“ in schriftlicher Form gesammelt und erreichten 802 n.Chr. ihren Abschluss auf dem Aachener Reichstag (Senn 2007). Das damalige allgemeine Kaufrecht ging davon aus, dass ein einmal abgeschlossener Handel nicht rückgängig gemacht werden konnte. Für den Kauf von Tieren, deren Fehler im Unterschied zu leblosen Sachen oft nicht einfach und sofort festgestellt werden konnten, wurde dem Käufer bereits damals eine Probezeit zugestanden, damit er sich von der Tauglichkeit und Gesundheit des Tieres überzeugen konnte (Strasser 1980). Entsprechend dem Grundsatz „Augen auf, Kauf ist Kauf“ hatte der Verkäufer dann nicht mehr für Mängel zu haften, sobald der Käufer die Kaufsache gesehen und übernommen hatte (Sommer 2000). Etwas Anderes galt für arglistig verschwiegene erhebliche Fehler und Mängel, welche bei Vertragsschluss nicht erkennbar waren, sich aber innert der Gewährleistungsfrist offenbarten (Gerweck 2000). In diesem Fall musste der Verkäufer schwören, dass er den Fehler nicht gekannt hatte. Tat er dies, galt entsprechend der Devise „ein Mann, ein Wort“ die Vermutung, dass dieser erst nach

dem Kauf entstanden sei (Sommer 2000). Die Praxis zeigte, dass eine uneingeschränkte Haftung des Verkäufers für alle versteckten und erheblichen Mängel den Pferdehandel aber enorm behinderte, so dass sich mit der Zeit eine Liste von klar definierten Hauptmängeln bildete, die im 12. und 13. Jahrhundert Eingang in das geschriebene Recht der Länder und Städte fand (Gerweck 2000). Diese Regelung ermöglichte dem Käufer die Rückabwicklung des Kaufvertrags, sofern das Pferd an einem Hauptmangel erkrankte, welcher zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses nicht erkennbar war und sich innert Gewährleistungsfrist zeigte.

Die germanisch-rechtlichen Regelungen behaupteten sich lange Zeit neben dem herrschenden römischen Recht. Letzteres beruhte im Wesentlichen auf den Bestimmungen, welche die kurulischen Ädile im Rahmen ihrer Marktgerichtsbarkeit in Edikten über den Kauf von Sklaven und Zugtieren festsetzten (Blaich 1995, Sommer 2000, Kaser und Knütel 2014). Die Römer handelten dabei nach dem Grundsatz, dass der Käufer wachsam zu sein und die Ware selbst zu prüfen und allfällige Fehler zu rügen habe, gaben ihm aber verschiedene Rechtsbehelfe in die Hand, wenn er beweisen konnte, dass der Fehler verborgen und erheblich war und bereits zum Zeitpunkt des Kaufs vorgelegen habe (Sommer 2000). Man liess sich dabei allerlei Garantien in Form von legalen Dokumenten ausstellen, welche die Gesundheit des Pferdes bezeugen sollten, um sich vor Täuschung durch Pferdehändler zu schützen (Meyer 2002b). Für sichtbare Fehler standen keine Rechtsbehelfe zur Verfügung, wobei für alle anderen, nicht angezeigten erheblichen Mängel und zugesicherten Eigenschaften des Pferdes der Verkäufer zu haften hatte (Honsell 2010a). Hauptmängel oder Währschaftsfristen waren im römischen Recht unbekannt (Träger 1928). Im Wesentlichen entsprachen diese Verkaufsbedingungen denjenigen, welche für Sklaven ausgestellt wurden, zumal auch diese für denjenigen Zweck tauglich sein mussten, für den man sie erworben hatte (Meyer 2002b). Die ausgedehnte Gewährleistungshaftung des Verkäufers und die vielfältigen Rechtsbehelfe, die das römische Recht dem Käufer zur Verfügung stellte, erwiesen sich für den Pferdehandel als nicht praktikabel und verhalfen den milderer germanisch-rechtlichen Grundsätzen zu neuem Aufschwung. Die Hauptmängelliste und die beschränkte Gewährleistungsfrist des germanischen Rechts, die das Ziel verfolgten, Rechtsstreitigkeiten zu vermindern und den Verkäufer im Vergleich zur römischen Regelung rechtlich besser zu stellen, gerieten dennoch immer mehr in Kritik, so dass sich im 16. und 17. Jahrhundert zunehmend die Ansicht durchsetzte, dass auch die nicht arglistig verschwiegenen Hauptmängel den Verkäufer zur Gewährleistung verpflichten sollten (Gerweck 2000).

Durch den Fortschritt der Tiermedizin im 18. und 19. Jahrhundert sah man plötzlich die Möglichkeit, die Währschaftsfrist differenzierter zu bestimmen (Gerweck 2000). In verschiedenen Partikularrechten, die ihren Ursprung im germanischen Recht hatten, fanden sich ausserdem Bemühungen, die Beweislast zugunsten des Käufers

umzukehren, so dass beispielsweise für Krankheiten, welche „über Nacht“ nach der Übergabe auftraten, die Vermutung galt, dass diese schon zum Zeitpunkt des Kaufs vorgelegen hätten und der Verkäufer dafür einzustehen habe (Strasser 1980). Die in der frühen Neuzeit gesetzlich festgehaltenen Mängellisten und Währschaftsfristen unterschieden sich regional beachtlich. So wurden Fristen von einigen Tagen bis hin zu einem halben Jahr in die verschiedenen Gesetze aufgenommen (Meyer 2002b). Die Händler sahen in den neuen gesetzlich verankerten Gewährsmängeln und Währschaftsfristen eine unnötige Einschränkung ihrer Berufsausübung durch den Staat, zumal sie der Überzeugung waren, dass ihre Pferde über keinerlei Mängel verfügten (Meyer 2002b).

In Deutschland setzte sich das deutschrechtliche Prinzip der Mängelhaftung beim Erwerb von Vieh schliesslich durch und erhielt Eingang in das bürgerliche Gesetzbuch (Sommer 2000). Die entsprechende kaiserliche Verordnung betreffend die Hauptmängel und Gewährsfristen beim Viehkauf von 1899 wurde im Zuge der Schuldrechtsreform 2002 in Deutschland durch das neue Schuldrechtsmodernisierungsgesetz abgelöst.

In der Schweiz verliefen die Bemühungen um eine einheitliche rechtliche Regelung des Viehhandels vergleichbar schwierig wie in Deutschland. Ähnlich den germanischen Stammesrechten galten auf dem schweizerischen Rechtsgebiet teilweise komplett unterschiedliche Partikularrechte (Träger 1928). Gemeinsam war den jeweiligen Bestimmungen die Auffassung, dass die einmal gekaufte Sache ohne Reklamation behalten werden musste. Die einzige Möglichkeit des Käufers bestand folglich darin, das Rechtsgeschäft als solches anzufechten, wenn der Verkäufer ihn arglistig getäuscht hatte. Die Regelung erwies sich im späten Mittelalter aber aufgrund des Aufschwungs des Handels als unpraktikabel. Aus diesem Grund wurde zunehmend die römisch-rechtliche Regelung übernommen, welche in gewissen Fällen eine Garantie des Verkäufers und damit den allgemeinen Grundsatz der Währschaft kannte (Träger 1928). Gegen Ende des Mittelalters wurden im schweizerischen Rechtsgebiet für den Viehhandel immer mehr eigene Regelungen aufgestellt, welche neben dem römischen Recht Gültigkeit hatten. Ähnlich der späteren Regelung in Deutschland kam es auch in einigen Gebieten der Schweiz zudem zur Erstellung von Hauptmängellisten. Diese Grundsätze beherrschten das gesamte kantonale Recht der Schweiz und wurden teilweise beim Erlass des Konkordats über Bestimmung und Gewähr der Viehhauptmängel von 1853 berücksichtigt. Dieses versuchte zum ersten Mal eine gewisse Einheit in die Rechtszersplitterung der Schweiz zu bringen, konnte aber als Rahmengesetz zu wenig Einfluss auf die kantonalen Rechtsordnungen nehmen und löste sich bald wieder auf (Riedi 1961). Man war der Ansicht, dass die aufgeführten Hauptmängel auf veraltete wissenschaftliche Anschauungen zurückzuführen seien (Strasser 1980). So gab es in der Schweiz bis anfangs 20. Jahrhundert kein allgemeingültiges Währschaftsrecht. Der

Bund strebte zwar aus seuchenpolizeilichen Überlegungen schon ab 1833 eine einheitliche Regelung des Viehhandels an, die Bemühungen blieben aber lange ohne Erfolg (Häsler 2010, Hug 1993). Die meisten Kantone hielten aus föderalistischen Gründen an ihren eigenständigen Regelungen fest und lehnten eine zentralistische Lösung durch den Bund ab (Häsler 2010). So galt in einigen Kantonen, beispielsweise Graubünden, Zürich, Schaffhausen, Thurgau, Wallis, Uri, Tessin und in beiden Basel, die deutsch-rechtliche Regelung der Viehwäherschaft, während in anderen Kantonen diesbezüglich Vertragsfreiheit bestand, was bedeutete, dass das Gewährleistungsprinzip durch die Parteien gesondert vereinbart werden musste, damit es Gültigkeit hatte (Blaich 1995).

Die Bemühungen um eine einheitliche Regelung zeigten erst Erfolg, als es nach jahrelangen Diskussionen und einer Volksabstimmung mit Inkrafttreten des Obligationenrechts zur Schaffung des gesamtschweizerisch gültigen Rechts und damit auch zur Regelung des Viehhandels kam (OR 198 und 202). Das Verfahren zur Durchsetzung der Rechtsansprüche im Viehhandel wurde schliesslich durch die Verordnung des Bundesrates betreffend die Viehwäherschaft und das Verfahren bei der Gewährleistung im Viehhandel (VO Viehhandel) vom 14. November 1911 für alle Kantone einheitlich geregelt. Als wichtigste Neuerung im Vergleich zu den bisher geltenden kantonalen Regelungen wurde der Grundsatz aufgestellt, dass eine Gewährleistungspflicht nur insoweit anerkannt wurde, als diese dem Käufer schriftlich zugesichert oder dieser absichtlich getäuscht worden war. Die gesetzliche Wäherschaftsfrist wurde zudem einheitlich auf neun Tage festgesetzt, wobei für die Gewährleistung für Trächtigkeit eine Frist von einem Jahr eingeführt wurde.

Bereits früh war man sich der Wichtigkeit einer Überprüfung der Gesundheit des Pferdes bei einem Wechsel des Eigentümers bewusst. Berichten zufolge wurden erste Ankaufsuntersuchungen bereits vor knapp 200 Jahren von Tierärzten durchgeführt (Beeman et al. 1992). Die als Gutachter tätigen Veterinärmediziner waren sowohl zuständig für die Prüfung der Gesundheit der zum Verkauf stehenden Tiere als auch für die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen des Verkaufs (Meyer 2002b). Im Werk „Thierärztliche Gutachten, Berichte und Protokolle“ wurde auf die Schwierigkeiten und gerichtlichen Auseinandersetzungen beim Pferdekauf aufmerksam gemacht (Roloff 1890). Die Tierärzte damals hatten ausserdem die undankbare Aufgabe, das Pferd zu beurteilen nachdem es bereits gekauft worden war. Die Tierheilkunde und damit auch die Begutachtung vor dem Kauf war zu dieser Zeit Sache der Stallmeister (Beeman et al. 1992). So kam der Tierarzt erst zum Zug, wenn das gekaufte Pferd den Ansprüchen des neuen Besitzers nicht gerecht wurde. Er konnte lediglich bescheinigen, dass zum Zeitpunkt der Untersuchung keine Krankheiten feststellbar waren, über die Beschaffenheit des Tieres beim Kauf selber konnte er jedoch keine Aussage machen. Durch den Aufschwung des Pferdehandels in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und die Rechtsunsicherheit der Käufer-

schaft kam es angesichts der herrschenden Rechtslage zu einer Zunahme der Ankaufsuntersuchungen durch Tierärzte, wobei sich auch die Ansicht durchsetzte, dass die tierärztliche Prüfung des Pferdes auf Gesundheit sinnvollerweise vor Vertragsschluss stattzufinden hatte, was aber in der Praxis dennoch häufig nicht der Fall war (Beeman et al. 1992). 1968 begann die American Association of Equine Practitioners (AAEP), Leitlinien zu deren Durchführung zu definieren und führt dies bis heute fort (AAEP Guidelines 2009). Bereits Jahre zuvor hatte sich die British Veterinary Association (BVA) schon mit den Anforderungen an eine Kaufuntersuchung befasst, dann aber vorerst auf die Herausgabe von Leitlinien für eine Kaufuntersuchung verzichtet, weil man befürchtete, dass den Tierärzten bei Nichteinhaltung dieser Richtlinien eine Sorgfaltspflichtverletzung vorgeworfen werden könnte (Beeman et al. 1992). 1973 erschien schliesslich dennoch der Leitfaden zur systematischen Durchführung der Kaufuntersuchung des Royal College of Veterinary Surgeons und der BVA unter dem Titel „The examination of horses on behalf of a purchaser“ (Jacobi 1979). Dieser wird bis heute aktualisiert (BEVA Guidance Notes 2012). Ein überarbeiteter „Vertrag über die Untersuchung eines Pferdes“ ist in Deutschland seit 1987 ebenfalls kommerziell erhältlich und wird laufend an die neuesten rechtlichen Gegebenheiten angepasst (Hippiatrika-Formularvertrag, Keller und Schulze 2016). Inzwischen sind verschiedene Untersuchungsprotokolle im Umlauf. In der Schweiz scheint fast jede private Praxis oder Klinik ihre eigenen Unterlagen zu verwenden (4.3, Abb. 6.1, Tab. 6.2). Ein von der Schweizerischen Vereinigung für Pferdemedizin (SVPM) entworfenes Protokoll für die Dokumentation der Ankaufsuntersuchung ist für deren Mitglieder über die Webseite kostenlos zugänglich (www.svpm-asme.ch), hat sich bisher in der Praxis jedoch im Unterschied zum dazugehörigen Leitfaden nicht etablieren können (4.3, Abb. 6.1).

Schon früh waren die Käufer und später die Stallmeister und untersuchenden Tierärzte mit Schwierigkeiten bei der objektiven Beurteilung des Gesundheitszustandes konfrontiert, da häufig Versuche unternommen wurden, den augenscheinlichen Zustand positiv zu beeinflussen (Meyer 2002b). Zu nennen sind einerseits pharmakologische Eingriffe mit beschränkter zeitlicher Wirkung, die in früheren Jahrhunderten im Pferdehandel bereits in beschränktem Masse bekannt waren und andererseits verschiedene Tricks der Rosstäuscher, um die Kaufsache Pferd in einem guten Licht erscheinen zu lassen. Schon im Mittelalter versuchte man, Pferde durch Eingeben alkoholhaltiger Substanzen temperamentvoller wirken zu lassen oder schob ihnen Pfeffer oder Ingwer in den After, um ihre Lebhaftigkeit zu steigern (Meyer 2002b, Wolokowski 2010). Nervöse Pferde versuchte man zu beruhigen, indem man ihnen Watte in die Ohren steckte oder ihnen beruhigende Tinkturen oder ähnliches verabreichte (Meyer 2002b). Die angewandten Methoden der Rosstäuscherei bestanden auch in der richtigen Präsentation des Tieres mit Hilfe allerlei arglistiger Praktiken, welche der Verschönerung des Exterieurs oder der Verbesserung der Leistung des angebotenen Pferdes dienen sollten. So versuchte man beispielsweise,

das mangelhafte Pferd dem potentiellen Käufer bei Dämmerung zu präsentieren, Fellschäden und Narben durch Einfärben zu kaschieren und das Zahnalter durch Schleifen oder das Einbrennen und Einfärben von Kunden entsprechend zu verändern (Meyer 2002b). Die Liste der aus wirtschaftlichen Interessen angewandten Techniken zur Verkaufsförderung ist lang und nicht nur aus rechtlicher Sicht für den Käufer äussert bedenklich, sondern teilweise auch für die Tiere mit grossem Leiden verbunden.

2.3.2 Aktuelle Rechtslage beim Pferdekauf in der Schweiz

2.3.2.1 Geltendes Recht – ein Überblick

Der Viehkauf ist in der Schweiz auf verschiedenen Ebenen geregelt und untersteht in den Grundzügen den Bestimmungen über den Kauf beweglicher Sachen, dem sogenannten Fahrniskauf. Auf Bundesebene finden sich zudem diverse Sondernormen im Zivilgesetzbuch sowie im Obligationenrecht, in den Gesetzen und Verordnungen über den Tierschutz und die Tierseuchen (gewerbsmässiger Viehhandel, Tiertransporte), dem Viehhandelskonkordat (Fürstentum Liechtenstein, Bund und Kantone) sowie der Verordnung betreffend Verfahren bei der Gewährleistung im Viehhandel.

Am 1. Januar 1911 traten in der Schweiz also das Obligationenrecht und damit auch das geltende Viehhandelskaufrecht in Kraft. Die allgemeinen Regelungen des Kaufrechts finden sich in OR 184 ff., wobei der Viehkauf in OR 198 und 202 gesondert geregelt ist. Abweichend vom allgemeinen Sachgewährleistungsrecht wird die Gewährleistung beim Handel mit Pferden, Rindern, Schafen, Ziegen oder Schweinen zu Lasten des Käufers wesentlich eingeschränkt, indem der Verkäufer nur unter ganz engen Voraussetzungen haftbar gemacht werden kann. Die spezielle Behandlung des Kaufs von Vieh ergibt sich aus den Grundgedanken, dass Tiere anfällig sind für Veränderungen und ihre Eigenschaften oft nicht genau definiert werden können, die Rechtssicherheit aber dennoch gewährleistet und häufige Rechtsverfahren vermieden werden sollen (Honsell 2011). Seit der Änderung des Zivilgesetzbuches (ZGB) vom 4. Oktober 2002, welche am 1. April 2003 in Kraft getreten ist, sind Tiere keine Sachen mehr (ZGB^o641a I). Trotzdem kommen juristisch beim Handel mit Tieren nach wie vor die Bestimmungen des Kaufs beweglicher Sachen zum Zug, soweit keine Spezialnormen bestehen (ZGB^o641a^oII). Folglich gelten für den Pferdekauf neben den genannten Sonderregelungen über den Viehhandel ergänzend die Bestimmungen von OR 187 ff.

Grundsätzlich gilt aber auch im Kaufrecht der Grundsatz der Vertragsfreiheit. Das bedeutet, dass jeder in seiner Entscheidung frei ist, ob, mit wem und mit welchem Inhalt er einen Vertrag schliessen möchte (Schwenzer 2016). Für die Entstehung eines Kaufvertrages ist eine übereinstimmende gegenseitige Willensäusserung

erforderlich (OR^o1). Dabei müssen sich Verkäufer und Käufer mindestens über den Kaufgegenstand und den Preis einig sein. Der Kaufvertrag beinhaltet die Verpflichtung des Verkäufers, den Kaufgegenstand gegen Entrichtung des Kaufpreises an den Käufer zu übergeben und ihm das Eigentum an der Kaufsache zu verschaffen (OR 184 I). Das Rechtsgeschäft ist dabei grundsätzlich Zug um Zug zu erfüllen (OR 184 II). Dies bedeutet, dass der Verkäufer dem Käufer das Pferd zu übergeben hat und im Gegenzug dafür den Kaufpreis erhält.

Ein wichtiger Aspekt der Vertragsfreiheit ist im allgemeinen Kaufrecht die sogenannte Formfreiheit. Schriftlichkeit ist im Kaufrecht nicht erforderlich. Das bedeutet, dass Kaufverträge grundsätzlich formfrei, also auch mündlich, per Handschlag oder sogar stillschweigend durch entsprechendes Verhalten geschlossen werden können und verbindlich sind, sofern das Gesetz keine Ausnahme vorsieht (OR 11 I). Es steht den Parteien aber frei, die Einhaltung gewisser strengerer Formvorschriften vertraglich abweichend zu vereinbaren (OR 16 I).

Nutzen und Gefahr der Sache gehen mit Abschluss des Vertrages auf den Erwerber über, sofern keine besonderen Verhältnisse oder Abreden vorliegen (OR 184, 185 I). Dies bedeutet, dass der Käufer mit Vertragsschluss Eigentümer der Kaufsache wird. Ist nichts anderes vereinbart, hat dieser auch die Transportkosten zu übernehmen. Nur bei Verträgen, die unter einer aufschiebenden Bedingung (OR 151, Kauf einer trächtigen Stute) beziehungsweise auf Probe (OR 223 ff.) abgeschlossen werden, gehen Nutzen und Gefahr erst mit Eintritt der Bedingung beziehungsweise mit der Genehmigung des Kaufes durch den Käufer auf diesen über (OR 185 III). Das bedeutet beispielsweise für den Kauf auf Probe, dass der Verkäufer das Risiko trägt, solange die Probezeit läuft beziehungsweise bis zur Genehmigung des Kaufes durch den Käufer.

Grundsätzlich besteht die kaufrechtliche Sachgewährleistung für die gesetzliche Haftung des Verkäufers für Mängel, die zum Zeitpunkt der Übergabe der Kaufsache bereits vorlagen. Der umgangssprachlich verwendete Begriff der Garantie hingegen ist keine juristische Bezeichnung. Es ist deshalb vertraglich genau festzulegen, welche Haftungsform von den Parteien angestrebt wird. Generell müssen Zusicherungen (unselbständige Garantie OR 197 I im Sinne der Viehwährschaft) von selbständigen Garantien (OR 111) oder Anpreisungen unterschieden werden. Welche Form vorliegt, muss im Einzelfall aufgrund des Inhaltes der Klausel und nicht aufgrund ihrer Bezeichnung geklärt werden (BGE 122 III 426, Kantonsgericht Obwalden Z 03/039). Sofern durch das Angebot nur das Kaufinteresse geweckt werden soll, dieses allgemein und plakativ formuliert ist oder als Prospekt, Werbung oder Inserat daherkommt, handelt es sich eher um eine Anpreisung (BGE 88 II 410, Huguenin 2008). Zusicherungen über die künftige Entwicklung der Kaufsache oder das Entstehen für einen Erfolg lassen hingegen eher auf eine selbstständige

Garantie schliessen. Der Vorteil der selbständigen Garantie gegenüber der kaufrechtlichen Sachgewährleistung besteht darin, dass der Verkäufer auch für Mängel einzustehen hat, die erst nach Übergabe der Kaufsache entstanden sind. Die diesbezüglich bei der unselbständigen Garantie oder Gewährleistung bestehende Beweislast des Käufers entfällt (Bucher 1988). Der Verkäufer hat dem Käufer also die vertragsgemässe Sache zu übergeben. Er muss gegenüber dem Käufer nach OR 197 sowohl für das Vorhandensein von Mängeln als auch für das Fehlen zugesicherter Eigenschaften eintreten (Huguenin 2008). Im allgemeinen Kaufrecht gilt eine Eigenschaft dann als zugesichert, wenn die ausdrückliche oder auch stillschweigende Erklärung des Verkäufers über gewisse Eigenschaften der Kaufsache oder deren Mängelfreiheit nach Treu und Glauben für den Kaufentscheid des Käufers entscheidend und dies für den Verkäufer erkennbar war (ZGB 2). Der Verkäufer haftet demnach auch dann, wenn er die Mängel nicht gekannt hat. Diese allgemeine Sachgewährleistung wird eingeschränkt durch OR 200, wonach der Verkäufer nicht für Mängel einzustehen hat, die der Käufer zum Zeitpunkt des Kaufes gekannt, oder bei Anwendung der gewöhnlichen Aufmerksamkeit hätte kennen sollen, sofern der Verkäufer ihm nicht deren Nichtvorhandensein zugesichert hat. Für die Ablieferung einer mangelhaften Kaufsache hat er Gewähr zu leisten, ohne dass ein Verschulden seinerseits vorausgesetzt wird. Das bedeutet, dass er diese nicht verursacht haben muss, um dafür eintreten zu müssen. Voraussetzung für die Haftung des Verkäufers aus Gewährleistungsrecht ist aber, dass der vorliegende Mangel den Wert oder die Tauglichkeit des Kaufgegenstandes zu seinem vertraglich vorgesehenen Gebrauch erheblich mindert oder sogar ganz verunmöglicht (OR 197 I). Weiter muss der Mangel bereits zum Zeitpunkt des Übergangs der Gefahr vom Verkäufer auf den Käufer, also bei Vertragsschluss, vorgelegen haben (OR 185 I). Die Beweislast für das Vorliegen des Mangels und die Rügepflicht trägt der Käufer (ZGB 8).

2.3.2.2 Sondernormen des Viehwährschaftsrechts

Die gesonderten Bestimmungen von OR 198 und 202 gelten für den Handel mit Pferden, Eseln, Maultieren, Rindvieh, Schafen, Ziegen und Schweinen. Diese Aufzählung ist abschliessend. Hinsichtlich aller anderen Tierarten, wie beispielsweise Hunden oder Katzen, gelten die Vorschriften über den Fahrniskauf gemäss OR 197 ff. (2.3.2.1, Giger 1979). Für den Vieh- und damit auch für den Pferdekauf stellt das Gesetz die Sonderregelung auf, dass eine Pflicht zur Sachgewährleistung nur in zwei Fällen besteht, nämlich dann, wenn der Verkäufer diese entweder schriftlich zugesichert oder den Käufer absichtlich getäuscht hat (OR 198). Gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung gelten die Sondernormen für den Viehhandel für alle Mängel, seien es nun Krankheiten oder funktionelle Fehler des Pferdes (BGE 86 II 27).

Die sogenannte Garantie betrifft in der Regel die Gesundheit des zu verkaufenden Tieres. Die Zusicherung hat schriftlich zu erfolgen und kann dabei entweder auf der

Kaufquittung oder besser noch im Kaufvertrag festgehalten werden. Aus Beweisgründen ist es in jedem Fall unerlässlich, zumindest die Floskel „gesund und recht“ schriftlich festzuhalten und vom Verkäufer eigenhändig unterschreiben zu lassen (Krenger 2010). Sofern der Anspruch korrekt angezeigt und durchgesetzt wird, führt diese zu einer gesetzlichen Haftung nach OR 197. Das mündliche Versprechen des Verkäufers, er werde Garantie leisten, stellt hingegen lediglich eine Nebenabrede zum Kaufvertrag dar und begründet keine Gewährleistungspflicht des Verkäufers (OR 198, BGE 111 II 67). Der Käufer kann aufgrund der mündlichen Zusage aber gestützt auf OR 107 ff. verlangen, dass der Verkäufer die Garantie in schriftlicher Form wiederholt. Die Durchsetzung des Anspruchs wird aber weiter erschwert durch eine kurze Währschaftsfrist (OR 198) und ein spezielles Mängelfeststellungsverfahren, welches durch die Verordnung betreffend Verfahren bei der Gewährleistung im Viehhandel festgelegt wird (OR 202).

2.3.2.2.1 Gewährleistungsanspruch OR 198

Schriftliche Zusicherung von Eigenschaften

Im Unterschied zu den allgemeinen Kaufrechtsbestimmungen erfährt die Sachgewährleistung im Viehhandel durch die Spezialregelung von OR 198 eine empfindliche Einschränkung. So besteht die Gewährleistungspflicht des Verkäufers nur dann, wenn er diese schriftlich zugesichert und eigenhändig unterschrieben hat (OR 198, BGE 111 II 67). Es ist also einfache Schriftlichkeit im Sinne von OR 13-15 gefordert, ein mündliches Versprechen oder ein Handschlag genügt nicht. Zur Schriftlichkeit gehört im Einzelnen, dass der Erklärungsinhalt in Schriftform aufgezeichnet und dauerhaft festgehalten wird (Schwenzer 2016). Nach OR 13 I muss ein Vertrag die Unterschrift der verpflichteten Partei tragen (BGE 101 II 222). Diese dient der Identifikation des Verpflichteten und dem Nachweis der Anerkennung der Verpflichtung durch diesen. Zu unterschreiben ist in der Regel mindestens mit dem ganzen Familiennamen (Schwenzer 2016). Sofern eine Identifikation möglich ist, reicht aber auch Vorname, Spitzname oder Verwandtschaftsbezeichnung (Koller 2009), nicht jedoch die Unterzeichnung mit den Initialen alleine. Nach OR 14 I hat die Unterschrift eigenhändig zu erfolgen. Gemäss OR 14 II und 15 ist aber auch eine Nachbildung der eigenhändigen Unterschrift auf mechanischem Wege durch Stempel, Druck oder Kopie ausreichend, sofern dies verkehrsmässig ist. Ob die Formvorschriften durch eine E-Mail gewahrt werden, ist bisher aber strittig (Gauch et al. 2014). Die Unterzeichnung kann durch einen Vertreter erfolgen, wobei dann das Vertretungsverhältnis anzugeben ist und der Vertreter mit eigenem Namen zu unterschreiben hat (im Auftrag, per procura, BGE 102 II 197). Die Unterschrift muss ausserdem so angebracht werden, dass sie den ganzen Vertragsinhalt abdeckt, also grundsätzlich am Ende des Textes (BGE 106 II 146, BGE 85 II 565).

Die schriftliche Zusicherung im Pferdehandel kann besondere Eigenschaften oder die Gesundheit des Pferdes betreffen, wobei die Formulierungen „gesund und recht“, „das Pferd ist gesund“ oder „frei von Mängeln“ ausreichend sind (Krenger 2010). Dies bedeutet, dass das Pferd krankheitsfrei ist und keine Fehler aufweist, die den vorausgesetzten Gebrauch ganz verhindern oder einschränken. Gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung gelten die Sondernormen für den Viehhandel für alle Mängel, seien es nun Erkrankungen oder Zweckuntauglichkeit des Pferdes (BGE 86 II 27).

Absichtliche Täuschung

Fehlt eine schriftliche Zusicherung oder wurden die Gewährleistungsansprüche des Käufers vertraglich ausgeschlossen, haftet der Verkäufer nur, wenn er den Käufer absichtlich getäuscht hat (OR 198, OR 203). Die absichtliche Täuschung kann in der Vorspiegelung nicht vorhandener oder in der Verheimlichung von gegebenen Tatsachen bestehen (BGE 116 II 431), deren Offenbarung nach Grundsätzen von Treu und Glauben vom Verkäufer verlangt werden darf. Die Täuschung kann dabei durch eine aktive Handlung oder auch konkludent durch entsprechendes Verhalten erfolgen. Voraussetzung ist, dass die Täuschung absichtlich erfolgt. Das bedeutet, dass der Täuschende die Unrichtigkeit des Sachverhalts kennen muss. Durch die Täuschung muss auf Seiten des Getäuschten zudem ein Irrtum hervorgerufen oder aufrechterhalten werden und für die übereinstimmende Willensäusserung bei Vertragsschluss kausal sein (Schwenzer 2016). Das bedeutet, dass der Käufer bei Kenntnis des wahren Sachverhalts von einem Kauf Abstand genommen hätte. Dabei liegt jedoch keine absichtliche Täuschung vor, wenn der Käufer den Mangel bei entsprechender Aufmerksamkeit ohne Weiteres hätte erkennen können.

Es gibt keine Haftungsbeschränkung für den Fall der absichtlichen Täuschung, so dass sich der Verkäufer nicht auf fehlende Schriftlichkeit oder Haftungsausschluss berufen kann. Das Verschweigen kaufrelevanter Tatsachen alleine stellt aber keine absichtliche Täuschung dar, sofern der Verkäufer nicht explizit danach gefragt wurde. Eine allgemeine Aufklärungspflicht besteht folglich nicht, auf ausdrückliche Fragen des Vertragspartners muss aber in jedem Fall eine wahrheitsgetreue Auskunft gegeben werden (Schwenzer 2016). Erfüllt wird der Tatbestand nämlich auch durch aktive Falschinformation. Offensichtliche Tatsachen gelten als durch den Käufer genehmigt (OR 200). Es liegt in der Verantwortung des Käufers, das zu kaufende Pferd eingehend zu prüfen und auszuprobieren (Krenger 2010) und idealerweise eine Ankaufsuntersuchung durchführen zu lassen.

Vom Anspruch aus absichtlicher Täuschung werden demnach nur Mängel erfasst, die dem Verkäufer bekannt und erheblich sind, also den Wert oder die Tauglichkeit des Pferdes zum vorgesehenen Zweck verunmöglichen oder erheblich einschränken

(OR 197). Die absichtliche Täuschung des Käufers kann folglich einen Gewährleistungsanspruch begründen, wobei die Durchsetzung des Anspruchs in der Praxis schwierig ist. Der Käufer trägt die Beweislast und muss im Streitfall nachweisen, dass der Verkäufer den Mangel des Pferdes kannte und ihn diesbezüglich falsch informiert oder den Mangel trotz Nachfrage verschwiegen hat (Walz 2005, Krenger 2010). Eine Beschränkung der Gewährleistung wegen versäumter Anzeige des Mangels innert Frist findet im Falle eines Anspruchs aus arglistiger Täuschung nicht statt.

2.3.2.2.2 Durchsetzung des Anspruchs OR 202

Gewährleistungsfrist

Als weitere Sondernorm und zusätzliche Hürde für den Käufer regelt OR 202 die Länge der Währschaftsfrist und Durchsetzung des Gewährleistungsanspruchs für den Viehhandel. Danach hat der Käufer innert neun Tagen seit Übernahme des Pferdes und sofort nach Entdeckung des Mangels allfällige Ansprüche geltend zu machen. Die neuntägige Frist beginnt nach Abschluss des Vertrages zu laufen, wobei aber der Tag des Vertragsschlusses nicht mitgezählt wird. Fällt der letzte Tag der Frist auf einen Sonn- oder Feiertag, gilt der nächste Arbeitstag als letzter Tag. Massgebend ist dabei der Poststempel oder das Eintreffen beim Empfänger innert Frist. Wenn Mängelrüge und Mängelfeststellungsbegehren am neunten Tag der Frist der Post übergeben werden, gilt die Frist als gewahrt. Vor Vertragsschluss steht es den Parteien frei, eine andere Gewährleistungsfrist zu vereinbaren. Eine vertragliche Verlängerung der Frist nach Abschluss des Kaufvertrages ist zwar ebenfalls möglich, hat aber innerhalb der neun Tage schriftlich und unter Angabe der konkreten Dauer zu erfolgen (Wiprächtiger 1958). Nur auf diesem Wege, nicht dagegen durch blosser Auslegung eines ohne Fristangabe abgegebenen schriftlichen Gewährleistungsversprechens ist eine Verlängerung der gesetzlichen Frist von neun Tagen möglich (BGE 70 II 48).

Diese Sondervorschriften gelten für alle Mängel, sei es, dass das Pferd nicht der vereinbarten Beschaffenheit (gesund, recht, geländetauglich, erfolgreich bis Grand-prix etc.) entspricht oder andere Fehler aufweist, welche den beabsichtigten Verwendungszweck (Therapiereiten, Zucht, Reitunterricht etc.) beeinträchtigen. Einzig Ansprüche aus Gewährleistung für Trächtigkeit sind nicht abhängig von der Einhaltung der neuntägigen Frist. Hier gilt eine verlängerte Währschaft von einem Jahr. Die Ausnahme betreffend Trächtigkeitszusage rührt daher, dass zur Zeit der Schaffung der Sondernorm eine Trächtigkeit innerhalb der Frist von neun Tagen nicht mit Sicherheit diagnostiziert werden konnte (Honsell 2010b). Hier gilt deshalb die allgemeine Regelung der Sachgewährleistung nach OR 201. Das Bundesgericht hat klar festgehalten, dass diese Ausnahme nicht auf andere Fälle angewendet werden kann (BGE 86 III 30). Weiter hat das Bundesgericht entschieden, dass OR 198 und

201 als Spezialnormen eine Anfechtung wegen Grundlagenirrtums nach OR 24 IV ausschliessen (BGE 70 II 48, BGE 111 II 67).

Mängelrüge und Mängelfeststellungsverfahren

Der Käufer muss den Mangel dem Verkäufer anzeigen, indem er diesen exakt bezeichnet. Aus Beweisgründen empfiehlt es sich, die Anzeige schriftlich und per Einschreiben zu machen. Sofern eine gütliche Einigung zwischen den Vertragsparteien nicht möglich ist, muss der Rechtsweg beschritten werden. Bevor der Käufer aber Klage einreichen kann, hat er ein Vorverfahren zu durchlaufen (VO Viehhandel 5-14). Dieses setzt grundsätzlich eine schriftliche Zusicherung oder eine absichtliche Täuschung des Verkäufers voraus und muss innert Frist von neun Tagen eingeleitet werden. Die Kantone bezeichnen die für das Vorverfahren zuständige Behörde am Standort des Pferdes (VO Viehhandel 5). Der Käufer hat sein Begehren an die entsprechende Stelle zu adressieren und ein konkretes Rechtsbegehren zu stellen. Aus Beweisgründen ist dies ebenfalls schriftlich und eingeschrieben zu tun. Der Käufer verliert seine Gewährleistungsrechte, wenn er gar nicht, nicht richtig oder nicht innert der gesetzlichen oder vertraglich vereinbarten Frist Mängelrüge erhebt.

Im Rechtsbegehren ist die Untersuchung durch einen Sachverständigen zu verlangen. Die Mängelfeststellung durch den Ankaufstierarzt genügt nur dann, wenn dies vorgängig schriftlich durch die Parteien vereinbart wurde. Der durch das Gericht bezeichnete Sachverständige hat das beanstandete Pferd innert 48 Stunden nach Mitteilung seiner Ernennung zu untersuchen und seine Befunde in einem schriftlichen Gutachten festzuhalten (VO Viehhandel 6 ff.). Er hat dabei zu prüfen, ob das Tier mit dem gerügten Mangel behaftet ist und hat sich zum daraus resultierenden Minderwert oder Schaden für den Käufer zu äussern (Comment 1971). Wer die Kosten des Vorverfahrens zu tragen hat, wird im Hauptverfahren bestimmt. Dieses erfolgt anschliessend am Wohnort des Verkäufers. Die zuständige kantonale Behörde ist verpflichtet, den Prozess im beschleunigten Verfahren, also rasch und einfach zu führen (VO Viehhandel 15). Der Richter kann im Hauptverfahren unabhängig vom bestehenden Gutachten aber eine weitere Expertise anordnen, wenn das Ergebnis der ersten Untersuchung Anlass zu Zweifeln gibt.

Eine versäumte Anzeige innert Frist schliesst Ansprüche aus Gewährleistung aus, es sei denn, es liegt eine absichtliche Täuschung vor (2.3.2.2.1).

Gewährleistungsansprüche des Käufers bei erfüllten Haftungsvoraussetzungen

Bei Gewährleistung wegen eines belegten Mangels hat der Käufer die Wahl, ob er den Kauf rückgängig machen (Wandelung) oder Ersatz für den Minderwert beziehungsweise eine Herabsetzung des Kaufpreises (Minderung) erwirken möchte (OR 205-209). Bei der Wandelung erfolgt die Aufhebung und Rückabwicklung des Vertrages. Dies bedeutet, dass der Vertrag aufgehoben wird und der Käufer das Pferd dem Verkäufer gegen Zahlung des Kaufpreises samt Zinsen zurückgibt. Der Käufer hat zudem Anspruch auf Ersatz sämtlicher Aufwendungen, beispielsweise für Unterbringung, Tierarzt und Hufbeschlag, die er für das Pferd bereits getätigt hat (OR 207 ff.). Diese Möglichkeit wird vor allem dann in Betracht gezogen, wenn wesentliche zugesicherte Eigenschaften fehlen (Huguenin 2008), so dass die Übernahme des Pferdes zu einem reduzierten Kaufpreis keinen Sinn macht. Erreicht der errechnete Minderwert die Höhe des Kaufpreises, kommt sowieso nur eine Wandelung in Frage (OR 205 III).

Bei der Minderung bleibt der Käufer neuer Eigentümer des Pferdes, erhält aber vom Verkäufer einen Preisnachlass im Umfang des mängelbedingten Minderwertes, so dass der Kaufpreis dem realen Wert des Tieres entspricht (Pick et al. 2003, 2005, 2012). Der Minderwert besteht dabei aus der Differenz zwischen dem Verkehrswert, den das Pferd im fehlerfreien vertragsmässigen Zustand gehabt hätte und dem Wert, den das mangelhafte Tier aktuell hat (11 VO Viehhandel, BGE 81 II 207, Pick et al. 2005). Eine weitere Möglichkeit stellt die Nachbesserung (sofern möglich, beispielsweise durch Ausbildung) oder die Währschaftsverlängerung dar, die dem Käufer die Möglichkeit gibt, die Entwicklung des Mangels ohne Risiko zu beobachten. Da kein gesetzlicher Nachbesserungsanspruch des Käufers besteht, ist hierfür das Einverständnis beider Parteien oder eine vorgängige schriftliche Vereinbarung erforderlich. Für kleinere Mängel besteht hingegen ein sogenanntes Nachbesserungsrecht des Verkäufers (ZGB², beispielsweise Nachholen einer Impfung, Ausstellen eines Pferdepasses). Ersatz von weiterem Schaden ist nur dann möglich, wenn dem Verkäufer ein Verschulden angelastet werden kann (OR 208 III).

2.3.2.3 Der Kauf auf Probe (OR 223-225)

Die gesetzliche Gewährleistungsfrist muss klar von der Probezeit beim Kauf auf Probe unterschieden werden. So kann ein Pferd innerhalb der neun Tage aufgrund blossen Nichtgefallens nämlich nur dann zurückgegeben werden, wenn vertraglich ein Kauf auf Probe mit entsprechender Probezeit vereinbart worden war (Krenger 2008). Beim Kauf auf Probe besteht ein sogenannter Genehmigungsvorbehalt in Bezug auf die Kaufsache (Schwenzer 2016). Der Käufer kann das Pferd also ausprobieren und aus jeglichen Gründen innerhalb der vereinbarten Frist zurückgeben. Der Kaufvertrag ist somit aufschiebend bedingt. Dies bedeutet für den Verkäufer, dass er während der Probezeit bereits an den Vertrag gebunden ist. Er bleibt

aber Eigentümer und trägt damit auch Nutzen und Gefahr, obwohl sich die Kaufsache bereits im Besitz des potentiellen Käufers befindet. Der Käufer hingegen ist nicht an den Kaufvertrag gebunden. Es empfiehlt sich aus Beweisgründen, auch die Vereinbarung über einen Kauf auf Probe schriftlich abzufassen, insbesondere dann, wenn der Verkäufer vorgängig eine Teilzahlung der Kaufsumme verlangt (Walz 2005). Im Unterschied zur allgemeinen gesetzlichen Regelung, die Nutzen und Gefahr mit Abschluss des Kaufvertrages auf den Käufer übergehen lässt (OR 185), bleibt der Verkäufer beim Kauf auf Probe Eigentümer des Pferdes bis zur Zu- oder Absage durch den Käufer (BGE 55 II 190). Der definitive Kaufvertrag kommt folglich erst nach ausdrücklicher oder konkludenter (OR 225 II, z.B. durch Bezahlung des Kaufpreises) Genehmigung der Kaufsache durch den Käufer oder bei fehlender Beanstandung bis zum Ende der vereinbarten Probezeit zustande. Das Risiko einer Verletzung oder sogar des Todes trägt während der Probezeit der Verkäufer. Der Käufer hat lediglich eine dem Mieter ähnliche Stellung. Das bedeutet, dass er das Pferd seiner Bestimmung entsprechend sorgfältig reiten und versorgen muss, so dass er es in einem guten Zustand zurückgeben kann (Krenger 2014). Eine Abwälzung des Risikos auf den Käufer erfolgt nur dann, wenn er seine Sorgfaltspflicht bei Unterbringung, Fütterung und Gebrauch des Pferdes verletzt und ihm dies nachgewiesen werden kann. Dies bedeutet konkret, dass der Käufer das Pferd selbst dann nicht bezahlen muss, wenn es aufgrund einer Kolik euthanasiert werden muss und somit auch nicht mehr zurückgegeben werden kann, es sei denn, es kann bewiesen werden, dass der Käufer dies nachweislich durch falsche Fütterung verursacht hat. Vertraglich ist es möglich, die gesetzliche Regelung anzupassen und beispielsweise den Zeitpunkt des Übergangs von Nutzen und Gefahr und der Bezahlung des Kaufpreises oder auch die Übernahme der Kosten für Rücktransport individuell zu regeln. So kann beispielsweise Übergang von Nutzen und Gefahr zu einem früheren (Übergabe des Pferdes) als dem gesetzlichen Zeitpunkt (OR 185 I) vereinbart werden. Der Käufer übernimmt dann aber ein Risiko, das über die gesetzliche Haftung hinausgeht und damit nicht von der Haftpflichtversicherung gedeckt wird (Krenger 2014). Für die Untersuchung des Pferdes im Rahmen einer Ankaufsuntersuchung ist beim Kauf auf Probe die ausdrückliche Erlaubnis des Verkäufers als Eigentümer notwendig (e.o. Krenger).

2.3.2.4 Verjährung

Die Verjährung ist die Entkräftung einer Forderung durch Zeitablauf (Schwenzer 2016). Davon zu unterscheiden ist die Verwirkung. Diese führt zum Untergang des betreffenden Rechts, wenn der Berechtigte dieses nicht entsprechend ausübt (Däppen 2011). Seit dem 1. Januar 2013 gilt nun für die Sachgewährleistungsansprüche im Kaufrecht gegenüber Konsumenten eine zwingende Verjährungsfrist von zwei Jahren (OR 210 I). Das bedeutet, dass der Käufer als Konsument künftig während maximal zwei Jahren seit Übergabe der Kaufsache die Möglichkeit hat,

seine Rechte geltend zu machen. Die bisherige Regelung der Verjährungsfrist von einem Jahr führte oftmals dazu, dass die Rechte des Käufers verjährt waren, bevor er einen Mangel überhaupt entdecken konnte. Die Pflicht des Käufers zur Prüfung der Kaufsache und Anzeige von Mängeln gilt aber weiterhin. Die neue Regelung soll den Käufer besser schützen, insbesondere bei versteckten Mängeln, die bei Übergabe der Kaufsache noch nicht erkennbar waren. Die Beweislast dafür, dass der Mangel bereits im Zeitpunkt der Übergabe der Sache vorhanden war, trägt aber weiterhin der Käufer. Als versteckte Mängel bezeichnet man Defizite, die trotz einer angemessenen Prüfung nach Erwerb nicht sofort entdeckt werden können, sondern erst beim Gebrauch zum Vorschein kommen. Bei Mängeln, die bereits im Rahmen der Prüfung nach dem Kauf entdeckt werden können, ist der Käufer also nach wie vor verpflichtet, sie sofort dem Verkäufer zu melden (OR 201). Er wird sich deshalb bei gewöhnlichen Mängeln nie auf die zweijährige Frist berufen oder mit der Rüge zwei Jahre zuwarten können, denn die Mängelrüge muss auch nach neuem Recht umgehend erfolgen. Auch für versteckte Mängel gilt weiterhin, dass diese dem Verkäufer sofort nach dem Entdecken angezeigt werden müssen. Wartet der Käufer mit der Mängelrüge zu lange, gilt die Kaufsache als genehmigt und die Mängelrechte können nicht mehr geltend gemacht werden, sie sind verwirkt. Bei der neuen zweijährigen Verjährungsfrist handelt es sich um eine einseitig zwingende Frist, die vertraglich nur zu Gunsten des Käufers abgeändert werden kann. Anders präsentiert sich die Rechtslage, wenn es sich beim Käufer ebenfalls um einen Unternehmer handelt. Hier ist eine Verkürzung der Gewährleistungsfrist nach wie vor zulässig. Eine Ausnahme sieht das Gesetz ausserdem für gebrauchte Waren vor (OR 210 IV). In Verträgen über gebrauchte Kaufsachen ist eine maximale Verkürzung der Frist auf ein Jahr auch gegenüber Konsumenten zulässig.

Für den Pferdehandel bedeutet dies in der Praxis Folgendes: Die Verwirkung beziehungsweise der Verlust von Gewährleistungsansprüchen tritt insbesondere dann ein, wenn der Käufer dem Verkäufer einen allfällig entdeckten Mangel nicht sofort, beziehungsweise innerhalb der neuntägigen Frist, anzeigt. Die Verjährungsfrist hingegen ist für die Geltendmachung der Rechte relevant, die dem Käufer zustehen, wenn der Mangel feststeht und frist- und formgerecht geltend gemacht wurde (Schwenzer 2016). Es sind dies neben Wandlungs- und Minderungsklage (OR 205 f.) ein allfälliges Recht auf Ersatzleistung (OR 206), ein Nachbesserungsanspruch sowie die Klage auf Schadenersatz (OR 208). Die neue Verjährungsfrist bezieht sich also lediglich auf die Klage- und nicht auf die Rügefrist. Bei Kaufverträgen zwischen Unternehmern und Konsumenten kann die Verjährungsfrist beim Kauf gebrauchter Pferde ausserdem auf maximal ein Jahr verkürzt werden. Für den Kauf von Fohlen gilt in Anlehnung an die deutsche Rechtsprechung zwingend die zweijährige Verjährungsfrist gemäss OR 210 I, eine vertragliche Verkürzung ist nicht möglich (2.3.3.1). Von der neuen Regelung nicht tangiert wird der Handel unter professionel-

len Pferdehändlern. Ansprüche aus absichtlicher Täuschung unterliegen ebenfalls nicht der Verjährung.

2.3.3 Aktuelle rechtliche Situation in den deutschsprachigen Nachbarländern

Der Handel mit Pferden ist nicht an nationale Grenzen gebunden und der grenzüberschreitende Pferdekauf gewinnt immer mehr an Bedeutung. Die Schilderung der rechtlichen Situation beim internationalen Pferdehandel würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Die folgenden Ausführungen über die Regelung des Pferdekaufs in den deutschsprachigen Nachbarländern sollen aber dazu dienen, die Situation in der Schweiz kritisch zu analysieren, Parallelen zu ziehen und gegebenenfalls Änderungen vorzuschlagen.

2.3.3.1 Die deutsche Regelung nach der Schuldrechtsmodernisierung

In Deutschland finden sich die für den Pferdekauf anwendbaren Regelungen im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB). Die Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 1999 zu bestimmten Aspekten des Verbrauchsgüterkaufes und der Garantien für Verbrauchsgüter (Verbrauchsgüterkauf-Richtlinie der EU) wurde am 1. Januar 2002 im Rahmen der Schuldrechtsmodernisierung in innerstaatliches Recht umgesetzt und die Sonderregelungen des Viehkaufs (Fellmer 1996) ersatzlos gestrichen. Die revidierten Regelungen betreffen den Verbrauchsgüterkauf, also den Kauf einer beweglichen Sache durch einen Verbraucher (§ 13 BGB) von einem Unternehmer (§ 14 BGB: Jeder, der ein Pferd in Ausübung seiner gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit verkauft) als Verkäufer. Diese Konstellation ist gemäss Plewa beim Verkauf von Pferden nicht selten anzutreffen, zumal die Anforderungen an den Begriff des Unternehmers nicht zwingend eine gewerbliche, sondern lediglich eine planmässige nebenberufliche Tätigkeit voraussetzen (Plewa 2007a). Das neue Schuldrecht bezweckt im Wesentlichen den Schutz des Käufers in Bezug auf Qualität, Sicherheit und Mängelfreiheit der Kaufsache. Seit der Schuldrechtsreform gibt es in Deutschland keine Hauptmängelkatalogen oder Gewährleistungsfristen mehr und die gesonderte Regelung der Verjährung für den Viehhandel im Vergleich zum Kauf von beweglichen Sachen wurde abgeschafft (Adolphsen 2002). Tiere werden weiterhin im Kaufrecht wie Sachen behandelt, womit der Pferdekäufer über dieselben Rechte verfügt, wie der Erwerber eines Gebrauchsgegenstandes. Gemäss neuem Mangelbegriff ist es an den Parteien, eine Vereinbarung über die gewünschte Beschaffenheit des Pferdes zu treffen (§ 434 Abs. 1 BGB, Adolphsen 2003 a und b). Ein Pferd ist dann mangelfrei, wenn es über die sogenannte vereinbarte Beschaffenheit verfügt (beispielsweise gesund, brav im Gelände, kindertauglich, siegreich bis M-Dressur) oder geeignet ist für den vertraglich vorausgesetzten Gebrauchszweck (beispielsweise Zucht, Spring-sport, Reining) (Voy, 2005). Diese Regelung verändert auch den Stellenwert der

Ankaufsuntersuchung in Deutschland, welche neu wichtiger Bestandteil des Kaufvertrages ist (Adolphsen 2003b). Grundsätzlich hat beim Pferdehandel zwischen Privatpersonen der Käufer einer Sache den Nachweis zu erbringen, dass ein allfälliger Mangel des Pferdes bereits zum Zeitpunkt der Ablieferung vorhanden war. Im Verhältnis zwischen gewerblichem Pferdehändler und einer Privatperson räumt § 476 BGB dem privaten Käufer die Möglichkeit der Beweislastumkehr ein. Es gilt in diesem Fall die Vermutung, dass das Pferd bereits bei der Übergabe mangelhaft war, sofern innerhalb von sechs Monaten seit Ablieferung des Pferdes ein Mangel zum Vorschein kommt, dessen Art mit dieser Vermutung vereinbar ist (was beispielsweise bei einer akuten Infektion nicht der Fall ist) und der Käufer beim Kauf keine Kenntnis vom Mangel hatte (Adolphsen 2002, Fellmer 2006, Oexmann und Wiemer 2004). Der Verkäufer hat in diesem Fall das Gegenteil zu beweisen, um sich von seiner Gewährleistungspflicht zu befreien.

Die mit dem Gesetz bezweckte Besserstellung des Käufers führt gemäss einigen Autoren auch zu einer Entlastung der Tierärzteschaft bezüglich der sich aus der Kaufuntersuchung ergebenden Haftungsrisiken, da es die erleichterte Rückabwicklung des Kaufes in vielen Fällen überflüssig mache, den Tierarzt unter Bezugnahme auf seine werkvertragliche Tätigkeit der Kaufuntersuchung zu belangen (Plewa 2002, 2007a, 2007b). Entgegen der Regelung in der Schweiz können nach deutschem Recht Gewährleistungsansprüche aus einem Vertrag zwischen privatem Verbraucher und Unternehmer nicht ausgeschlossen werden. Anders ist die Rechtslage, wenn es sich bei den Parteien um zwei Privatpersonen oder zwei Unternehmer handelt. Aber auch in diesem Fall ist der Gewährleistungsausschluss wirkungslos, wenn der Verkäufer den Mangel arglistig verschwiegen hat. Sofern das Pferd also nicht der vertraglich vorausgesetzten Beschaffenheit entspricht oder nicht tauglich ist zum geplanten Verwendungszweck, stehen dem Käufer immer Gewährleistungsrechte zu. Er kann Nacherfüllung, Rücktritt, Minderung und Schadenersatz einfordern, wobei er aber in jedem Fall zuerst die Nacherfüllung durch den Verkäufer verlangen muss (Voy 2005). Dies bedeutet, dass der Verkäufer entweder den Mangel beheben oder dem Käufer ein gleichwertiges Pferd beschaffen muss, welches den vereinbarten Kriterien entspricht.

Die Verjährungsfrist beträgt für die Geltendmachung von Gewährleistungsansprüchen zwei Jahre (§ 438 I Nr. 3 BGB), kann aber vertraglich oder durch die Verwendung Allgemeiner Geschäftsbedingungen bis auf ein Jahr verkürzt werden, sofern es sich um eine gebrauchte Sache handelt (§ 475 II BGB, Meyer 2003, Voy 2005). Dies bedeutet eine Erleichterung für den Verkäufer, der durch das übrige Verbrauchsgüterkaufrecht gegenüber dem Käufer deutlich benachteiligt ist. Wann ein Pferd als gebrauchte Sache anzusehen ist, muss durch die Rechtsprechung aber erst noch weiter konkretisiert werden. Richtungsweisend ist bis anhin der Fohlenentscheid des Bundesgerichtshofes (BGH vom 15.11.2006, Brückner und Rahn 2010). Der

Bundesgerichtshof hat in bisherigen Entscheiden argumentiert, dass junge Tiere lediglich ein geringes allgemeines Lebensrisiko tragen, nicht aber ein erhöhtes Gesundheitsrisiko, das typischerweise durch den Gebrauch, etwa als Arbeitstier, entstehen kann. Ob eine Sache neu ist, bestimmt sich gemäss Rechtsprechung danach, ob sie schon in ihren bestimmungsgemässen Gebrauch genommen worden ist oder nicht. So muss ein Reitpferd konsequenterweise als gebraucht angesehen werden, sobald mit dem Einreiten begonnen wird und ein Zuchthengst ab dem ersten Decksprung (Brückner und Rahn 2010). Für ein Fohlen ist demnach eine Verkürzung der Verjährungsfrist für Sachmängel ausgeschlossen. Die Rechtfertigung für die Verkürzung der Frist auf ein Jahr ergibt sich nämlich daraus, dass die Inanspruchnahme des Tieres durch den Käufer mit einem erhöhten Risiko für den Verkäufer verbunden ist. In der Literatur wird die Rechtsprechung stark kritisiert (Adolphsen 2002, Bemann 2005, Neumann 2005). So bestehe nach wie vor eine grosse Rechtsunsicherheit in Bezug auf den ersten bestimmungsgemässen Gebrauch. Es sei beispielsweise unklar, mit welcher Handlung das Einreiten im Detail beginne (Brückner und Rahn 2010). In der Literatur wird deshalb die Ansicht vertreten, dass ein Fohlen bereits bei der Geburt als gebraucht anzusehen sei, da Tiere anders als andere Gebrauchsgegenstände bereits ab ihrer Geburt ein erhöhtes Sachmängelrisiko tragen würden, welches unabhängig von einem zusätzlichen Gebrauch vorhanden sei (Brückner und Rahn 2010).

2.3.3.2 Die österreichische Regelung

Das österreichische Recht ist dem deutschen in den wesentlichen Punkten sehr ähnlich (Schuster 2010). Die entsprechende EU-Richtlinie wurde in Österreich ebenfalls in innerstaatliches Recht umgesetzt. Im Unterschied zu Deutschland wurde kein eigener Abschnitt über den Verbrauchsgüterkauf ins Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch (ABGB) aufgenommen. Die Regelungen der Tiermängelverordnung und die Vermutungsfristen kommen weiterhin zur Anwendung, jedoch nur beim Pferdehandel zwischen Privatpersonen und nicht beim Verbrauchsgüterkauf (Hladik und Mosing 2002, §§ 925-927 ABGB). Das bedeutet, dass je nach Krankheit eine Vermutungsfrist von bis zu 14 Tagen gilt, innerhalb derer der Käufer einen Mangel zu melden hat und für den der Verkäufer dann lediglich während der Vermutungsfrist die Beweislast trägt. Beim Auftreten eines solchen Gewährsmangels wird also vermutet, dass das Tier schon vor der Übergabe krank gewesen sei (Schuster 2010). Die Beweislastumkehr der allgemeinen Gewährleistung gilt dabei gemäss § 924 ABGB für jeden Kaufvertrag und nicht nur im Verbrauchsgüterbereich (Hladik und Mosing 2002, Schuster 2010). Dies ergibt einen Widerspruch in Bezug auf das Konsumentengeschäft, bei dem der Verkäufer die Beweislast, dass der Mangel bei Übergabe nicht vorhanden war, zwingend für sechs Monate zu tragen hat (Hladik und Mosing 2002).

Die Gewährleistungsfristen sind in § 933 ABGB für bewegliche Sachen und Viehmängel geregelt. Der Mangel kann demnach bei Sport- und Freizeitpferden während zwei Jahren gerichtlich geltend gemacht werden, während dies beim Arbeitspferd nur sechs Wochen möglich ist. Das bedeutet, dass bei einem Pferd, das für die Arbeit in der Forstwirtschaft gekauft wird, weiterhin die sechswöchige Frist für Viehmängel zur Anwendung kommt (Schuster 2010). Die Beweislastumkehr gilt nach österreichischem Recht bei jedem Kaufvertrag und nicht nur beim Verbrauchsgüterkauf (§ 924 ABGB), wobei aber bei letzterem eine vertragliche Wegbedingung nicht möglich ist.

3. Situation und Rahmenbedingungen der Ankaufsuntersuchung in der Schweiz

3.1 Situation und Rahmenbedingungen

Die tierärztliche Beurteilung des Pferdes im Zuge eines Pferdekaufs ist eine nach speziellen Regeln ablaufende Untersuchung, deren Ergebnis dem Auftraggeber Aufschluss über die Gesundheit und Tauglichkeit des Tieres zum geplanten Gebrauch geben soll. Die Befundung dient nicht einer Diagnosestellung, sondern vielmehr der Feststellung von Symptomen, die möglicherweise kaufrelevant sind (Gerhards 2010, Stadler 2008). Da in der Schweiz in diesem Zusammenhang meist der Käufer als Vertragspartner des Tierarztes auftritt (4.3, Abb. 4) hat sich der Begriff der Ankaufsuntersuchung etabliert. Diese stellt eine tierärztliche Untersuchung dar, von deren Ergebnis der Käufer den Erwerb eines Tieres in der Regel abhängig macht (Fellmer 1990, Huskamp 1983) und die folglich in einem engen rechtlichen Zusammenhang mit dem Vorgang des Pferdekaufs steht.

Um im Vorfeld möglichst viele Informationen über das Kaufobjekt Pferd zu erlangen, ist es empfehlenswert, vom Verkäufer vorab und möglichst in schriftlicher Form Angaben über vorbestehende Erkrankungen, Lahmheiten, Behandlungen, Operationen oder auch Verhaltensmängel zu verlangen (e.o. Hermann), das Pferd in Bezug auf Ausbildungsstand, Charakter und Qualitäten auszuprobieren und die Durchführung einer Ankaufsuntersuchung zu veranlassen. Ziel ist es, dem Käufer eine solide Grundlage für den Kaufentscheid zu liefern, indem der aktuelle Gesundheitszustand des Pferdes festgestellt und krankhafte Befunde aufgedeckt werden, die den Wert oder die Tauglichkeit zum vorgesehenen Zweck aufheben oder erheblich mindern (Althaus und Genn 2011). Aufgrund der käuferunfreundlichen rechtlichen Situation in der Schweiz liegt es nämlich im Interesse des Käufers, sich ein genaues Bild des Pferdes zu machen, damit der Freude an einem passenden Sport- und Freizeitpartner auch längerfristig nichts im Wege steht. Es empfiehlt sich also, jedes Pferd und zwar unabhängig vom Kaufpreis durch einen Tierarzt beurteilen zu lassen. Das Ergebnis dient als Hilfestellung für den Käufer und ist meist sogar massgeblich oder auch entscheidend für den definitiven Entschluss, das Pferd zu kaufen oder nicht (4.3, Abb. 13). Eine abschliessende Entscheidung über die Eignung des Pferdes zum geplanten Gebrauch ist jedoch von weiteren Gesichtspunkten abhängig und soll nicht vom Tierarzt getroffen, sondern den Kaufparteien, also insbesondere dem Käufer, überlassen werden (Bemmann 2008).

Wichtig ist, dass der Auftraggeber den Tierarzt selbst wählt, so dass die Unabhängigkeit der Untersuchung gewährleistet ist. Die Befundinterpretation erfolgt direkt im Anschluss an die Befundung und sollte neben den Ergebnissen der klinischen Untersuchung auch die Vorgeschichte und den geplanten Verwendungszweck des

Pferdes miteinbeziehen, so dass sie dem Käufer eine solide und objektive Entscheidung ermöglicht (Althaus und Genn 2011). Es empfiehlt sich, neben einer mündlichen Einschätzung auch einen schriftlichen Bericht über die durchgeführten Untersuchungen und die erhobenen Befunde in verständlicher Sprache zu verfassen, den Verzicht auf weiterführende Untersuchungen zu vermerken und dies dem Auftraggeber auszuhändigen (e.o. Hermann). Die Beratung stellt dabei immer eine persönliche Einschätzung des untersuchenden Tierarztes dar und sollte unbedingt auch als solche gekennzeichnet werden (Althaus und Genn 2011). Dabei ist stets zu beachten, dass das Ergebnis der Untersuchung lediglich eine Momentaufnahme darstellt und keine Prognose über die weitere gesundheitliche Entwicklung und Eignung für den geplanten Einsatz liefern kann, da diese von zahlreichen weiteren Faktoren abhängig ist (Stadler 2008). Nicht nur die Entscheidung, sondern auch die Verantwortung für Kauf oder Nicht-Kauf und die Preisangemessenheit liegt letztendlich beim Käufer (Frei 1996).

Grundsätzlich ist nur der Auftraggeber, d.h. in der Regel der Käufer (Moegle 1990), über den Ausgang der Untersuchung zu informieren. Befunde dürfen ausserdem nur an Drittpersonen weitergegeben werden, wenn der Auftraggeber dies gestattet. Im Übrigen geht es bei der Ankaufsuntersuchung um eine tierärztliche Leistung, welche dem Auftragsrecht unterliegt. Das Honorar richtet sich dabei nach dem Umfang der Untersuchung.

3.2 Veterinärmedizinische Aspekte der Ankaufsuntersuchung

3.2.1 Vorbemerkungen

Die Untersuchung sollte in einer ruhigen und für alle Diagnostikmethoden geeigneten Umgebung vorgenommen werden (Lauk 2002). Das bedeutet, dass auf ausreichende Lichtverhältnisse geachtet werden soll und dass insbesondere für die orthopädische Untersuchung geeignete Bodenverhältnisse zur Verfügung stehen müssen (Becker et al. 2016).

Vor der Untersuchung zu dokumentieren sind Auftraggeber, anwesende Personen, Datum und Uhrzeit sowie Signalement und Identifikation des Pferdes. Ebenso zum Vorbericht gehören Fragen zu durchgemachten Krankheiten und Operationen, Lahmheiten, allfälligen Behandlungen, Impfstatus, Haltung und Fütterung sowie Verhaltensauffälligkeiten. Hierbei ist wünschenswert, dass der Verkäufer anwesend ist beziehungsweise diese Informationen schriftlich liefert (e.o. Hermann). Interessenskonflikte sind unbedingt zu vermeiden. Der Tierarzt muss in seiner Beurteilung unabhängig sein und soll deshalb eine potentielle Befangenheit beim ersten Kontakt mit dem Auftraggeber offenlegen (e.o. Hermann).

Vor Beginn der Untersuchung muss der Auftraggeber über den Umfang einer klinischen Untersuchung und alle möglichen zur Verfügung stehenden Zusatzuntersuchungen - auch in einer Klinik oder spezialisierten Praxis - aufgeklärt werden. Der Auftragsumfang wird unter Berücksichtigung von Alter, Verwendungszweck, Ausbildungsstand und einer allfälligen Versicherungsaufnahme zwischen Auftraggeber und Tierarzt definiert und im Protokoll festgehalten. Ein persönliches Gespräch des durchführenden Tierarztes mit dem Auftraggeber dient der Abschätzung des Informationsbedürfnisses seines Kunden (Althaus und Genn 2011). Danach setzt dieser nach entsprechender Aufklärung und Beratung den gewünschten Umfang fest (Schüle 2008). Die vereinbarten Untersuchungen und insbesondere auch der Verzicht auf weitere diagnostische Massnahmen sind ebenfalls zu protokollieren (Ohnesorge 2006, e.o. Hermann).

Als Mindestumfang wird die vollständige klinische Allgemeinuntersuchung des Pferdes inklusive medizinischer, orthopädischer, ophthalmologischer und zahnmedizinischer Untersuchung angesehen (Eikmeier 1981, Untersuchungsprotokoll und Leitfaden SVPM). Bei kostbaren Pferden, auf Wunsch des Käufers oder bei klinischer Notwendigkeit wird diese häufig durch Zusatzuntersuchungen ergänzt. Als radiologische Minimaluntersuchung angeraten wird dringend die radiologische Beurteilung der Strahlbeine sowie der Sprunggelenke (Kümmerle 2013, Witte 2013). Bei klinischem Verdacht oder auf Verlangen des Auftraggebers kann diese erweitert werden durch Röntgenaufnahmen der Zehengelenke zentriert auf das Fesselgelenk, seltener der Knie und der Halswirbelsäule sowie der Dornfortsätze der Brust- und Lendenwirbelsäule (Gerhards 2010). Es ist aber zu berücksichtigen, dass zwischen radiologischen Befunden und Klinik für einige Körpergegenden nicht immer eine aussagekräftige Korrelation besteht. Gerade für den Rücken besteht in vielen Fällen kein Zusammenhang zwischen klinischem Bild und dem Ausmass an radiologischen Veränderungen an den Dornfortsätzen (Novak 1988, Kreling und Lauk 1996). Einerseits werden muskuläre Verspannungen aufgrund fehlerhafter reiterlicher Nutzung oder kompensatorisch durch Schmerzen im Bereich der Gliedmassen als Rückenerkrankung fehlinterpretiert, andererseits können sich Pferde mit radiologischen Veränderungen im Bereich der Dornfortsätze klinisch vollkommen unauffällig präsentieren - radiologische Befunde in diesem Bereich kommen damit oft auch bei Pferden vor, die klinisch keinerlei Rückenprobleme zeigen (Holmer 2005, Holmer et al. 2007). Ausserdem führen radiologische Auffälligkeiten nicht zwingend zu klinischen Auffälligkeiten in der Zukunft (Hilgers 2005). Diese Tatsachen sind für im Rahmen der Ankaufsuntersuchung routinemässig geröntgte, klinisch rückengesunde Pferde von grosser Relevanz.

Zu den empfehlenswerten Zusatzuntersuchungen gehören die Entnahme einer Serumprobe für eine etwaige Dopinguntersuchung und die Endoskopie der Atemwege, insbesondere wenn die Beurteilung unter voller Belastung nicht möglich ist

(Hermann 2015). In den Leitlinien der SVPM als fakultativ charakterisiert ist die Arbeitsprobe an der Longe. Weitere Zusatzuntersuchungen, die bei Bedarf oder je nach Verwendungszweck durchgeführt werden können, sind die sonographische Untersuchung, ein Elektrokardiogramm, parasitologische Untersuchungen, die Analyse des Tracheobronchialsekrets oder auch die Zuchttauglichkeits- beziehungsweise Trächtigkeitsuntersuchung.

Das Ergebnis der Ankaufsuntersuchung stellt immer nur eine aktuelle Momentaufnahme dar und ist in jedem Fall nur dann repräsentativ für den Gesundheitszustand des Pferdes, wenn das Tier zum Zeitpunkt der Befundung nicht unter Einfluss pharmakologischer Substanzen stand (Blank 1977, Schüle 2002b, Gerhards 2010). Es sollte deshalb bei jeder Ankaufsuntersuchung eine Serumprobe entnommen und eingefroren werden (Althaus und Genn 2011). Auf Wunsch des Auftraggebers kann zur Feststellung von Fremdsubstanzen auch sofort ein Screening auf Fremdsubstanzen in einem anerkannten Labor durchgeführt werden (Althaus und Genn 2011).

Sämtliche Ergebnisse der Kaufuntersuchung sind zu protokollieren (Moegle 1990). Eine sorgfältige Dokumentation der Befunde liegt dabei auch im Interesse des durchführenden Tierarztes, da so eine allfällige Beweisführung in einem Haftungsprozess massgeblich erleichtert wird (Bemmann 2004, Lauk 2006, von Salis 1996). Die Verwendung eines standardisierten Protokolls ist empfehlenswert. Ein solches wird ebenfalls von der SVPM zur Verfügung gestellt. In der Regel bespricht der Tierarzt mit den anwesenden Auftraggebern direkt nach der Untersuchung des Pferdes die Befunde mündlich und hält diese anschliessend in einem separaten tierärztlichen Bericht schriftlich fest (e.o. Hermann). Bezüglich Interpretation der einzelnen Befunde sollte sich der Tierarzt die Möglichkeit offenlassen, zu gewissen Punkten erst später beziehungsweise nach Kenntnis weiterer Ergebnisse, wie beispielsweise Laborwerten, Stellung zu nehmen, wobei für deren Gewichtung auch das Feststellen des vorgesehenen und bisherigen Verwendungszwecks wesentlich ist (Schüle 2002a). Natürlich ist es von Vorteil und wird vom Käufer auch erwartet, dass dieser unverzüglich informiert wird, wenn schwerwiegende Mängel festgestellt wurden, die möglicherweise den Abbruch der Ankaufsuntersuchung zur Folge haben. Ohne dass der Tierarzt dem Käufer zum Kauf eines Pferdes raten oder abraten soll, muss dem Käufer doch aus tierärztlicher Sicht bei der Interpretation der Befunde basierend auf dem aktuellen veterinärmedizinischen Fachwissen geholfen werden, um eine Kaufentscheidung treffen zu können.

3.2.2 Die Ankaufsuntersuchung

Die klinische Untersuchung gliedert sich in einen medizinischen und einen chirurgisch-orthopädischen Teil. Die Gliederung der Befundung nach Organsystemen bietet sich an, wobei aber andere Vorgehensweisen ebenso möglich sind. Wichtig ist

einzig die Berücksichtigung sämtlicher Untersuchungspunkte entsprechend dem Untersuchungsprotokoll und Leitfaden der SVPM. Bei bestehendem klinischem Verdacht oder auf ausdrücklichen Wunsch des Besitzers können zudem zusätzliche Untersuchungen vorgeschlagen beziehungsweise durchgeführt werden.

Die radiologische Untersuchung stellt dabei eine wichtige ergänzende Beurteilung des Pferdes dar (Althaus und Genn 2011). Wird eine röntgenologische Befundung durchgeführt, so wird als Minimum empfohlen, die Strahlbeine (je 3 Projektionen (Oxspring, Im und tangential)) und die Sprunggelenke (je mind. 3 Projektionen (dp, Im, dlpm) beziehungsweise zur Abklärung einer OCD auch in einer zusätzlichen 4. Projektion (dmpl)) zu röntgen (Kümmerle 2013, Witte 2013). Die Untersuchung kann je nach Befunden bei der klinischen Untersuchung, Wert und Verwendungszweck des Pferdes oder Wunsch des Auftraggebers erweitert werden. Hierzu bietet sich an, Bilder der Zehengelenke (fokussiert auf die Fesselgelenke Im-, evtl. auch dp-Projektion), der Knie (kaudokranial und Im) und seltener von Halswirbelsäule und Dornfortsätzen des Rückens zu erstellen, was aber momentan nicht zum üblichen Standard gehört. In der Schweiz wird für die Befundung der Bilder im Gegensatz zu Deutschland kein einheitlicher Röntgenleitfaden verwendet. Gute Qualität der Aufnahmen und korrekte Beschriftung sind selbstverständliche Voraussetzungen für die korrekte Interpretation der Bilder. Die Aufnahmen sind Eigentum des Auftraggebers und müssen diesem auf Wunsch herausgegeben werden. Der Tierarzt sollte aber in jedem Fall über den Verbleib der Röntgenbilder Protokoll führen.

Es können bei entsprechenden klinischen Verdachtsmomenten oder auf Ersuchen des Auftraggebers, beziehungsweise je nach Verwendungszweck des Pferdes auch routinemässig, sonographische Untersuchungen durchgeführt werden. Dabei kommt vor allem der Sehnenapparat der Gliedmassen, insbesondere der Fesselträgerursprung (e.o. Hermann) in Frage. Der Verkäufer muss aber sein Einverständnis geben, wenn Haare zur Durchführung dieser Untersuchung geschoren werden müssen (SVPM-Leitfaden).

Eine Endoskopie der Atemwege sollte immer dann durchgeführt werden, wenn bei der klinischen Untersuchung Anzeichen auf eine Erkrankung des oberen oder unteren Respirationstraktes vorliegen oder das Pferd nicht unter voller Belastung beurteilt werden kann (e.o. Hermann). Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass die klinische Untersuchung der Atemwege alleine, insbesondere bei leichtgradigen Formen einer RAO, nur beschränkte Aussagekraft hat (Dixon et al. 1995, Fey 2003). Eine exakte Anamnese bezüglich bisheriger Haltungsform und Leistungsfähigkeit des Pferdes ist deshalb auch im Rahmen der Ankaufsuntersuchung von grösster Wichtigkeit. Selbst geringgradige klinische Befunde sollten ausserdem Anlass zu weiterführenden Untersuchungen darstellen (Lehmann 2013). Bei wertvollen Pferden oder solchen, die im Leistungssport eingesetzt werden, sollte eine

endoskopische Befundung routinemässig durchgeführt werden (Althaus und Genn 2011). Wichtig ist es, den Auftraggeber darauf hinzuweisen, dass funktionelle Störungen, die nur unter starker Belastung auftreten, bei der Endoskopie in Ruhe nicht zwingend erkannt werden und einer Endoskopie beziehungsweise zumindest einer klinischen Untersuchung unter Belastung bedürfen.

Die Sedation eines Pferdes ist gemäss Empfehlung der SVPM auch ohne Rücksprache mit dem Verkäufer möglich, wenn sie für die Durchführung von Untersuchungen oder auch Zusatzuntersuchungen notwendig ist (SVPM-Leitfaden). Wichtig ist, dass eine allfällige Blutentnahme zur Durchführung einer Medikationskontrolle in jedem Fall vorgängig erfolgt.

3.3 Rechtliche Aspekte der Ankaufsuntersuchung in der Schweiz

3.3.1 Vertragsverhältnis

Gemäss geltender Rechtsprechung ist das Vertragsverhältnis zwischen Tierarzt und Kunde als Auftrag ausgestaltet, dies gilt insbesondere dann, wenn es um die Behandlung eines erkrankten Tieres geht. Durch die Annahme des Auftrags verpflichtet sich der Beauftragte, die ihm übertragene Aufgabe vertragsgemäss zu erfüllen (OR 394 I). Er muss im Hinblick auf einen künftigen Erfolg tätig werden. Der Auftragnehmer erfüllt den Vertrag somit, wenn er sorgfältig und gewissenhaft sowie nach dem neuesten Stand der Veterinärmedizin arbeitet, der Eintritt des Erfolges an sich wird nicht geschuldet (Huguenin 2008). In der Schweiz ist meist der Käufer Auftraggeber und damit Vertragspartner des Tierarztes (4.3, Abb. 4). Das Verhältnis zwischen Käufer und Tierarzt ist rechtlich als Vertrag zu qualifizieren, und zwar unabhängig davon, ob ein schriftliches Dokument erstellt wurde oder nicht. Nur der eigenhändige Auftrag des Käufers an den Tierarzt stellt aber sicher, dass ein direktes Vertragsverhältnis zwischen ihnen entsteht und er den Tierarzt für allfällige Folgen einer fehlerhaften oder unsorgfältigen Beurteilung haftbar machen kann (Krenger 2014).

3.3.2 Anforderung an die Sorgfalt und Haftung des Tierarztes

Durch die Annahme des Auftrages verpflichtet sich der Beauftragte zu einer getreuen und sorgfältigen Ausführung des ihm übertragenen Geschäftes. Der Tierarzt schuldet dem Käufer folglich die getreue und sorgfältige Ausführung des Untersuchungsauftrags. So kann der Tierarzt vom Käufer haftbar gemacht werden, wenn er erkennbare Mängel nicht erkannt hat und dem Käufer hieraus ein Schaden entsteht. Der Eintritt des Erfolges als solches ist aber nicht Gegenstand der Vertragserfüllung. Der Tierarzt hat jedoch im Hinblick auf einen Erfolg tätig zu werden, indem er nach dem neuesten veterinärmedizinischen Wissensstand und mit der nötigen Umsicht arbeitet. Bei der Ankaufsuntersuchung ist im Unterschied zum kurativen Handeln jedoch nicht

nur ein Tätigwerden gefordert, sondern auch ein Resultat, nämlich die Beurteilung des Gesundheitszustandes des Pferdes. Im Gegensatz zur werkvertraglichen Regelung der Erstellung von Röntgenaufnahmen wird in der Schweiz der Vertrag über die Durchführung einer tierärztlichen Untersuchung im Rahmen des Pferdekaufs mangels anderslautender richterlicher Beurteilung nach wie vor als Auftrag qualifiziert (e.o. Krenger). Das bedeutet in Bezug auf eine allfällige Haftung, dass der Tierarzt lediglich für schuldhaft pflichtwidriges Verhalten einzustehen hat, wenn dieses kausal für den Schaden ist. Dies bedeutet, dass ein Tierarzt nur dann haftbar gemacht werden kann, wenn ein Schaden im finanziellen Sinne entstanden ist, der Tierarzt nicht sorgfältig oder nicht nach dem neuesten wissenschaftlichen Stand der Veterinärmedizin gearbeitet hat und wenn zwischen Schaden und Handeln des Tierarztes ein Kausalzusammenhang besteht und dies auch bewiesen werden kann. Letzteres ist in der Regel schwierig. Diesbezügliche Schadenersatzforderungen sind in Schweiz bis anhin selten (4.3, Abb. 19). Es ist für die Absicherung des Tierarztes aber dennoch wertvoll, wenn der Auftragsumfang geklärt und schriftlich festgehalten wird. Er hat zudem die Befunde sorgfältig zu protokollieren, erkennbare Mängel zu dokumentieren und den Auftraggeber unverzüglich darüber zu informieren.

Die Qualifikation des Ankaufsuntersuchs als sogenannten Werkvertrag hätte - in Annäherung an die Situation in Deutschland - eine deutliche Verschärfung der Haftung zu Folge (5.4.4).

3.3.3 Ziel und Zeitpunkt der Ankaufsuntersuchung

Das primäre Ziel der Ankaufsuntersuchung besteht darin, Informationen über den Gesundheitszustand und damit auch die Tauglichkeit des Pferdes zum vorausgesetzten Gebrauch zu erhalten und ist damit wichtige Grundlage für den definitiven Kaufentscheid (4.3, Abb. 13). Daten aus Deutschland zeigen, dass aber trotz der enormen Wichtigkeit für den reibungslosen Pferdekauf und einen adäquaten Käuferschutz in vielen Fällen insbesondere aus Kostengründen auf eine Ankaufsuntersuchung verzichtet wird (Lehmann 2013).

Die Wichtigkeit der Beurteilung des Kaufgegenstandes Pferd durch einen Tierarzt ist unbestritten. Deshalb ist es sinnvoll, die Beurteilung durch den Tierarzt zeitlich nahe am endgültigen Kaufvertragsabschluss durchzuführen (Plewa 2002). Die Ankaufsuntersuchung ist bestenfalls vor Abschluss des Kaufvertrages beziehungsweise innerhalb der vertraglich vereinbarten Probezeit durchzuführen (Krenger 2010). Dies gilt vor allem für mündliche und per Handschlag abgeschlossene Kaufgeschäfte, welche Zug um Zug, also Geld gegen Pferd abgewickelt werden (Krenger 2010). Liegt eine schriftliche Zusicherung des Verkäufers vor, kann die tierärztliche Beurteilung jedoch auch innerhalb der gesetzlichen Währschaftsfrist erfolgen (Krenger 2010).

Je nach Resultat der Befundung, Zeitpunkt und Vereinbarung kann der Kauf abgeschlossen, vom Rechtsgeschäft Abstand genommen oder eine verlängerte Garantie auf bestimmte Eigenschaften vereinbart werden, wobei auch dies aus Gründen der Rechtssicherheit schriftlich zu erfolgen hat. Das bedeutet, dass die Ankaufsuntersuchung nur dann Sinn macht, wenn ihr Ergebnis auf die Abwicklung des Kaufvertrages noch einen Einfluss hat (Krenger 1996, 2014). Es ist dabei zu beachten, dass für die Anzeige allfällige Mängel und die Geltendmachung derselben bei Gericht ebenfalls die Frist von neun Tagen eingehalten werden muss (Krenger 2010, 2013).

Während der Probezeit beim Kauf auf Probe und bei Durchführung der Ankaufsuntersuchung vor dem Kauf ist der potentielle Käufer noch nicht Eigentümer des Pferdes. Dies ist für die Untersuchung durch den Tierarzt insoweit von Bedeutung, als er sich vom Verkäufer und Noch-Eigentümer des Pferdes das Einverständnis zur Durchführung der Ankaufsuntersuchung geben lassen muss, um sich rechtlich nicht zu exponieren. Denn nur die ausdrückliche Zustimmung des Verkäufers zu den geplanten Untersuchungen schützt den Käufer im Falle einer Schädigung des Pferdes vor dem Vorwurf, dieses einem unerlaubten Risiko ausgesetzt zu haben (Krenger 2014).

4. Aktuelle Erhebung über die Situation der Kaufuntersuchung in der Schweiz nach Einschätzung der durchführenden Pferdeterärzte

4.1 Einleitung

Ziel der durchgeführten Befragung war es, neben der Darstellung der Besonderheiten des Währschaftsrechts in der Schweiz auch einen Überblick über die veterinärmedizinischen Aspekte der Kaufuntersuchung aus tierärztlicher Sicht zu geben und das geltende Recht in diesem Zusammenhang kritisch zu beleuchten. Die gewonnenen Daten dienten der Ermittlung der Schwachpunkte der geltenden gesetzlichen Regelung des Pferdekaufs und der Untersuchung deren Relevanz für die Praxis.

4.2 Material und Methode

4.2.1 Durchführung der Befragung

Die Erhebung der vorliegenden Daten wurde auf Grundlage eines Fragebogens durchgeführt. Dieser umfasste insgesamt 26 Fragen zu verschiedenen Aspekten der Ankaufsuntersuchung. Im Anhang wurden die zu verwendende Gradeinteilung der Kehlkopflähmung und ein Abkürzungsverzeichnis der Röntgenprojektionen aufgelistet. Der Versand erfolgte in Papierform an die Mitglieder der SVPM, da diese unseres Erachtens innerhalb der gesamten Tierärzteschaft die wichtigste Personengruppe darstellen, die sich mit Kaufuntersuchungen beim Pferd befasst. Hierzu wurden insgesamt 290 Fragebogen per Post an die entsprechenden Adressaten versandt, wobei jeweils ein adressiertes Rückantwortcouvert beigelegt wurde. Die Erhebung wurde unter Wahrung der Anonymität durchgeführt, wobei es aber so war, dass einige der Befragten von sich aus ihre Kontaktdaten angaben und sich aktiv um das Thema bemühten. Nach Ablauf der Rückantwortfrist wurde zudem ein Reminder mit Fragebogen in pdf- und word-Format im Anhang zum Ausdrucken beziehungsweise digital Ausfüllen über die Mailingliste des SVPM verschickt. Die Datenerhebung wurde im September 2013 geschlossen.

Im Anschluss an die Datenerhebung wurden gewisse Themenschwerpunkte in einer Expertenrunde diskutiert und gewichtet. Zu den beteiligten Fachspezialisten gehören neben Prof. Anton Fürst und Dr. Jan Kümmerle vom Tierspital Zürich auch Dres. Marco Hermann, Martin Kummer und Eberhard Schüle, Prof. Dr. Björn von Salis und lic. iur. Bart Krenger.

4.2.2 Inhalt des Fragebogens

Es wurden einleitend Informationen über das geographische Tätigkeitsgebiet und die Praxisstruktur (Anteil Pferde im Patientengut) sowie die Anzahl durchgeführter

Ankaufsuntersuchungen pro Monat erhoben. Zuerst wurden die Rahmenbedingungen der Ankaufsuntersuchung erfragt (Auftraggeber, Zeitpunkt, Protokoll, allfällige radiologische Beurteilung). Bei den spezifischen Fragen zu den röntgenologischen Untersuchungen interessierte uns, welche Aufnahmen beziehungsweise Projektionen am häufigsten eingesetzt werden. In einem weiteren Teil ging es darum, die häufigsten relevanten Befunde herauszufiltern und den Umgang mit diesen in Bezug auf eine Beratung des Käufers hinsichtlich des weiteren Vorgehens zu erheben. Interessant war dabei herauszufinden, wie das Ergebnis der Ankaufsuntersuchung den definitiven Kaufentscheid der Interessenten schliesslich beeinflusst und welche Befunde den Käufer veranlassen, von einem Kauf abzusehen. Im letzten Teil wurden Fragen zur Medikationskontrolle sowie Fragen zur Tierarzthaftung beim Ankaufsuntersuch und zum Kenntnisstand beziehungsweise dem Umgang mit der geltenden Rechtslage gestellt. Ausserdem waren die Befragten gebeten, ihre Einschätzung der geltenden Währschaftsfrist von neun Tagen kund zu tun, respektive einen Vorschlag für eine angemessene Frist für den Pferdehandel zu machen.

Es wurden sowohl offene Fragen gestellt, bei denen der Befragte in eigenen Worten antworten konnte, als auch geschlossene Fragen (sogenannte multiple choice questions), bei denen sich die Teilnehmer zwischen verschiedenen Antworten entscheiden mussten.

4.2.3 Auswertung der Fragebogen

Alle Daten wurden in das Datenverarbeitungsprogramm IBM SPSS Statistics Version 22 (Statistical Package for Social Sciences, SPSS Incorporation, Chicago) aufgenommen und analysiert. Die Erstellung der Grafiken erfolgte mittels Microsoft Excel Version 14.1.3 (Microsoft Excel für Mac 2011). Aufgrund der verhältnismässig kleinen Stichprobe erfolgte die Auswertung der Umfrage prinzipiell deskriptiv.

4.3 Ergebnisse

Es wurden insgesamt 290 Fragebogen verschickt. 105 davon wurden retourniert, wobei 20 Personen den Fragebogen aus verschiedenen Gründen nicht ausfüllen konnten oder wollten (im Ausland tätig, pensioniert, keine Durchführung von Ankaufsuntersuchungen) und diesen unausgefüllt zurückschickten oder sich in anderer Form von der Umfrage distanzieren. Ein Fragebogen erwies sich aufgrund der Antworten als nicht auswertbar. 84 der retournierten Fragebogen konnten schliesslich ausgewertet werden.

Spezifisch ergaben sich bei der Beantwortung der einzelnen Fragen die nachfolgenden Ergebnisse.

1.) In welchem Kanton praktizieren Sie?

Diese Frage wurde offen formuliert, so dass teilweise Mehrfachnennungen erfolgten. Auch wenn sich die Antworten statistisch nicht verwenden liessen, war es dennoch möglich, gewisse Trends abzulesen: Die Kantone Zürich und Bern wurden mit Abstand am häufigsten als Tätigkeitsgebiet angegeben (Abb. 1).

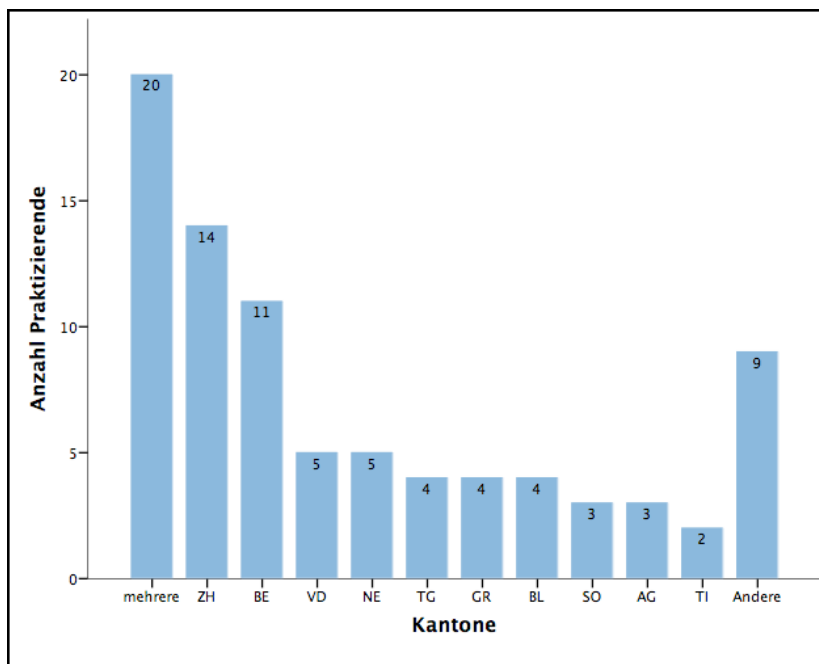


Abb. 1: Geographische Verteilung.

2.) Wie viele Prozent Pferdeanteil umfasst Ihre Kundschaft ungefähr?

- ☐ > 75 %
- ☐ 50-75 %
- ☐ 25-50 %
- ☐ < 25 %

Die Umfrage erfasste vor allem Tierärzte mit grossem (> 75 %) und eher kleinem Anteil Pferden (< 25 %) im Patientengut (Abb. 2).

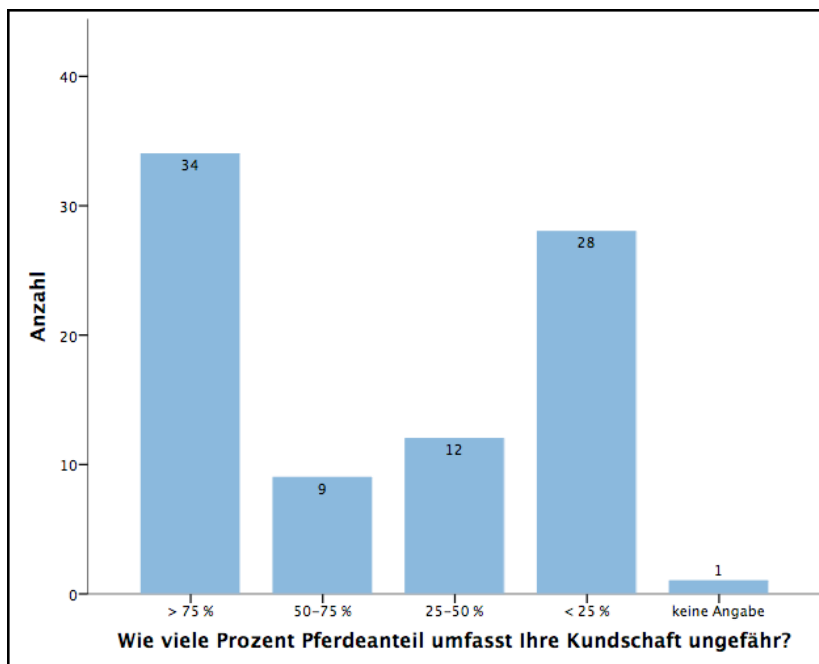


Abb. 2: Prozentualer Anteil Pferde im Patientengut.

3.) Wie viele Ankaufsuntersuchungen führen Sie pro Monat ungefähr durch?

Diese Frage wurde offen gestellt. Die Antworten zeigten entsprechend ein breites Spektrum von wenigen Ankaufsuntersuchungen pro Jahr bis hin zu mehreren Untersuchungen im Monat. Im Fragebogen wurde nach der Anzahl Ankaufsuntersuchungen pro Monat gefragt, weshalb bei denjenigen Befragten, die selten Ankäufe durchführen (wenige pro Jahr), sehr kleine Werte entstanden sind. Der Mittelwert aller Rückmeldungen lag bei 2.2 Untersuchungen pro Monat. Knapp die Hälfte der Befragten (47.6 %) führt 1 oder 2 Ankaufsuntersuchungen pro Monat durch (Abb. 3.1).

Die Spezialisten machen im Durchschnitt mehr Ankaufsuntersuchungen, wobei aber bei dieser Gruppe auch die Streuung breiter war bzw. eine grössere Standardabweichung (2.9) vorlag. Bei den Allgemeinpraktikern lag dieser Wert lediglich bei 0.9 (Abb. 3.2).

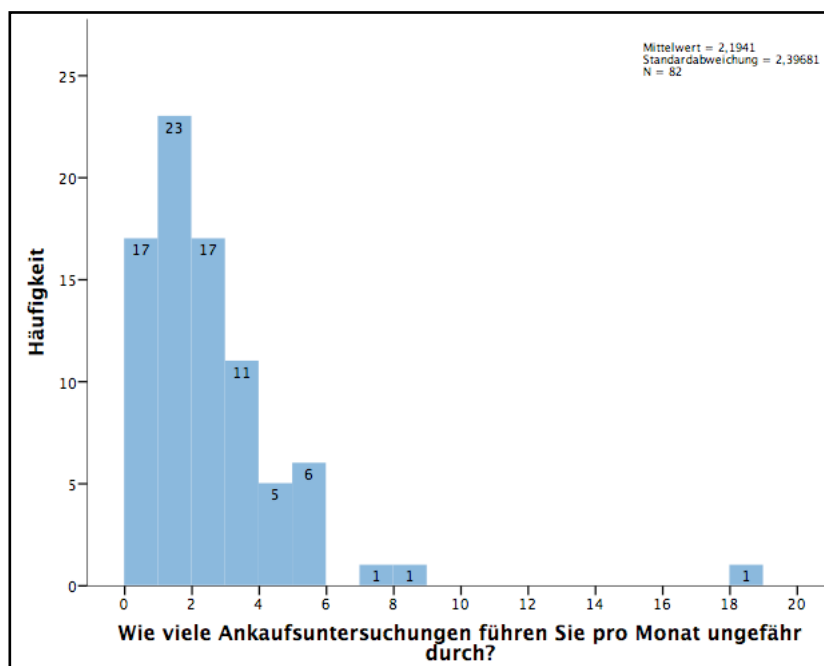


Abb. 3.1: Anzahl durchgeführte Ankaufsuntersuchungen pro Monat.

Pferdeanteil im Patientengut	Anzahl AKU/Monat
> 50 % (Spezialisten)	3.2
< 50 % (Allgemeinpraktiker)	1.1

Abb. 3.2: Anzahl Ankaufsuntersuchungen pro Monat nach betreutem Pferdeanteil.

4.) Wer ist hauptsächlich Ihr Auftraggeber (prozentualer Anteil)?

- ☐ Verkäufer (____ %)
- ☐ Käufer (____ %)
- ☐ Beide (____ %)
- ☐ Pferdehändler (____ %)

Die objektive Auswertung der Daten ergab, dass mit Abstand am häufigsten der Käufer (87.3 %) als Auftraggeber der Ankaufsuntersuchung auftritt (Abb. 4). Subjektiv entstand bei der Durchsicht der eingegangenen Antworten der Eindruck, dass insbesondere bei Tierärzten in der französischen Schweiz öfter der Pferdehändler den Auftrag zu geben scheint.

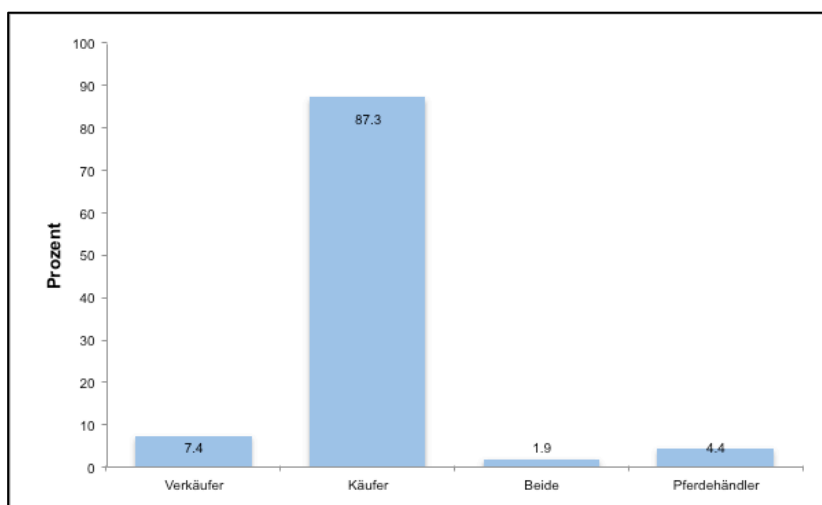


Abb. 4: Auftraggeber der Ankaufsuntersuchung.

5.) Zu welchem Zeitpunkt findet die Untersuchung mehrheitlich statt?

- o vor Abschluss des Kaufvertrages
- o während der Währschaftsfrist von 9 Tagen
- o nach Ablauf der Währschaftsfrist von 9 Tagen
- o beim Kauf auf Probe: Innerhalb der Probezeit

Eine erstaunlich grosse Gruppe der Befragten unterschied die beiden rechtlich komplett unterschiedlichen Varianten „gesetzlicher Kauf nach Viehhandelsrecht“ und „vertraglich vereinbarter Kauf auf Probe mit Probezeit“ klar und gab durch Mehrfachnennungen an, dass die Untersuchung meist während der Währschaftsfrist bzw. innerhalb der Probezeit stattfindet (Abb. 5). Die weiteren Mehrfachnennungen schliessen sich teilweise inhaltlich aus und konnten nicht berücksichtigt werden.

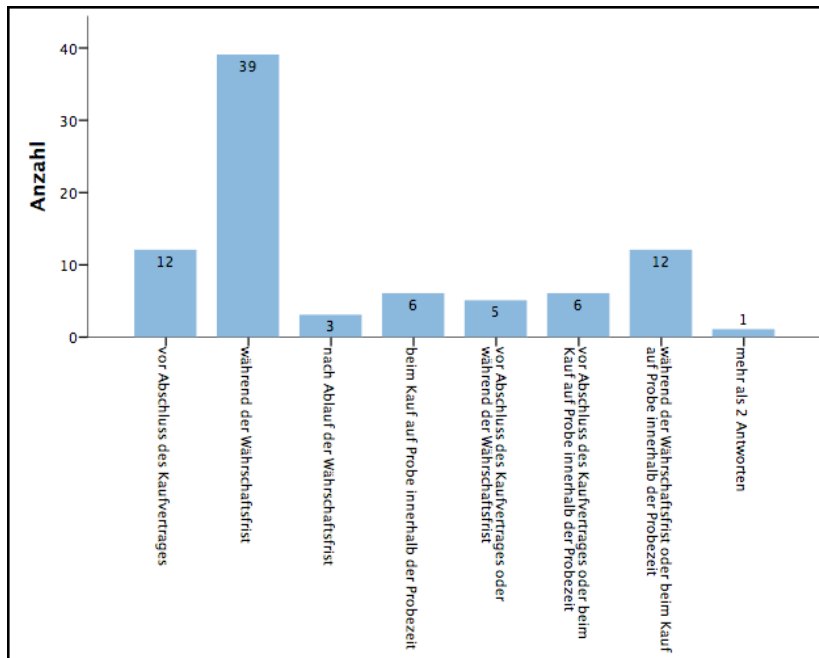


Abb. 5: Zeitpunkt der Ankaufsuntersuchung.

6.) Verwenden Sie zur Durchführung und Protokollierung der von Ihnen vorgenommenen Kaufuntersuchungen i.d.R. das vom SVPM bereitgestellte Protokoll?

- ☐ *ja*
- ☐ *nein*

falls nicht, welches Protokoll verwenden Sie?

Die Dokumentation der Befunde erfolgt meist nicht anhand des SVPM-Protokolls (Abb. 6.1). 72.6 % der Befragten gab an, dieses nicht zu verwenden. Die meisten gaben stattdessen an, ein eigenes Protokoll zu verwenden. Ergänzend zur freien Antwort angegeben wurde, dass dieses vergleichbar oder auf Grundlage des SVPM-Protokolls entstanden sei (Tab. 6.2).

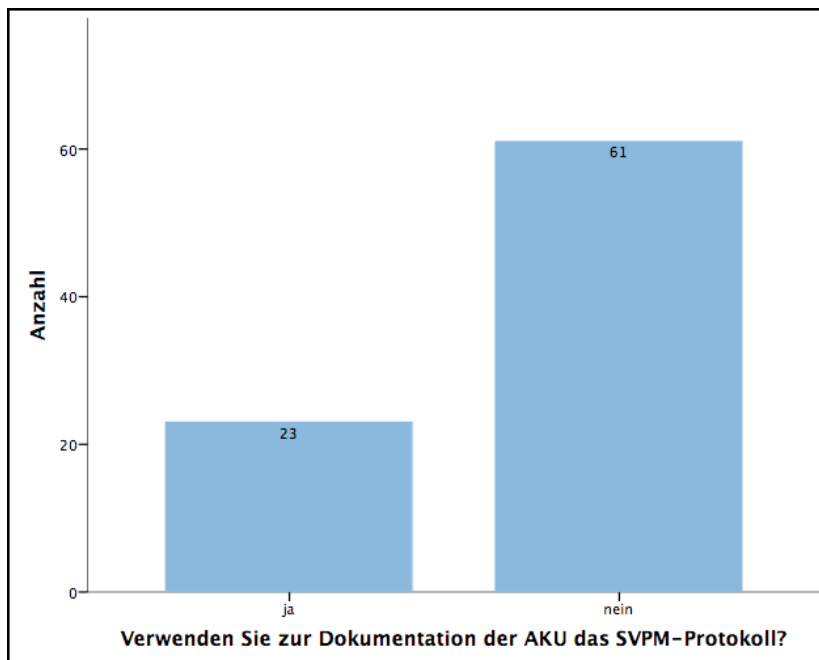


Abb. 6.1: Verwendung des SVPM-Protokolls.

Verwendetes Protokoll	Anzahl Antworten
Eigenes	49
Hippiatrika	2
BEVA	2
Tierspital ZH	1
Tierspital BE	1
Tierklinik Leimental	1
Epona	1
Kein Protokoll	2

Tab. 6.2: Für die Ankaufsuntersuchung verwendetes Protokoll.

7.) Kennen Sie den Leitfaden des SVPM zur Durchführung von Kaufuntersuchungen?

- ☐ *ja*
- ☐ *nein*

Der SVPM-Leitfaden ist der befragten Tierärzteschaft mehrheitlich bekannt (Abb.7).

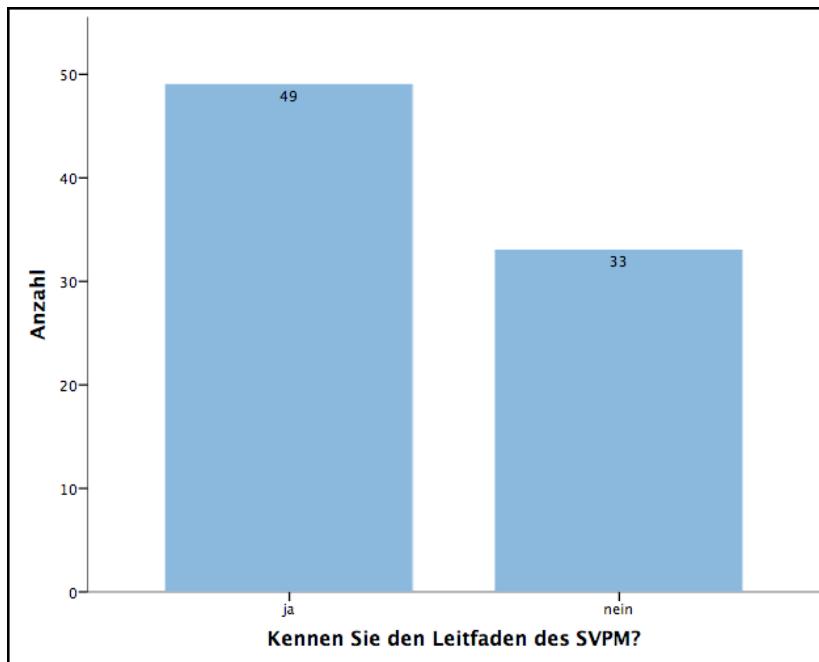


Abb. 7: Kenntnis SVPM-Leitfaden.

8.) Halten Sie diesen Leitfaden für hilfreich?

- ☐ *ja*
- ☐ *nein*
- ☐ *anderes*

Von denjenigen Tierärzten, die den Leitfaden kennen, finden ihn 83 % nützlich (Abb. 8). Der Leitfaden scheint somit unabhängig vom SVPM-Protokoll verwendet zu werden (Abb. 7, Abb. 8).

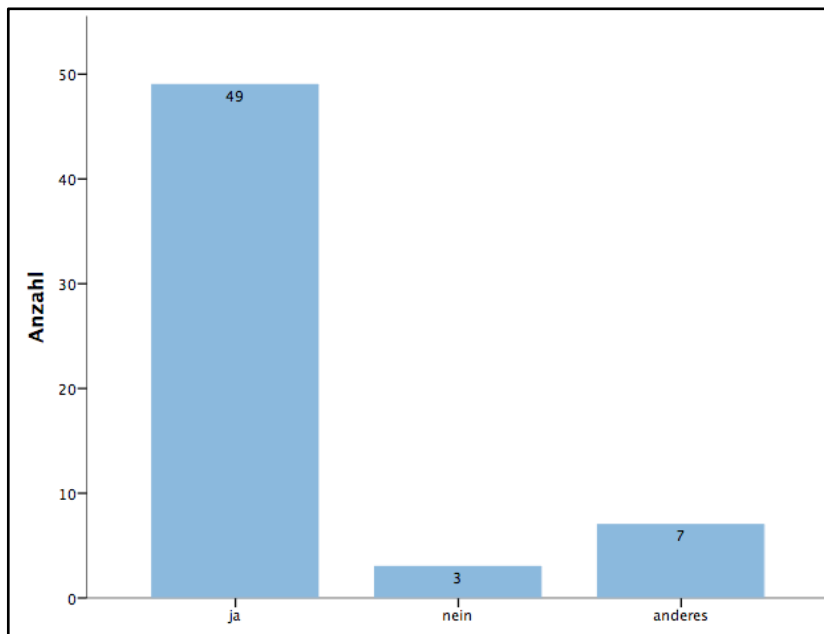


Abb. 8: Bekanntheit SVPM-Leitfaden.

9.) Wie viele Kaufuntersuchungen umfassen neben der klinischen Untersuchung auch röntgenologische Abklärungen (geschätzter prozentualer Anteil)?

- ☐ *alle*
- ☐ *> 75 %*
- ☐ *50-75 %*
- ☐ *25-50 %*
- ☐ *< 25 %*
- ☐ *keine*

Es scheint tatsächlich so zu sein, dass bei einer Ankaufsuntersuchung nicht grundsätzlich auch eine röntgenologische Befundung erfolgt (Abb. 9). Die Gründe für dieses Vorgehen wurden im Rahmen dieser Umfrage nicht erhoben. Es muss offen gelassen werden, ob in den Fällen, in welchen nicht geröntgt wird, aufgrund der klinischen Untersuchung keine Notwendigkeit hierfür erkennbar war oder ob die entsprechenden Auftraggeber explizit darauf verzichteten.

Die Gruppe der Spezialisten fertigt zusätzlich zur klinischen Beurteilung deutlich häufiger Röntgenbilder an als jene der Allgemeinpraktiker (Abb. 9.2). Die Gruppe der Allgemeinpraktiker röntgt deutlich seltener zusätzlich zur klinischen Allgemeinuntersuchung (Abb. 9.3).

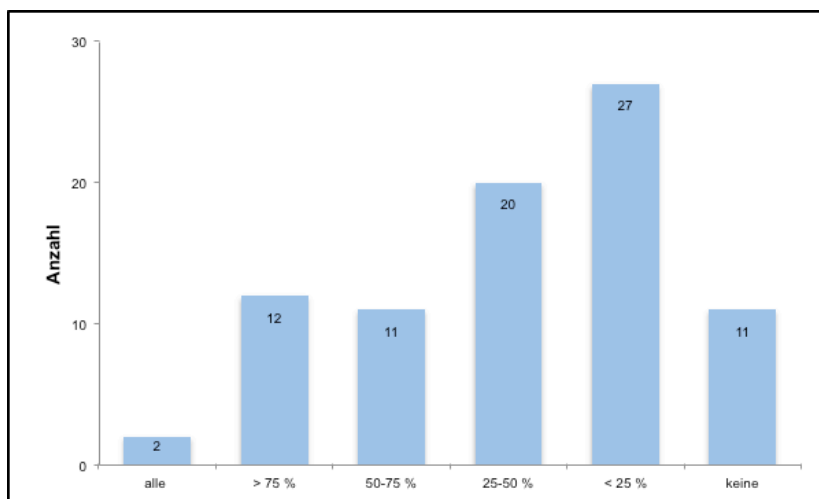


Abb. 9.1: Prozentualer Anteil radiologischer Abklärungen im Rahmen der AKU.

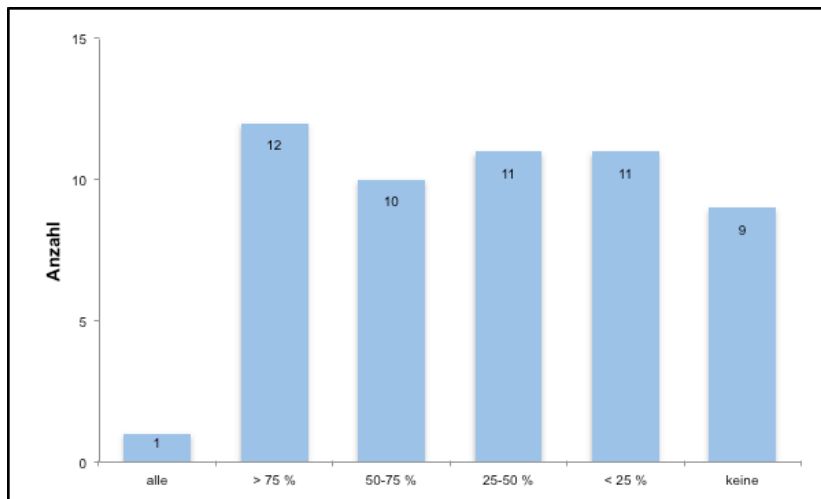


Abb. 9.2: Anteil radiologischer Untersuchungen im Rahmen der AKU durch Pferdespezialisten.

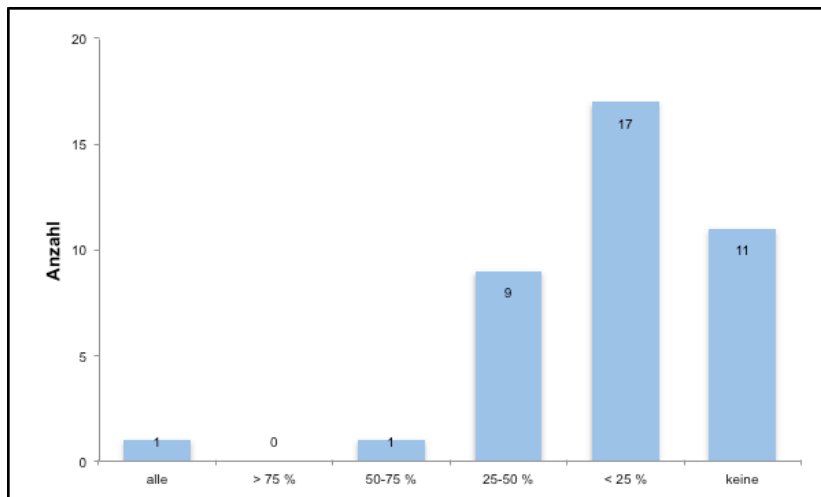


Abb. 9.3: Anteil radiologischer Untersuchungen im Rahmen der AKU durch Allgemeinpraktiker

10.) Welche Röntgenaufnahmen setzen Sie im Rahmen der AKU am häufigsten ein?

Bei dieser Frage sind die vielen fehlenden Werte auffällig. Tierärzte ohne eigene Röntgenanlage oder diejenigen, die zum Röntgen generell überweisen, haben teilweise ganz auf das Ausfüllen der Frage verzichtet.

o **Strahlbein:**

Häufigkeit: ☐ häufig ☐ weniger häufig ☐ selten ☐ nie

Wenn ja, welche Projektionen:

☐ 3 (lm, tangential, Oxspring) ☐ 2 (_____) ☐ 1 (_____)

Die Mehrheit von 76.1 % gab an, die Strahlbeine häufig zu röntgen. 88.5 % fertigen dabei meist 3 Projektionen an: lm, tangential, Oxspring.

o **Fesselgelenk:**

Häufigkeit: ☐ häufig ☐ weniger häufig ☐ selten ☐ nie

wenn ja, welche: ☐ 2 (lm, dp) ☐ 1 (_____)

Das Fesselgelenk wird von 52.3 % derjenigen, die geantwortet haben, häufig geröntgt. Es werden meist 2 Projektionen erstellt: lm, dp. Lediglich eine Person gab an, zusätzlich noch schräge Aufnahmen anzufertigen.

o **Tarsus:**

Häufigkeit: ☐ häufig ☐ weniger häufig ☐ selten ☐ nie

wenn ja, welche:

☐ 4 (lm, dp, dmpl, dlpm) ☐ 3 (_____) ☐ 2 (_____) ☐ 1 (_____)

66.2 % gaben an, die Tarsi häufig zu röntgen. Die Frage zu den Projektionen wurde von 57.1 % der Befragten folgendermassen beantwortet: 47.9 % fertigen meist 3 Projektionen an: lm, dp, dlpm und 39.6 % gaben an, meist 4 Projektionen, nämlich zusätzlich dmpl-Aufnahmen, zu erstellen.

o **Knie:**

Häufigkeit: ☐ häufig ☐ weniger häufig ☐ selten ☐ nie

wenn ja, welche Projektionen: ☐ 2 (lm, cc) ☐ 1 (_____)

Exakt die Hälfte der Befragten gab an, das Knie selten zu röntgen. 24.2 % röntgen das Knie gar nie. Falls Bilder erstellt werden, werden meist 2 Projektionen erstellt: Nämlich lm, cc. Auffällig bei dieser Frage waren die vielen ungültig ausgefüllten oder leergelassenen Antwortfelder (76.2 %).

o **Rücken (II):**

Häufigkeit: ☐ häufig ☐ weniger häufig ☐ selten ☐ nie

37.7 % gaben an, den Rücken selten zu röntgen, 36.1 % erstellen sogar nie Röntgenbilder in diesem Bereich. Der Rücken wird also selten bis nie geröntgt, obwohl Rückenbefunde bei der Ankaufsuntersuchung häufig genannt wurden, in 35.7 % der Fälle bei klinischen Rückenschmerzen zu weiterführenden Untersuchungen geraten wird und Rückenprobleme häufig den Grund für den potentiellen Käufer bilden, das Pferd nicht zu kaufen.

o **Hals (II):**

Häufigkeit: ☐ häufig ☐ weniger häufig ☐ selten ☐ nie

47.5 % röntgen den Hals gar nie, 39.3 % lediglich selten. Nur ein Befragter gab an, häufig radiologische Aufnahmen vom Hals zu erstellen.

o **Andere Aufnahmen:**

welche:

Häufigkeit:

Weitere Projektionen werden – in abnehmender Häufigkeit, aber insgesamt selten - erstellt von Karpus, Exostosen, Kopf und Zähnen. Auffällig auch hier die vielen fehlenden Antworten.

11.) Wäre Ihrer Meinung nach ein standardisiertes Beurteilungsverfahren für Röntgenbilder (z.B. entsprechend dem deutschen Röntgenleitfaden) wünschenswert?

- ☐ *ja, aber nicht entsprechend dem deutschen Röntgenleitfaden*
- ☐ *ja, entsprechend dem deutschen Röntgenleitfaden*
- ☐ *nein*
- ☐ *weiss nicht*

Insgesamt 54.7 % scheinen eine standardisierte Beurteilung der Röntgenbilder in irgendeiner Form zu wünschen (Abb. 11). Dabei ergab die Auswertung keine wirklichen Unterschiede zwischen den Tierärzten mit grossem Pferdeanteil und denjenigen, die weniger Pferde zu ihrem Patientengut zählen.

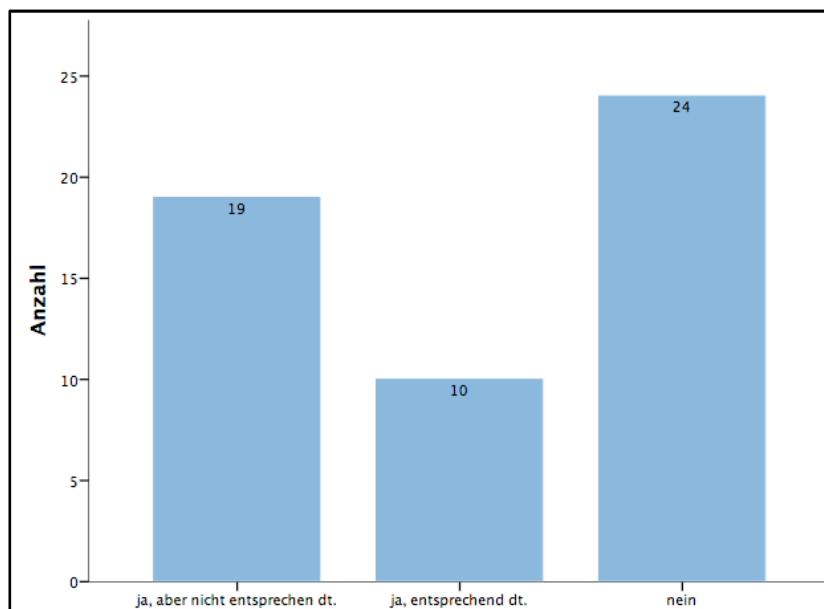


Abb. 11: Beurteilung der Notwendigkeit eines standardisierten Röntgenbeurteilungsverfahrens.

12.) Welches sind Ihre häufigsten relevanten Befunde im Rahmen der Kaufuntersuchung?

Organ	Befunde nach Relevanz
Bewegungsapparat	<ul style="list-style-type: none"> • arthrotische Veränderungen (u.a. Strahlbein, Tarsus, Fesselgelenk) (33 x) • Lahmheit/Gangunregelmässigkeiten (21 x) • positive Beugeprobe (11 x) • OCD/Chip (11x) • Rückenprobleme allg. (8 x) • Hufprobleme/mangelhafter Beschlag (6 x) • Wendeschmerz (5 x) • Fehlstellungen (5 x) • positive Brettprobe (4 x) • Kissing Spines (4 x) • Gallen (2 x) • Exostosen (2 x) • Tendinitis (1 x).
Atemapparat	<ul style="list-style-type: none"> • COPD/RAO (5 x) • Husten (5 x) • pathologische Lungenbefunde allg. (3 x) • Atemgeräusch (1 x) • Nasenausfluss (1 x)
Dermatologie	<ul style="list-style-type: none"> • Sarkoide (13 x) • Sommerexzem (3 x) • Operationsnarben (1 x)
Ethologie	<ul style="list-style-type: none"> • Verhaltensprobleme/Erziehung/Charakter (5 x) • Koppen (1 x) • Unrittigkeit (1 x)
Ophthalmologie	<ul style="list-style-type: none"> • Augenprobleme allg. (2 x) • Equine rezidivierende Uveitis (1 x)
Kardiologie	<ul style="list-style-type: none"> • Herzgeräusch (1 x) • Arrhythmien (1 x)
Zähne	<ul style="list-style-type: none"> • Wolfszähne (1 x)

Tab. 12: Die genannten Befunde wurden nach Organsystemen zusammengefasst und nach Relevanz gegliedert.

13.) Wie beurteilen Sie den Einfluss der Ergebnisse der Ankaufsuntersuchung auf den definitiven Kaufentscheid?

- o ist entscheidend*
- o trägt massgeblich zu Kaufentscheid bei*
- o stellt ein Kaufkriterium dar*
- o hat kaum einen Einfluss*

Die Ankaufsuntersuchung scheint ein wichtiges Instrument für die Kaufentscheidung darzustellen (Abb. 13).

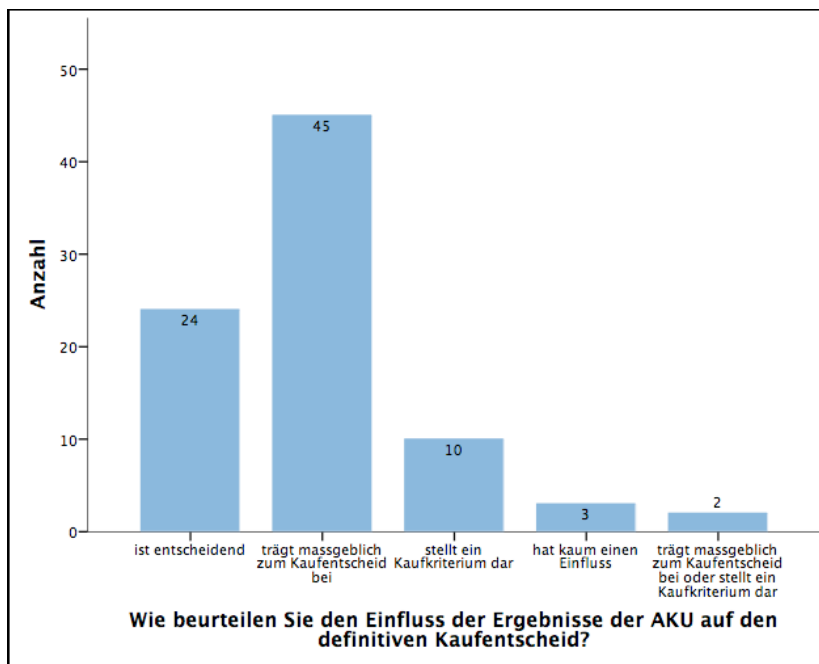


Abb. 13: Einfluss der AKU auf den Kaufentscheid.

14.) Welches sind für Sie Kriterien, um dem Käufer von einem Kauf abzuraten?

- o rate ich i.d.R immer von einem Kauf ab*
- o als alleiniger Befund kein Grund, von einem Kauf abzuraten*
- o ich erkläre dem Käufer die damit verbundenen Risiken, rate aber nicht ab*
- o ich rate zu weiterführenden Untersuchungen, ohne direkt vom Kauf abzuraten*
- o nur bei ausgeprägten Befunden rate ich von einem Kauf ab*
- o anderes*

Bei dieser Frage wurde nach der Beurteilung gewisser Kriterien (Lahmheit, Sarkoide, Sommerekzem, Mondblindheit (ERU), klinisches Atemgeräusch, endoskopisch Kehlkopflähmung Grad 2-3 sowie Grad 4, klinische Hinweise auf COPD, auskultatorisches Herzgeräusch in Ruhe, klinische Rückenschmerzen, radiologisch Kissing Spines ohne sowie mit klinischen Rückenschmerzen, radiologisch Spat, radiologisch Podotrochlose, radiologisch OCD, Chips Sprunggelenk, Fesselgelenk sowie Hufgelenk, Vorgeschichte Hufrehe, einseitig thrombosierte Jugularvene, Koppen, Weben) im Hinblick auf den Pferdekauf gefragt. Die Ergebnisse der Befragung werden bei den entsprechenden Befunden aufgeführt (Abb. 14.1-14.21) und als Tabelle zusammengefasst (Tab. 14.22). Auffällig ist, dass generell ein vorsichtiger Umgang mit Rat zu Kauf oder Nichtkauf gepflegt wird und oft nur eine Risikoauklärung erfolgt.

Lahmheit:

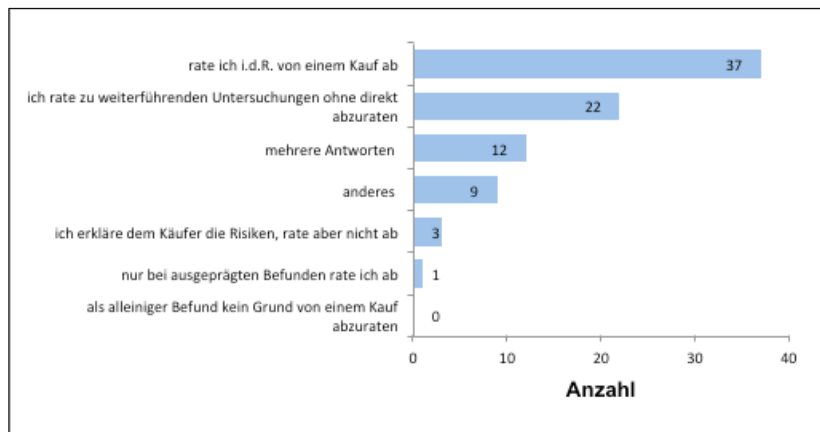


Abb. 14.1: Bei Lahmheit wird mehrheitlich von einem Kauf abgeraten, teilweise in Abhängigkeit vom radiologischen Befund und dem Verwendungszweck.

Sarkoide:

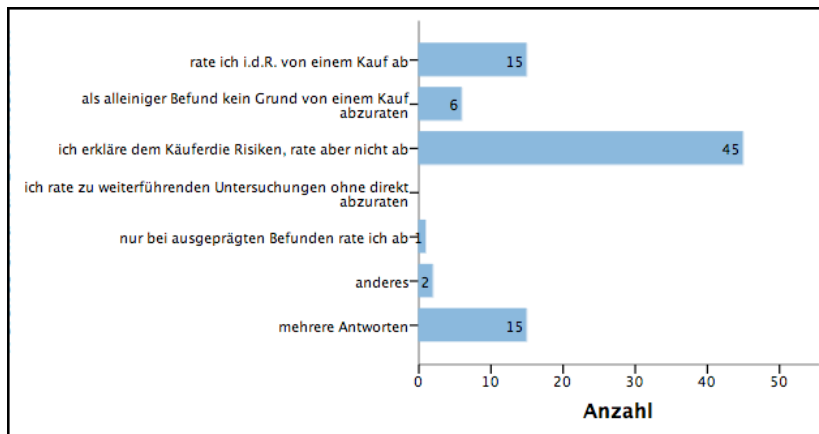


Abb. 14.2: Unter „anderes“ wurde angeführt: Abraten bei Zuchtabsicht, Entscheid abhängig von Menge und Lokalisation der Sarkoide und Relevanz des Alters. Dabei muss gesagt werden, dass lediglich 4 Personen von der offenen Antwortmöglichkeit Gebrauch machten.

Sommerekzem:

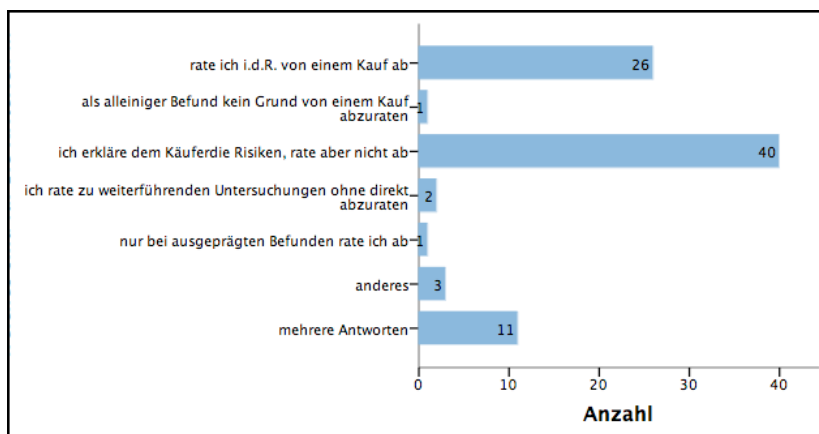


Abb. 14.3: Unter „anderes“ wurde ergänzt, dass die Beratung abhängig vom Standort des Pferdes oder von der Rasse (importierte Isländer, Araber) sei.

Mondblindheit (ERU):

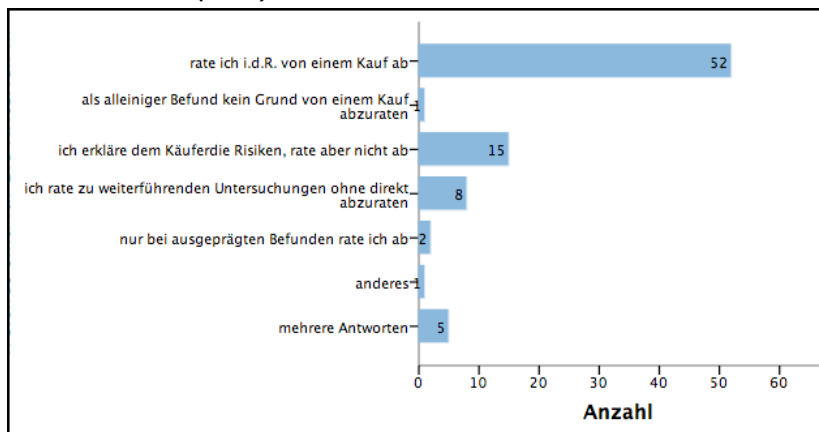


Abb. 14.4: Eine befragte Person erwähnte explizit, die Entscheidung jeweils einem Ophthalmologen zu überlassen.

Klinisches Atemgeräusch:

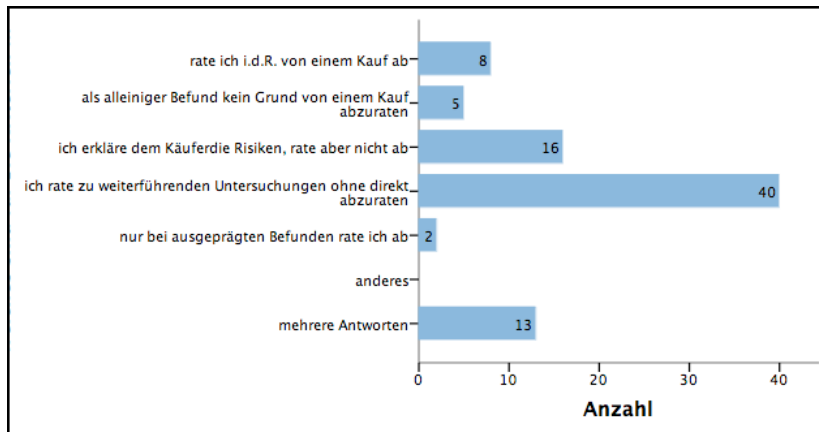


Abb. 14.5: Ein Befragter rät zudem zur Fristverlängerung und Verlaufskontrolle.

Endoskopisch Kehlkopflähmung Grad 2-3 in Ruhe:

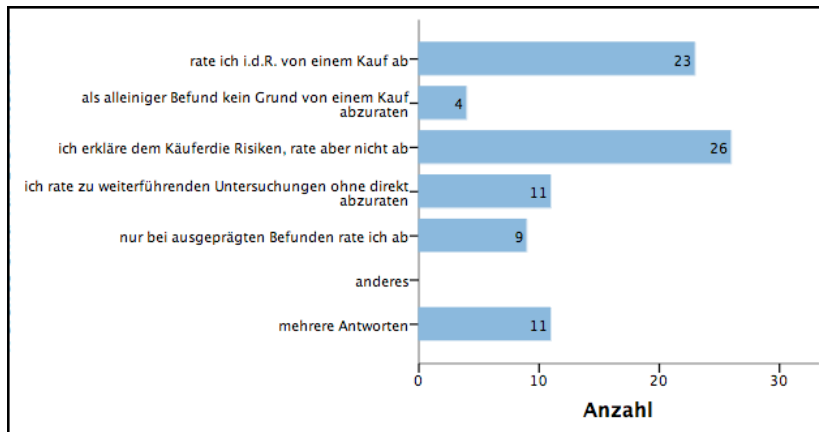


Abb. 14.6: Separat erwähnt wurde die Abhängigkeit des Entscheids von Verwendungszweck (Sport, Freizeit, Therapiereiten), Kaufpreis und Ergebnis der Endoskopie.

Endoskopisch Kehlkopflähmung Grad 4 in Ruhe:

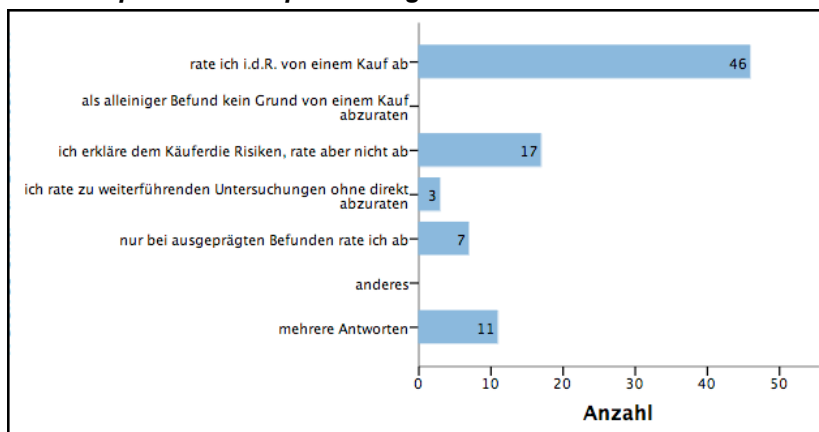


Abb. 14.7: Speziell erwähnt wurde die Abhängigkeit der Entscheidung von einer allfälligen Operationserlaubnis und dem geplanten Verwendungszweck.

Klinische Hinweise auf COPD:

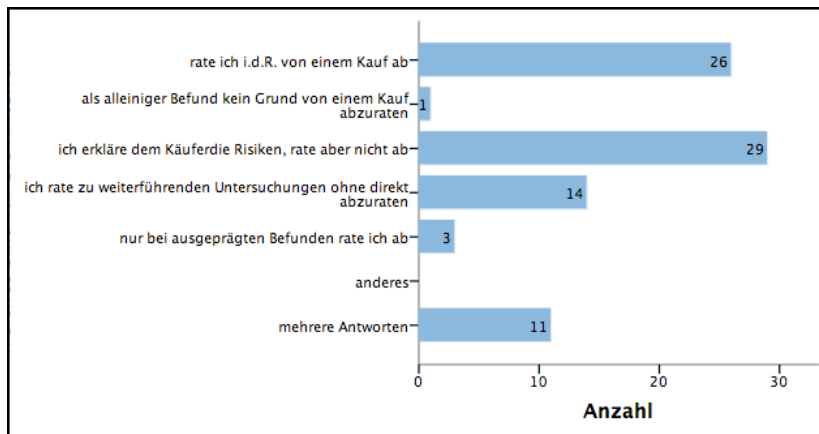


Abb. 14.8: Bei COPD ist die Streuung der Antworten breiter. Der Verwendungszweck scheint für die Gewichtung des Befunds und die Beratung des Auftraggebers eine wichtige Rolle zu spielen.

Auskultatorisch Herzgeräusch in Ruhe:

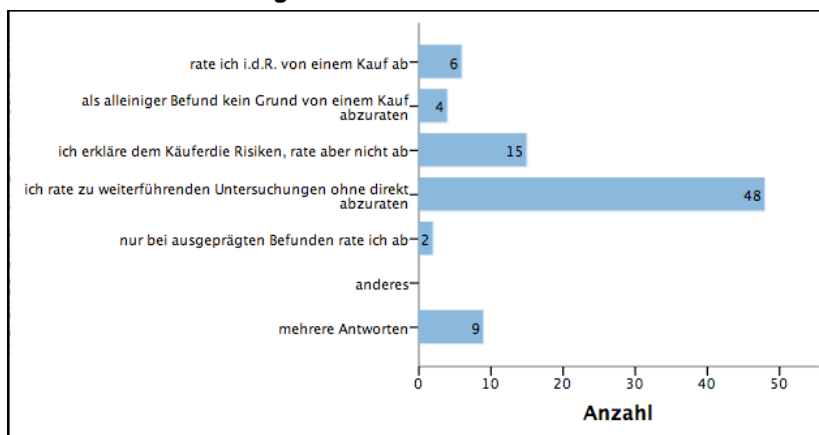


Abb. 14.9: Auch hier scheint der Verwendungszweck relevant zu sein für die Einstufung des Befundes. Ausserdem spielt auch der Grad des Herzgeräusches und das Ergebnis des Belastungstests (Verschwinden des Herzgeräusches unter Belastung) eine Rolle.

Klinische Rückenschmerzen:

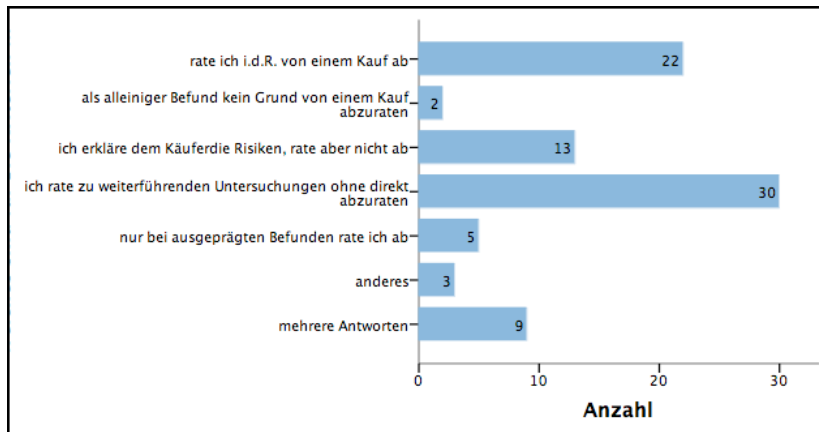


Abb. 14.10: 35.7 % raten im Falle klinischer Rückenschmerzen zu weiterführenden Untersuchungen, 26.2 % raten direkt ab. Für die Beurteilung wichtig ist der Verwendungszweck und der Schweregrad sowie die Ursache und das Management.

Radiologisch Kissing Spines ohne begleitende feststellbare Rückenschmerzen:

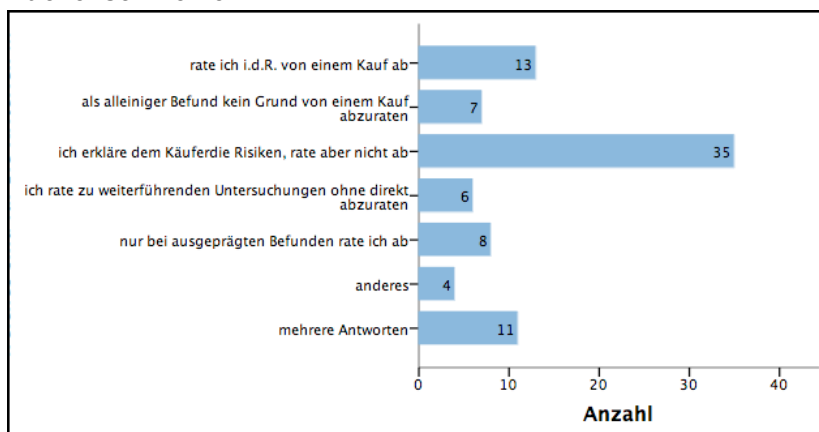


Abb. 14.11: 41.7 % gaben an, im Falle klinischer Rückenschmerzen die Risiken eines Kaufs zu erklären, ohne direkt abzuraten. Für die Beratung des Käufers scheint der geplante Verwendungszweck des Pferdes zudem eine entscheidende Rolle zu spielen.

Radiologisch Kissing Spines und klinische Rückenschmerzen:

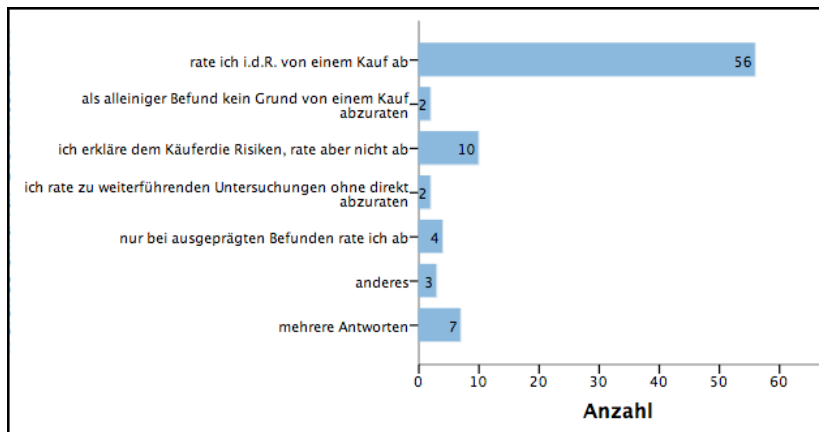


Abb. 14.12: Klare 66.7 % raten bei radiologischem Befund und klinischen Rückenschmerzen von einem Kauf ab.

Radiologisch Spat:

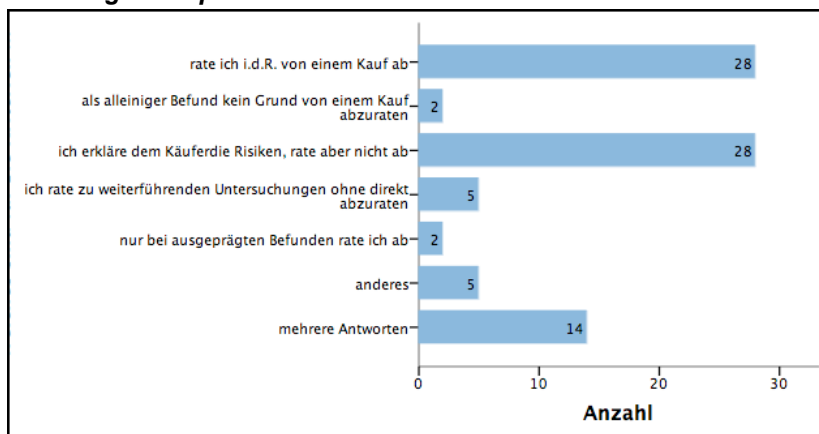


Abb. 14.13: 10 Befragte haben die Möglichkeit genutzt, eigene Anmerkungen zu machen. Aus diesen geht hervor, dass der Verwendungszweck für die Beratung eine Rolle spielt, ebenso wie Alter, Röntgenbefund und Klinik. 2 Befragte gaben an, bei radiologischen Veränderungen und positiver Beugeprobe vom Kauf abzuraten, ebenfalls 2 Befragte raten in jedem Fall zur Währungschaftsverlängerung um mindestens 1 Jahr.

Radiologisch Podotrochlose:

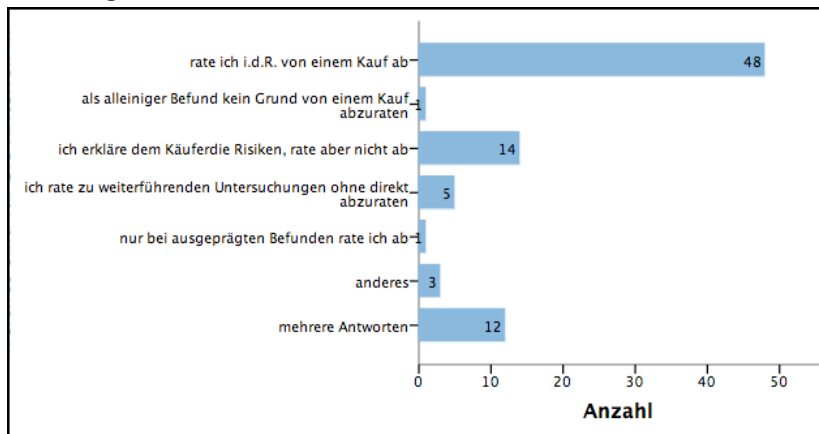


Abb. 14.14: 57.1 % raten bei röntgenologischen Befunden von einem Kauf ab. Wichtig auch hier: Der Grad der Veränderungen, das Alter des Pferdes, die aktuelle sportliche Leistung und klinischen Befunde (Brett, Zirkel) sowie der Verwendungszweck.

Radiologisch OCD, Chips Sprunggelenk:

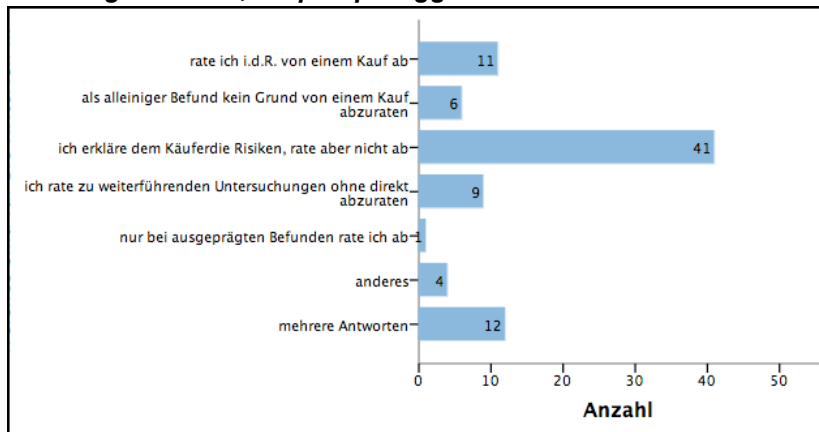


Abb. 14.15: Wichtig für die Einstufung der Befunde scheinen Grösse und Lage des Chips zu sein. Es wird zu Garantieverlängerung oder Operation unter Kosten- und Risikoübernahme durch den Verkäufer geraten.

Radiologisch Chips, OCD Fesselgelenk:

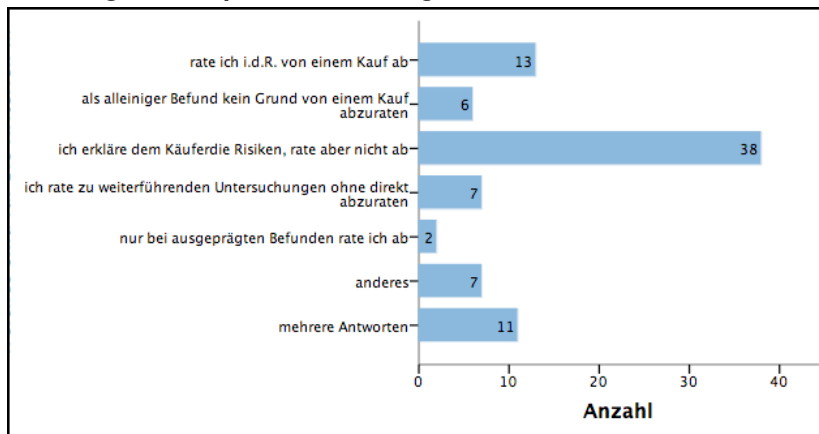


Abb. 14.16: Unter „anderes“ wurde angeführt: Operationsempfehlung je nach Lokalisation des Chips, Einstufung des Befundes je nach Grösse, Lage und allfälligen Gelenksveränderungen, Kostenübernahme für Operation durch Verkäufer empfohlen oder Garantieverlängerung.

Radiologisch Chips Hufgelenk:

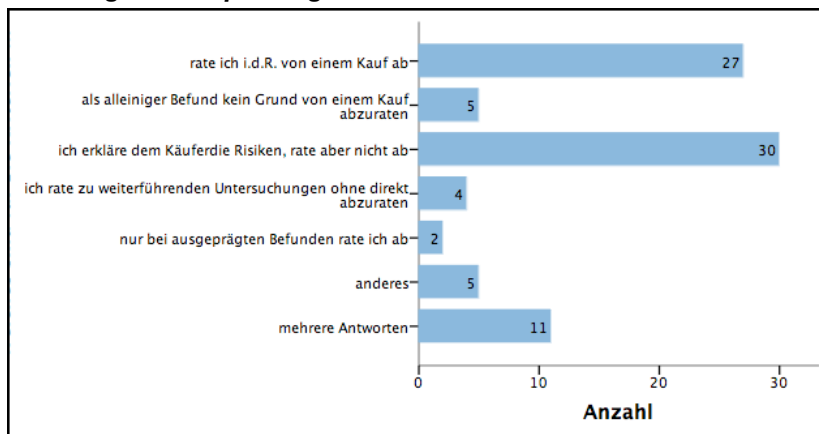


Abb. 14.17: Bei radiologischer Bestätigung eines Chips im Hufgelenk raten etwa gleich viele Befragte ab (32.1 %) wie die Risiken erklären (35.7 %). Unter „anderes“ erwähnt wurde: Operationsmöglichkeit, Differenzierung zwischen separatem Ossifikationszentrum und Chip, Garantieverlängerung, Abhängigkeit des Entscheids von Alter und Gelenksveränderungen.

Vorgeschichte Hufrehe:

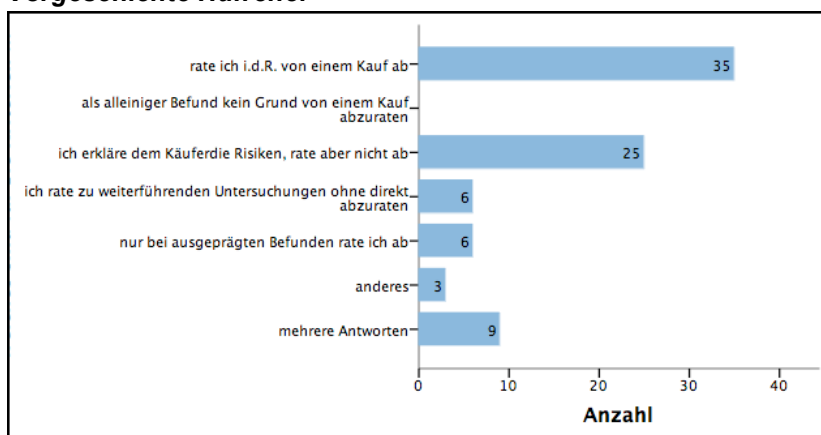


Abb. 14.18: Angemerkt wurde die Abhängigkeit der Beratung des Käufers von Grad, metabolischem Status (Cushing, EMS), geplantem Verwendungszweck und radiologischem Befund.

Einseitig thrombosierte Jugularvene:

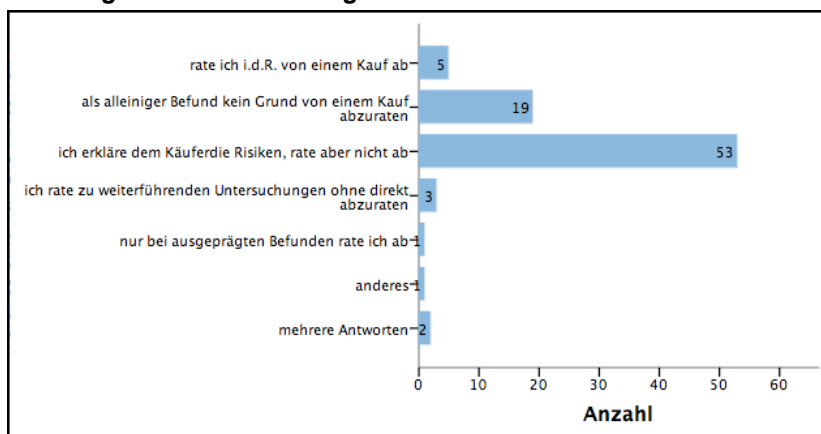


Abb. 14.19: Mehrheitlich erfolgt lediglich eine Aufklärung über die Risiken.

Koppen:

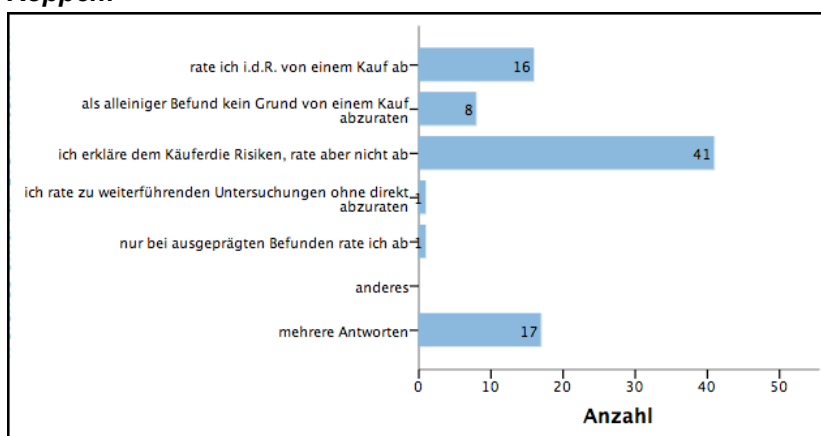


Abb. 14.20: Unter „anderes“ aufgeführt wurde: Schwierigkeiten in Pensionsstall, möglicher Profit von Haltungsänderungen und die Möglichkeit einer operativen Therapie.

Weben:

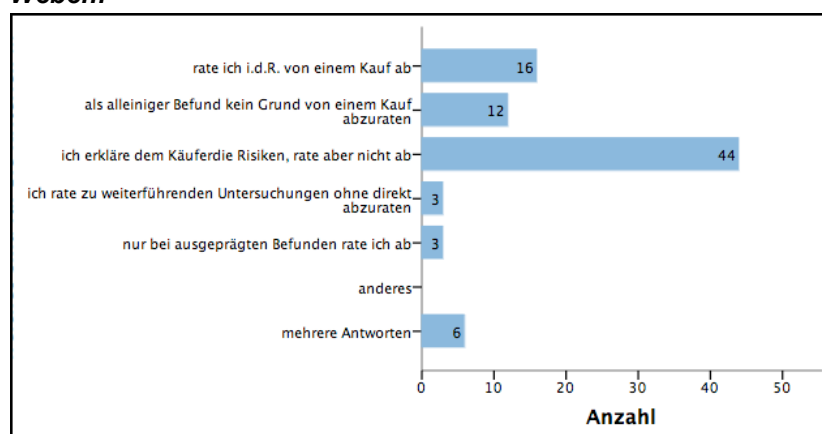


Abb. 14.21: Angemerkt wurde: Mögliche Haltungsproblematik, eine Haltungsänderung (Gruppe) als Therapiechance und die Möglichkeit der Verlängerung der Probezeit. Ausserdem wurde auf die Schwierigkeit der Feststellung des Webens im Rahmen der Ankaufsuntersuchung hingewiesen.

Immer abraten	ERU (61.9 %) Podotrochlose (57.1 %) IHL Grad 4 (54.8 %) weitere: Lahmheit (44%), Hufrehe (41.7 %), Spat (33.3 %), Chip/OCD Hufgelenk (32.1 %), Sommerekzem (31.6 %), COPD (31 %), IHL Grad 2-3 (27.4 %)
Erklären der Risiken	einseitig thrombosierte Jugularis (66.1 %) Sarkoide (53.6 %) Weben (52.4 %) weitere: Chip/ODC Tarsus (48.8 %), Koppen (48.8 %), Sommerekzem (47.6 %), Chip/OCD Fesselgelenk (45.2 %), Chip/OCD Hufgelenk (35.7 %), COPD (34 %), IHL Grad 2-3 (31 %), Hufrehe (29.8 %)
Rat zu weiterführenden Untersuchungen	Herzgeräusch (57.1%) Klin. Atemgeräusch (47.6) weitere: klin. Rückenschmerzen (35.7%), COPD (16.7%)

Tab. 14.22: Die Ergebnisse der Befragung als Tabelle zusammengefasst.

15.) Empfehlen Sie im Rahmen der Kaufuntersuchung die Entnahme einer Blutprobe und etwaige Durchführung einer Medikationskontrolle?

- ☐ *immer*
- ☐ *nie*
- ☐ *nur auf Anfrage*
- ☐ *nur bei teuren Pferden*
- ☐ *nur wenn ich einen Verdacht auf verbotene Medikation habe*

Für rund 20 % aller befragten Tierärzte spielt der Preis des Pferdes eine Rolle (Empfehlung der Medikationskontrolle nur bei teuren Pferden) (Abb. 15.1). Bei den Spezialisten kreuzte niemand die Antwortmöglichkeit „nie“ an. Bei der Gruppe der Tierärzte mit > 75 % Pferdeanteil gaben sogar 38 % an, „immer“ eine Blutprobe zu machen (Abb. 15.2). Der Preis des Pferdes scheint dabei überhaupt keine Rolle zu spielen (Abb. 15.2).

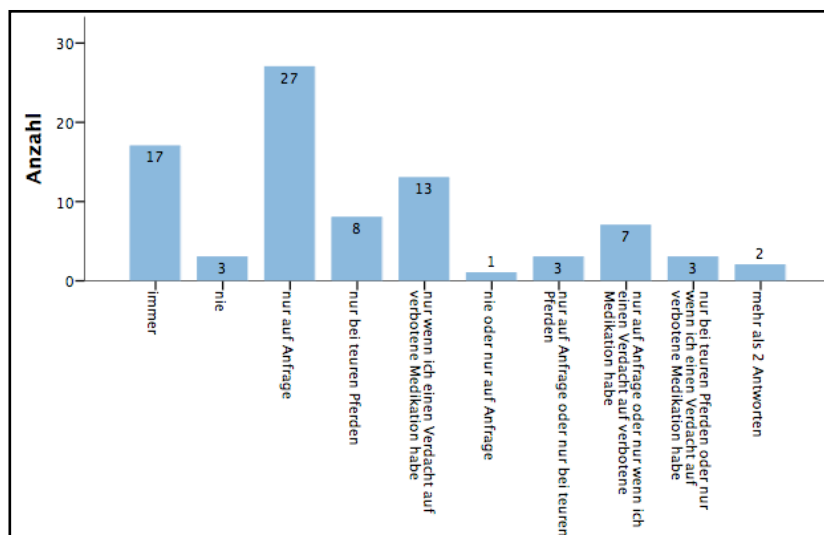


Abb. 15.1: Kriterien für die Empfehlung einer Blutprobe bzw. Medikationskontrolle.

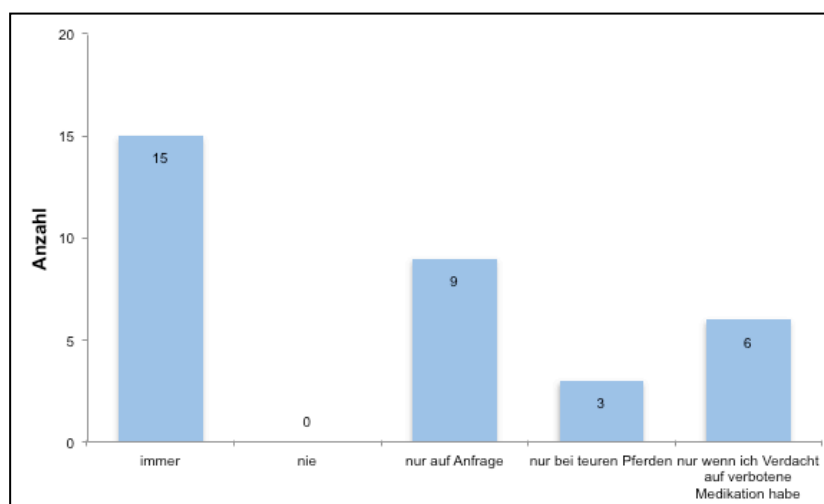


Abb. 15.2: Entnahme einer Blutprobe bzw. Medikationskontrolle durch Spezialisten.

16.) Wenn Sie eine Blutprobe zur Medikationskontrolle entnehmen, wie gehen Sie i.d.R. weiter vor?

- o ich schlage das Einfrieren von Serum vor, damit eine Laboruntersuchung auf Medikamente im Falle von auftretenden Problemen oder Verdachtsmomenten nach dem Kauf durchgeführt werden kann*
- o ich schlage die sofortige Laboruntersuchung auf Medikamente vor*
- o ich erkläre dem Auftraggeber beide Varianten und lasse diesen entscheiden*

42.9 % (36) erklären dem Käufer beide Varianten (sofortige Analyse, Einfrieren für späteren Untersuch bei Bedarf), 29.8 % (25) schlagen Einfrieren vor und nur 14.3 (12) favorisieren die sofortige Analyse (Abb. 16).

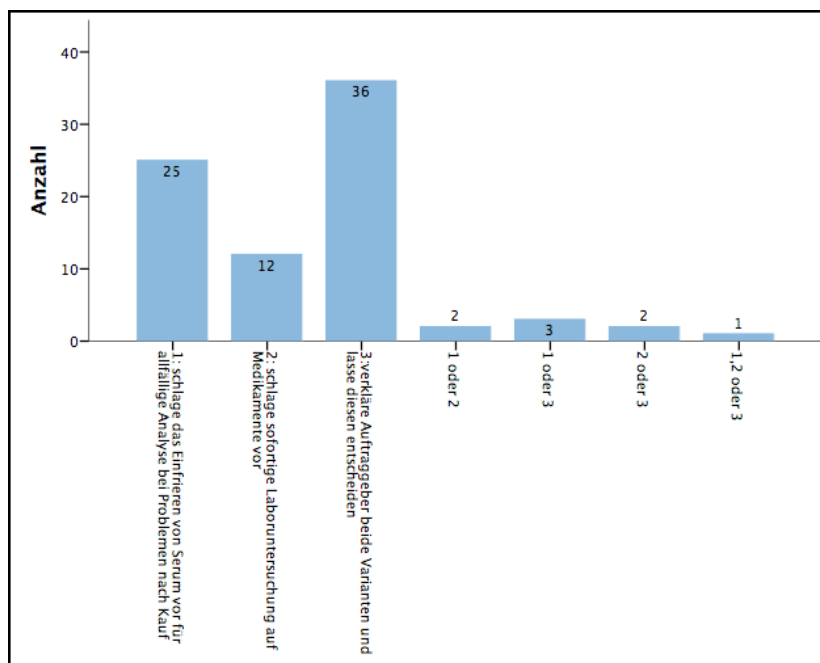


Abb. 16: Vorgehen nach Entnahme der Blutprobe.

17.) Welche Befunde veranlassen den potentiellen Käufer Ihres Erachtens häufig dazu, das Pferd nicht zu kaufen?

Als häufigsten Grund, der dazu führt, dass der Käufer von einem Kauf absieht, wurden Lahmheiten und Gangunregelmässigkeiten genannt (30 x). Daneben wurden folgenden Befunde in abnehmender Häufigkeit aufgeführt:

Organ	Befunde nach Relevanz
Bewegungsapparat	<ul style="list-style-type: none"> • Lahmheiten/Gangunregelmässigkeiten (30 x) • Rückenprobleme allgemein (12 x) • abnorme radiologische Befunde allgemein (8 x) • Strahlbeinveränderungen (6 x) • Spat (4 x) • Kissing Spines (3 x) • orthopädische Probleme allgemein (5 x)
Dermatologie	<ul style="list-style-type: none"> • Sommerekzem (5 x) • Sarkoide (2 x)
Ethologie	<ul style="list-style-type: none"> • Verhaltensprobleme allgemein (4 x) • Koppen (1 x) • Weben (1 x)
weitere nicht (direkt) medizinische Gründe	<ul style="list-style-type: none"> • tierärztliche Empfehlung (3 x) • ungünstige Befunde im Hinblick auf den Verwendungszweck (3 x) • Befunde im Verhältnis zum Kaufpreis (2 x) • Schnäppchenangebote (1 x) • Gefahr für den Reiter (1 x) • Betrugsverdacht (1 x) • Zweifel an Identität/Alter des Pferdes
weitere medizinische Gründe	<ul style="list-style-type: none"> • Atemwegsprobleme allgemein (4 x) • Augenprobleme (2 x) • Befunde mit schlechter Prognose (1 x)

Tab. 17: Probleme des Bewegungsapparats sind von entscheidender Relevanz.

18.) Wie schätzen Sie den Einfluss des Kaufpreises des Pferdes auf die Gewichtung der von Ihnen erhobenen Befunde auf Ihre Aufklärung/Beratung des Käufers ein?

- o der Kaufpreis spielt diesbezüglich keine Rolle*
- o der Kaufpreis spielt eine untergeordnete Rolle, bei einem teuren Pferd lasse ich aber nur wenige Befunde noch „durchgehen“*
- o der Kaufpreis spielt eine wichtige Rolle, bei einem teuren Pferd lasse ich weniger Befunde „durchgehen“ als bei einem günstigen Pferd*
- o anderes*

Mehrfach aufgeführt als freie Antwort wurde hier, dass der Verwendungszweck für die Gewichtung der Befunde entscheidend sei. So müssten Sportpferde eher gesund sein als Freizeit- oder Therapiepferde. Ausserdem hätten Käufer teurerer Pferde höhere Ansprüche an die Gesundheit des Pferdes, so dass eher weiterführende Untersuchungen gemacht würden. Es wurde aber auch angegeben, dass der Preis keinerlei Einfluss auf die Beratung des Auftraggebers durch den Tierarzt habe (Abb. 18), sehr wohl aber auf den Entscheid des Käufers bezüglich Kauf, wobei das Preis/Leistungsverhältnis eine wichtige Rolle spiele.

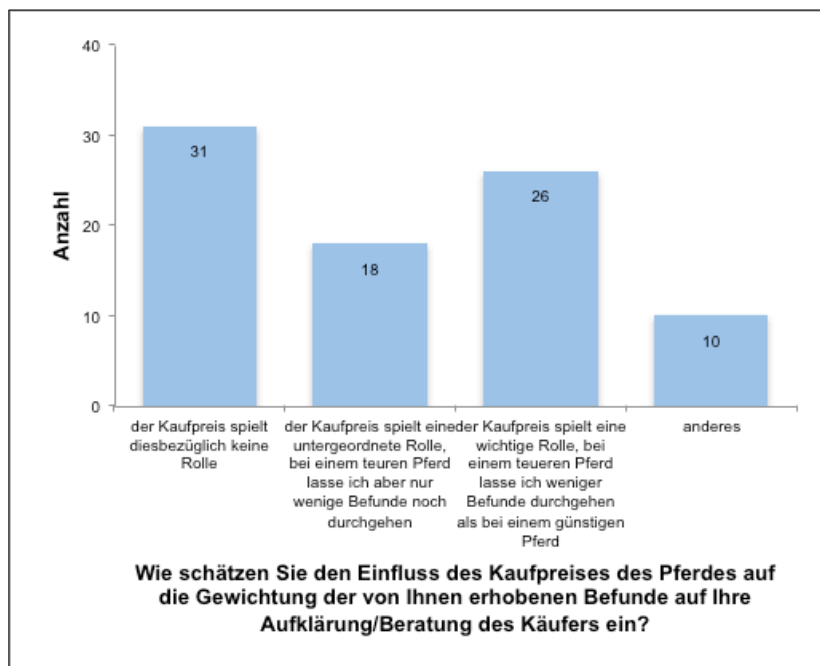


Abb. 18: Rolle des Kaufpreises bei der Bewertung der erhobenen Befunde.

19.) Wie häufig werden Sie als die Kaufuntersuchung durchführender Tierarzt infolge Ihrer Untersuchung bzw. Befundung im Rahmen einer Schadenersatzforderung belangt?

- ☐ häufig
- ☐ hin und wieder
- ☐ selten
- ☐ bislang noch nie

91.3 % (73) derjenigen, die geantwortet haben gaben an, bislang noch nie infolge einer Befundung im Rahmen der Ankaufsuntersuchung mit einer Schadenersatzforderung konfrontiert worden zu sein (Abb. 19).

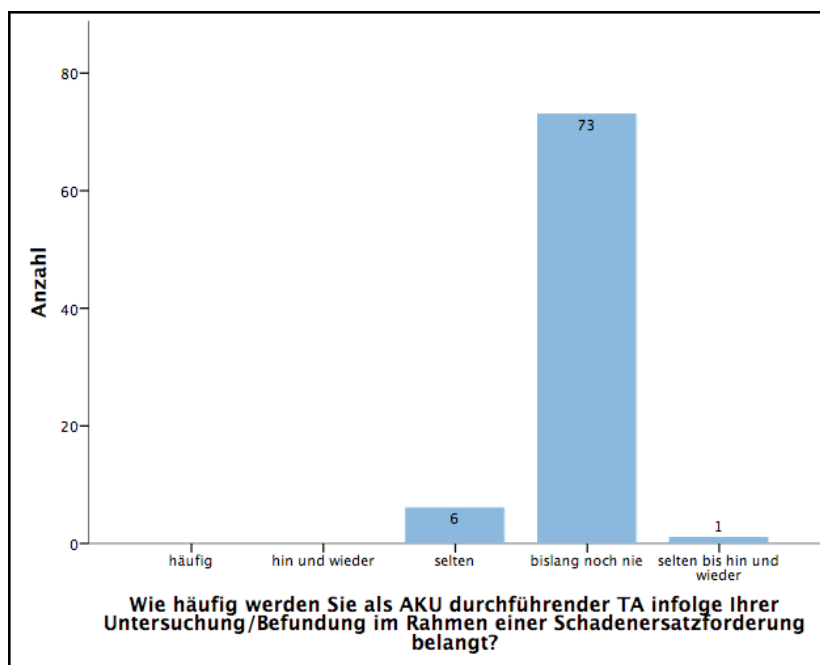


Abb. 19: Häufigkeit einer Schadenersatzforderung im Rahmen der AKU.

20.) Wie werden diese Fälle meist abgewickelt?

- ☐ ich übergebe diese i.d.R. meiner Haftpflichtversicherung und der Fall wird ohne Einschaltung eines Gerichts gelöst
- ☐ es kommt i.d.R. zu einem juristischen Verfahren
- ☐ anderes

Aufgrund der wenigen Antworten zu dieser Frage wurde von einer statistischen Auswertung abgesehen.

21.) Wann nach Kaufentscheid treten Ihres Erachtens die ersten gesundheitlichen Probleme auf, welche im Zeitpunkt der Ankaufsuntersuchung noch nicht feststellbar waren?

Die Frage wurde als offene Frage formuliert und die Antworten für die Auswertung entsprechend einer Zeitspanne zugeordnet.

<= 4 Wochen	10
1 – 3 Monate	11
3 – 6 Monate	5
> 6 Monate	3

Tab. 21: Zeitpunkt erster Symptome nach AKU.

22.) Wie beurteilen Sie die Länge der Währschaftsfrist von 9 Tagen?

- ☐ zu kurz
- ☐ zu lang
- ☐ angemessen

Begründung der Antwort auf die Frage Nr. 22:

Die Dauer der Frist wird kontrovers beurteilt (Abb. 22). Eine ähnliche Antwortstruktur bezüglich Beurteilung der Fristlänge findet sich auch bei den Spezialisten.

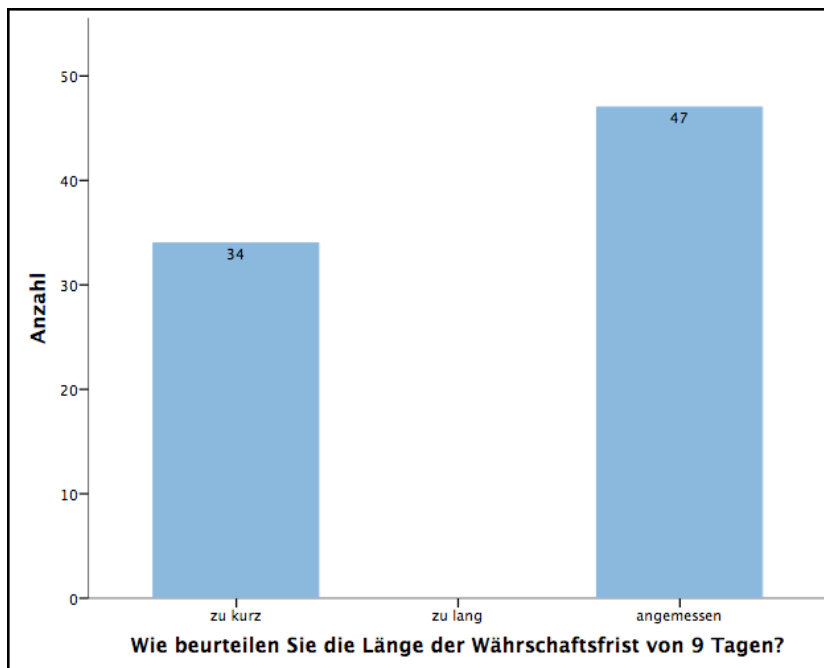


Abb. 22: Beurteilung der geltenden Fristbestimmungen.

23.) Wenn geltende Regelung nicht als angemessen beurteilt wurde: Was wäre Ihres Erachtens eine angemessene Währschaftsfrist?

- ☐ keine
- ☐ 9 Tage
- ☐ 6 Wochen
- ☐ 3 Monate
- ☐ 6 Monate

Begründung der Antwort auf die Frage Nr. 23:

Für 50 % derjenigen, welche die Frage beantwortet haben, ist die Frist von 9 Tagen angemessen (Abb. 23).

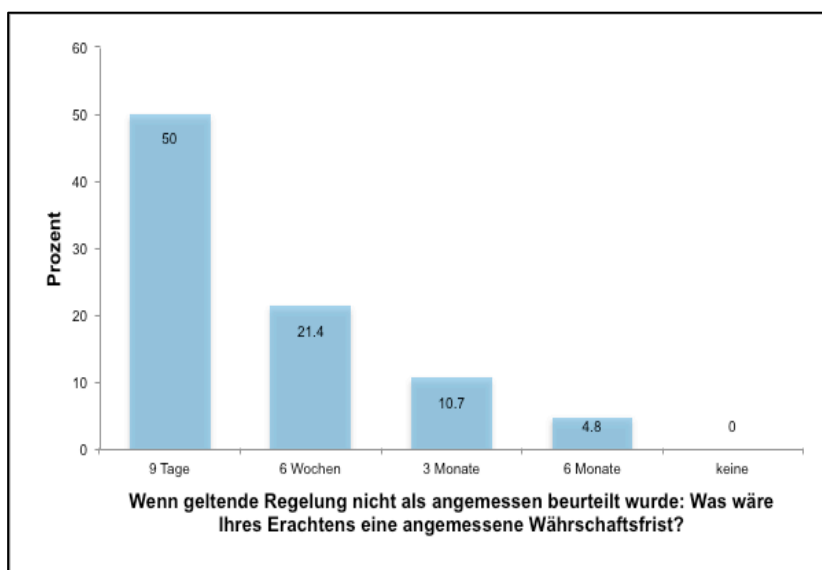


Abb. 23: Angemessene Frist.

24.) Wie schätzen Sie den Kenntnisstand der Pferdekäufer bezüglich des Pferdekaufrechts in der Schweiz im Hinblick auf das Währschaftsrecht generell ein?

- o *die Pferdekäufer sind diesbezüglich gut informiert*
- o *die Pferdekäufer sind meist gar nicht informiert, ein korrekter, das Währschaftsrecht während der Vertragsabschluss kommt deshalb meist nicht zustande*
- o *die Pferdekäufer sind unzureichend informiert, ein korrekter, das Währschaftsrecht während der Vertragsabschluss kommt deshalb meist nicht zustande*

Mehr als die Hälfte (56%) ist der Meinung, dass die Käuferschaft meist unzureichend, 23.8% geben sogar an, dass diese meist gar nicht informiert ist. Nur 13.1% finden die Käuferschaft gut informiert (Abb. 24). Nach Einschätzung der befragten Tierärzteschaft scheint also ein dringender Informationsbedarf auf Käuferseite zu bestehen.

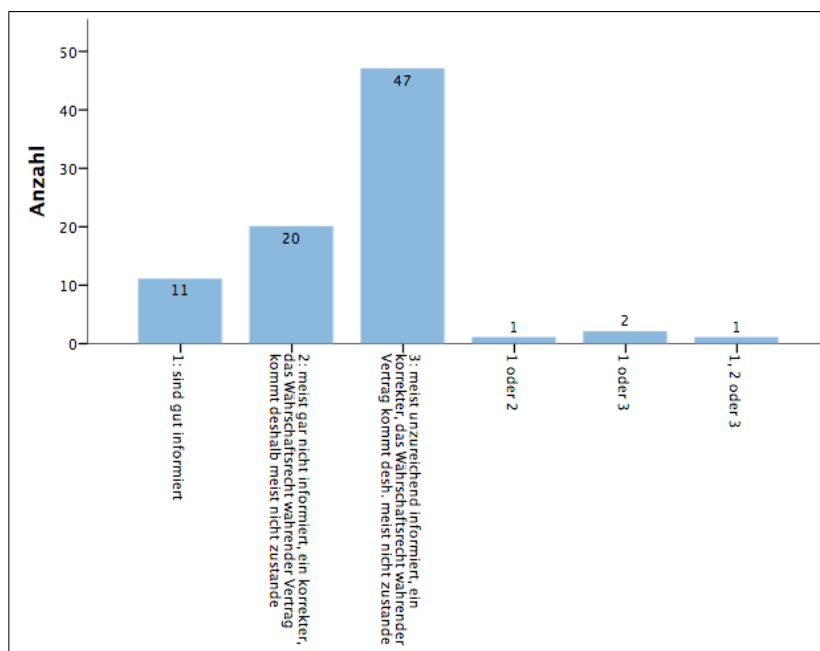


Abb. 24: Einschätzung der Rechtskenntnis betreffend Pferdekauf auf Käuferseite.

25.) Klären Sie die Pferdekäufer hinsichtlich des Währschaftsrechts in der Schweiz im Rahmen der Kaufuntersuchung auf?

- ☐ *immer*
- ☐ *nie*
- ☐ *nur auf Nachfrage*
- ☐ *nur wenn ich den Eindruck habe, dass diesbezüglich das Wissen fehlt*

Mehr als ein Viertel (27.4%) leistet immer Aufklärungsarbeit (Abb. 25). Dies macht es umso wichtiger, dass der durchführende Tierarzt korrekt über die herrschende Rechtslage informiert ist.

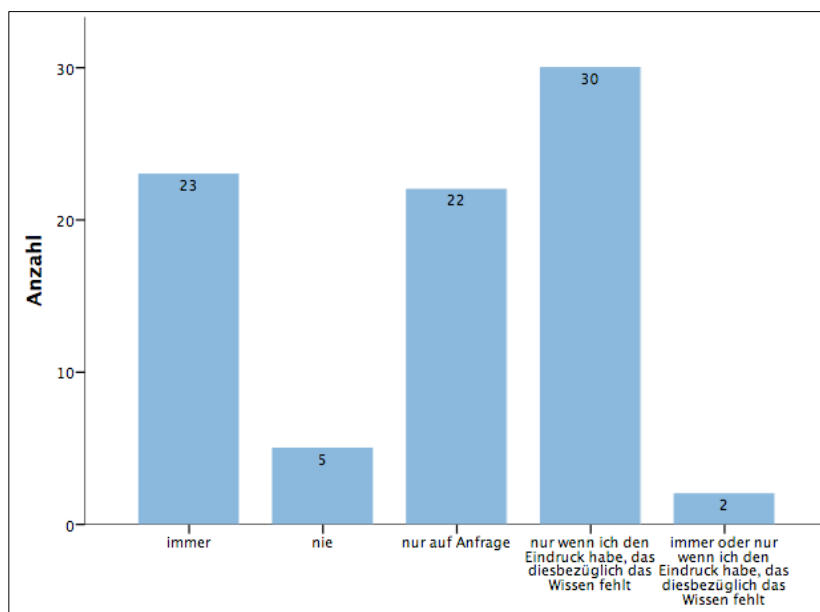


Abb. 25: Aufklärung über die Rechtslage durch den Tierarzt im Rahmen der AKU.

26.) Wie häufig raten Sie nach Durchführung der Kaufuntersuchung aufgrund von erhobenen Befunden zum Kauf auf Probe oder zur vertraglichen Verlängerung der Währschaftsfrist?

- ☐ häufig
- ☐ hin und wieder
- ☐ selten
- ☐ nie

Die meisten (63.1%) raten aufgrund der erhobenen Befunde hin und wieder zu einer Währschaftsverlängerung oder zu einer Vereinbarung eines Kaufs auf Probe (Abb. 26).

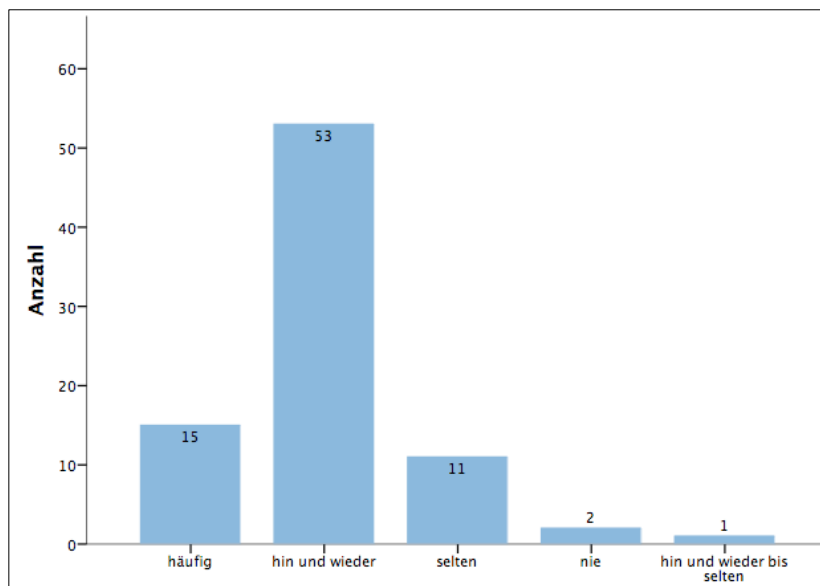


Abb. 26: Rat zum Kauf auf Probe oder Verlängerung der Währschaftsfrist.

5. Diskussion

5.1 Historische Entwicklung des Kaufrechts in der Schweiz

Die Gewährleistungsbestimmungen zum Pferdekauf stammen aus einer Zeit, als Pferde einen ganz anderen Stellenwert in der Gesellschaft hatten als heute. Sie waren als Arbeitskräfte unverzichtbar in der Landwirtschaft, Armee und im Fuhrwesen (2.3.1). Die heute noch geltenden Rechtsnormen dienten damals vor allem der raschen Abwicklung des Vieh- und Pferdehandels, verhinderten unnötige Prozesse und gewährleisteten so die Rechtssicherheit. Die Einzelfallgerechtigkeit hatte zu dieser Zeit nicht Priorität (Träger 1929). Ausserdem war man der Auffassung, dass die Währschaftsfrist nicht zu lange sein dürfe, da das Vieh anfällig sei für Veränderungen und veterinärmedizinisch kaum die Möglichkeit bestehe, das Alter eines Mangels und die Mindestzeit bis zu seinem Auftreten zuverlässig einzugrenzen (Sommer 2000).

5.2 Reiterei als Breitensport

Komplett anders präsentiert sich die Situation heute: Pferde sind von Arbeits- zu Luxustieren geworden, werden überwiegend für den Sport- und Freizeitbereich gekauft und nehmen nicht selten den Stellenwert eines Haustiers oder sogar Familienmitglieds ein. Die Reiterei ist nun Breitensport – mit der Konsequenz, dass nicht jeder Pferdekäufer auch ein Fachmann und ist (Schüle 2008, Etter 1996). Angesichts der hohen Summen, die für ein Pferd ausgegeben werden, ist es nicht verwunderlich, dass die Kaufparteien ein grosses Interesse am reibungslosen Ablauf des Handels haben (Althaus und Genn 2011). Hier spielt die Ankaufsuntersuchung eine wichtige Rolle. Ausserdem besteht auch aus praktischer Sicht heute kein Grund mehr, Pferde kaufrechtlich anders zu behandeln als beispielsweise Hunde und Katzen und damit die Verkäuferseite einseitig zu übervorteilen (Neumann 2005). Der heutige Pferdekäufer bedarf vielmehr eines ähnlichen rechtlichen Schutzes.

5.3 Würdigung der Problematik unter geltendem Recht

Das geltende Viehhandelsrecht wird der erhöhten Schutzbedürftigkeit des Käufers beim Erwerb eines Pferdes heute nicht mehr gerecht. Eine Anpassung der Regelungen für den Pferdehandel ist deshalb dringend nötig und kann unseres Erachtens nur durch eine separate, vom Viehwährschaftsrecht unabhängige Regelung und korrekte Information der Käuferschaft gewährleistet werden. Folgende Punkte sind verbesserungswürdig:

5.3.1 Zwingende einfache Schriftlichkeit

Das zwingende Schriftlichkeitserfordernis im Viehhandel beschränkt die dem Käufer normalerweise zur Verfügung stehenden kaufrechtlichen Gewährleistungsansprüche massiv und benachteiligt ihn eindeutig und ausdrücklich (BGE 70 II 48). Ein Gewährleistungsanspruch besteht nämlich nur für schriftliche Zusicherung und absichtliche Täuschung (OR 198 und 202). Verschärft wird die Problematik zusätzlich durch die seit je her übliche formlose Abwicklung des Pferdehandels in der Praxis (Comment 1971). So wird auch heute noch der überwiegende Anteil Pferde per Handschlag erworben. Auf einen schriftlichen Kaufvertrag mit entsprechenden Zusicherungen wird meist verzichtet, so dass heute wohl weniger als zehn Prozent der Pferdekäufe unter Einhaltung korrekter Schriftlichkeit abgewickelt werden (e.o. Kummer). Profihändler scheinen sowieso gänzlich auf die Einhaltung von Formvorschriften zu verzichten (e.o. Hermann). Dies hat zur Folge, dass ein adäquater Käuferschutz nur in der Minderzahl der Fälle zustande kommt und der Käufer somit selbst bei erheblichen Mängeln keine rechtlichen Gewährleistungsansprüche geltend machen kann (e.o. Krenger).

Eine Rückabwicklung des Rechtsgeschäfts ist heute mangels schriftlicher Dokumentation meist nur auf Kulanzbasis möglich, wobei diese vielmals nur in professionellen Handelsställen gegeben ist (e.o. Hermann, Krenger). Fehlt eine schriftliche Zusicherung und ist eine Einigung durch die Vertragspartner nicht möglich, ist die Berufung auf absichtliche Täuschung oft die einzige Möglichkeit für den Käufer, seine Rechte geltend zu machen (Walz 2005). Voraussetzung ist allerdings, dass der Mangel dem Verkäufer überhaupt bekannt war und explizit und dokumentiert von Käuferseite danach gefragt wurde. Es ist deshalb von grosser Wichtigkeit, vor dem Kauf ausdrücklich nach Krankheiten, Vorbehandlungen inklusive Operationen und nach dem früheren Verwendungszweck des Pferdes zu fragen. Beim Kauf von Pferden, die erst seit kurzem beim Verkäufer stehen ist dabei besondere Vorsicht geboten (Walz 2005). Der Käufer muss im Streitfall nämlich belegen, dass der Verkäufer den Mangel kannte und ihn diesbezüglich falsch informiert oder trotz Nachfrage geschwiegen hat (Krenger 2010). Dies nachzuweisen ist meist schwierig, insbesondere auch deshalb, weil gewisse Eigenschaften (Koppen, Weben) oder Erkrankungen (COPD, Sommerekzem) nicht auf den ersten Blick sichtbar sind, intermittierend oder nur saisonal auftreten (Lauk 2002, Lehmann 2013).

5.3.2 Informationsbedarf bei der Käuferschaft

Über den Inhalt und die Tragweite des geltenden Rechts herrschen oftmals falsche Vorstellungen. Ausserdem ist der Glaube, beim Pferdekauf ersetze der Handschlag den Kaufvertrag und bei der Gewährleistungsfrist handle es sich um eine Probezeit mit Rückgaberecht nach Belieben, weit verbreitet (Krenger 2013). Ein ähnliches Bild zeigen auch die Ergebnisse unserer Befragung. So schätzt die Tierärzteschaft den

Kenntnisstand der Pferdekäufer bezüglich des Pferdekaufrechts in der Schweiz im Hinblick auf das Währschaftsrecht generell als schlecht ein. Die Käuferschaft sei unzureichend oder gar nicht informiert (4.3, Abb. 24). Es scheint hier also ein erheblicher Aufklärungsbedarf zu bestehen. Die Kenntnis der Rechtslage ist nicht zuletzt auch wesentlich für die korrekte Wahl des Zeitpunktes für eine Ankaufsuntersuchung, damit diese ihre Rolle als Entscheidungshilfe und rechtliche Absicherung des Käufers überhaupt erfüllen kann. Die befragten Tierärzte gaben zwar an, dass die Untersuchung meist während der Währschaftsfrist beziehungsweise innerhalb der Probezeit stattfindet (4.3, Abb. 5), entscheidend für die Wahl eines sinnvollen Zeitpunktes ist aber auch das korrekte Verständnis der beiden komplett unterschiedlichen Varianten gesetzlicher Kauf nach Viehhandelsrecht (2.3.2.2) und schriftlich vereinbarter Kauf auf Probe mit Probezeit (2.3.2.3). Der Termin sollte in jedem Fall so gelegt werden, dass eine vereinbarte Probezeit beziehungsweise die Währschaftsfrist bei Vorliegen einer schriftlichen Zusicherung gut ausgenutzt werden kann und das Ergebnis noch Einfluss auf die Kaufentscheidung hat. Es ist also ratsam, dass Pferd vor Abschluss des Rechtsgeschäfts auszuprobieren und anschliessend eine Ankaufsuntersuchung durchführen zu lassen, wenn es grundsätzlich zum Kauf in Frage kommt. Dies gilt insbesondere dann, wenn keine schriftliche Zusicherung des Verkäufers vorliegt und vertraglich kein Kauf auf Probe vereinbart wurde (Walz 2005). Zwar scheinen die mit der Ankaufsuntersuchung betrauten Tierärzte die Pferdekäufer hinsichtlich des Währschaftsrechts zumindest dann aufzuklären, wenn der Eindruck besteht, dass das Wissen auf Käuferseite fehlt oder auf Nachfrage des Käufers (4.3, Abb. 25). Dies ist zwar ein Gewinn für die rechtlich benachteiligte Käuferschaft, wobei aber nicht vergessen werden darf, dass auch heute noch viele Pferde ohne vorgängige Konsultation eines Tierarztes den Eigentümer wechseln oder die Ankaufsuntersuchung erst nach dem eigentlichen Erwerb des Tieres durchgeführt wird (e.o. Krenger).

5.3.3 Länge der Frist

Die kurze Dauer der Währschaftsfrist im Viehhandelsrecht wurde bereits in der damaligen Gesetzesberatung (Sten. Bull. NR 1909), in der juristischen Literatur kritisiert (Liver 1950, Gygi 1967) und teilweise sogar eine andere Auslegung gefordert (Gygi 1967). Die geäusserte Kritik wurde damit begründet, dass es neben fehlender Trächtigkeit noch andere Mängel gebe, die sich innerhalb der gesetzlichen Frist nicht immer feststellen liessen (Gygi 1967). Weiter wurde angeführt, die schriftliche Zusicherung einer besonderen Eigenschaft könne nach Treu und Glauben nur so aufgefasst werden, dass der Verkäufer dafür bis zu dem Zeitpunkt einstehen wolle, zu dem sich das Vorhandensein oder die Abwesenheit derselben überhaupt feststellen lasse (Liver 1950). In der Zusicherung einer solchen Eigenschaft seien folglich die Wegbedingung der gesetzlichen Frist von neun Tagen und die Vereinbarung einer längeren Gewährleistungsfrist von entsprechender Dauer zu

sehen (Liver 1950). Die bundesgerichtliche Auslegung des OR 202 I lässt aber eine solche Interpretation nicht zu, wohl aber die vertragliche Verlängerung der Währschaft innert gesetzlicher Frist (BGE 70 II 48, BGE 86 II 27).

Die Fristdauer wird auch heute noch kontrovers beurteilt: So spricht sich die Mehrheit der befragten Tierärzte trotz der geschilderten Problematik für die Beibehaltung der gesetzlichen Währschaftsfrist aus, fast gleich viele finden diese dagegen zu kurz und niemand beurteilt die geltende Frist als zu lange (4.3, Abb. 22). Der komplette Verzicht auf eine Währschaftsfrist wird von keinem der Befragten gewünscht. Bei der Durchsicht der Antworten fällt auf, dass besonders die Pferdespezialisten an der geltenden Frist festhalten. Für eine längere Zeitspanne sprechen vor allem die Problematik vorbehandelter Pferde zum Zeitpunkt der Ankaufsuntersuchung, die allgemeine Schutzbedürftigkeit des Laienkäufers, versteckte, saisonale und intermittierend auftretende gesundheitliche Probleme, angemessenes Ausprobieren und Einleben des Pferdes im neuen Stall sowie das Erkennen von Untugenden (4.3, Tab. 21, Abb. 23). Im Gegenzug wurde für die Beibehaltung der geltenden Frist Folgendes ins Feld geführt: Das hohe Risiko der Überforderung des Pferdes für den Verkäufer, die bereits bestehende Möglichkeit der vertraglichen Fristverlängerung mit Nachuntersuchung bei auffälligen Befunden (insbesondere bei Lahmheit, 4.3, Abb. 14.1) oder der Vereinbarung eines Kaufes auf Probe, die Gefahr der Verkomplizierung des Handels durch längere Fristen sowie die Belastung für das Pferd aus tierschutzrechtlicher Sicht (4.3, Tab. 21, Abb. 23).

Entsprechend dem Grundsatz von Treu und Glauben (ZGB 2 und 3) soll sich jeder bei der Abwicklung eines Rechtsgeschäfts auf Zusicherungen und Erwartung begründendes Verhalten verlassen können. Dieses Prinzip erfordert, dass der Käufer überhaupt Zeit hat, das Pferd zu reiten und auf seine Zwecktauglichkeit zu prüfen, indem er beispielsweise an Reitstunden teilnimmt oder alleine ins Gelände ausreitet. Es ist ausserdem einfacher, unerwünschte Eigenschaften zu beurteilen, wenn sich das Pferd im neuen Stall eingelebt und eine allfällige anfängliche Unsicherheit abgelegt hat. Die Frist darf aber auch nicht so bemessen sein, dass der Verkäufer ein übermässiges Risiko für Mängel zu tragen hat, die im Umfeld des Käufers neu auftreten oder noch gefördert werden. Krankheiten nehmen nicht bei jedem Tier den gleichen Verlauf, so dass es selbst mit umfangreicher Diagnostik nicht immer gelingt, den Entstehungszeitpunkt des Mangels exakt zu bestimmen (Brückner und Rahn 2010). Es ist deshalb durchaus möglich, dass das Pferd kurz nach Übergabe an den potentiellen Käufer beispielsweise an einer Kolik erkrankt, obwohl es vorher keinerlei Prädisposition dafür zeigte. Auch Rittigkeit, Ausbildungsstand und charakterliche Eigenheiten können starken Schwankungen unterliegen und sind abhängig von der Haltung und vom Umgang mit dem Pferd (Stadler 2008). Dies macht es schwierig, eine allgemeingültige Frist festzusetzen, die dem Bedürfnis von Käufer und Verkäufer gleichermaßen gerecht wird. Die Mehrheit der Tierärzte, welche die momentane

Regelung als nicht angemessen beurteilten, sprach sich für eine Frist von 6 Wochen aus (4.3, Abb. 22, Abb. 23).

Ein weiteres Problemfeld bilden neben den saisonalen und haltungsbedingten Erkrankungen oder Verhaltensstörungen auch plötzlich auftretende Krankheiten nach Kauf, die bei der Ankaufsuntersuchung noch nicht feststellbar waren. Die Frist, innerhalb derer die ersten gesundheitlichen Probleme auftreten, scheint ziemlich variabel zu sein und von Tagen bis Monaten oder sogar Jahren nach der Untersuchung zu reichen (4.3, Tab. 21). Es scheint aber so zu sein, dass es bis zum Auftreten erster Anzeichen meist mehr als neun Tage dauert (4.3, Tab. 21). Dies ist vereinbar mit dem Vorliegen von Erkrankungen, welche erst nach geraumer Zeit (z.B. ein Chip, der erst später zur Gelenksentzündung führt) oder unter bestimmten Umständen (z.B. Sommerekzem, RAO) symptomatisch werden. Offen muss oft bleiben, ob gewisse Symptome schon bei der Ankaufsuntersuchung vorhanden aber noch nicht erkennbar waren oder ob die Probleme erst im Umfeld oder sogar durch den Einfluss des Käufers aufgetreten sind. Diese Tatsachen und der Fortschritt der Pharmakologie leisten einen wesentlichen Beitrag, dass betrügerische Verkaufspraktiken nicht selten erfolgreich sind (Sommer 2000). Erfahrungsgemäss weisen ca. fünf Prozent der im Rahmen von Kaufuntersuchungen genommenen Blutproben hinsichtlich Doping einen positiven Befund auf (Hermann 2015). Klinische Untersuchung und Probereiten sind aber nur dann repräsentativ, wenn das Pferd nicht unter pharmakologischer Beeinflussung stand, die das Auftreten unerwünschter Eigenschaften oder gewisser Krankheitssymptome während einer gewissen Zeitspanne unterdrücken (Blank 1977, Schüle 2002b, Gerhards 2010). Dadurch wird dem Käufer nämlich die Chance genommen, das Pferd zuverlässig auf seine Zwecktauglichkeit zu prüfen und allfällige Gewährleistungsrechte fristgerecht geltend zu machen. Ausserdem wird dem untersuchenden Tierarzt die Möglichkeit verwehrt, das Pferd objektiv zu beurteilen (Sommer 2000). Überdies erfüllt die medikamentöse Beeinflussung des Kaufgegenstandes Pferd das Tatbestandsmerkmal der arglistigen Täuschung (OR 198) und ist damit nicht nur im Hinblick auf den Vertragsschluss bedenklich, sondern auch von strafrechtlicher Relevanz, sofern darüber hinaus der Tatbestand des Betrugs erfüllt wird (StGB 146). Auch das Tierschutzgesetz verbietet jegliche Verabreichung von Substanzen zum Zwecke der Leistungsbeeinflussung oder zur Änderung des Erscheinungsbildes eines Tieres, wenn dadurch seine Gesundheit oder sein Wohlergehen beeinträchtigt wird (TschG 26 I lit. a, TSchV 16 II lit. g) und qualifiziert dies als Missachtung der Tierwürde und Misshandlung (Brunner 2013).

Entschärfen lässt sich die geschilderte Situation durch die routinemässige Entnahme einer Blutprobe zur eventuellen Durchführung einer Medikationskontrolle im Anschluss an die Ankaufsuntersuchung (Lauk 2002). Die momentane gesetzliche Regelung lässt es bezüglich eines verbesserten Käuferschutzes sogar als dringend ratsam erscheinen, Blut für die Herstellung einer Serumprobe zu entnehmen, die für

allfällige spätere Untersuchungen auf entsprechende Substanzen eingefroren werden kann (e.o. Krenger, Akens 1996). Sie dient letztendlich der Sicherheit beider Kaufparteien und hat zudem einen erzieherischen Wert (Lauk 2002, Ohnesorge 2006). Tierarzt und Käufer werden vor einer Fehleinschätzung des Pferdes geschützt und der Verkäufer vor allfälligen Verdächtigungen bei späterer Erkrankung des Tieres (Althaus und Genn 2011). Dass die Problematik der verbotenen Medikation in der Praxis aktuell ist, zeigen auch unsere Ergebnisse: Die Gewinnung einer Serumprobe zum Nachweis von Dopingsubstanzen scheint sich mittlerweile bei den in der Schweiz durchgeführten Ankaufsuntersuchungen mehrheitlich etabliert zu haben. Immerhin ein Fünftel der an der Umfrage teilnehmenden Tierärzte empfiehlt von sich aus die vorsorgliche Blutentnahme für eine allfällige Medikationskontrolle, bei den Pferdespezialisten liegt der Anteil sogar noch höher, wobei aber für letztere der Kaufpreis des Pferdes in dieser Hinsicht kaum eine Rolle zu spielen scheint (4.3, Abb. 15.1, Abb. 15.2). Das Prozedere nach Blutentnahme hingegen wird sehr unterschiedlich gehandhabt. Meist entscheidet der Käufer, ob er eine sofortige Analyse anstreben oder das Serum für einen allfälligen späteren Untersuch einfrieren lassen möchte. Auffällig ist, dass weder bei den Pferdespezialisten noch bei den Allgemeinpraktikern die Sofortanalyse favorisiert wird (4.3, Abb. 16). Die Gründe hierfür konnten im Rahmen der Umfrage nicht evaluiert werden. Eine Erklärung ist möglicherweise die Vermeidung von Konflikten oder zusätzlich anfallende Kosten. Es wäre sicherlich wünschenswert, wenn bezüglich der Vorgehensweise und Beratung des Kunden unter den durchführenden Tierärzten ein einheitliches Vorgehen etabliert werden könnte. Aus heutiger Sicht empfehlenswert scheint die routinemässige Entnahme einer angemessenen Menge Serum, die bei Bedarf für eine spätere Untersuchung auf pharmakologische Fremdsubstanzen eingesetzt werden kann (e.o. Krenger). Der Entscheid über Sofortanalyse oder Einfrieren der Serumprobe sollte nach Rücksprache mit dem Auftraggeber erfolgen. Sofern die Probe eingefroren wird, sollte diese mindestens drei Monate aufbewahrt werden. Diese Zeitspanne scheint aus rechtlicher Sicht für eine Absicherung der Käuferschaft zu genügen (e.o. Krenger). Das geschilderte Vorgehen ist rechtlich nicht unantastbar, zum heutigen Zeitpunkt aber ausreichend und sinnvoll (e.o. Krenger). Auf die Verwendung eines speziellen Dopingkits der Sportverbände kann in der Schweiz somit nach wie vor verzichtet werden (e.o. Krenger, a.A. Hermann 2016).

Von der Gewährleistungsfrist strikt unterschieden werden muss die Verjährungsfrist. Seit 1. Januar 2013 gilt für Sachgewährleistungsansprüche eine verlängerte Verjährungsfrist. Diese wurde im Sinne eines erweiterten Konsumentenschutzes eingeführt und bezieht sich ausdrücklich nur auf die Klagefrist und nicht auf die Rügefrist als solches. Das bedeutet, dass der Käufer nach wie vor die Pflicht hat, die Kaufsache innert neun Tagen zu prüfen und allfällige Mängel unverzüglich anzuzeigen. Sofern der Mangel feststeht und frist- und formgerecht geltend gemacht wurde, kann der Käufer als Konsument seine Gewährleistungsansprüche schliesslich während

maximal zwei Jahren seit Übergabe der Kaufsache geltend machen (OR 210 und 371).

5.3.4 Durchsetzung und Verfahrenseinleitung

Der Aufwand für Einleitung eines Verfahrens ist für den Käufer hoch und die anfallenden Kosten ebenfalls. Zur Wahrung eines Gewährleistungsanspruches hat der Käufer nämlich dem Verkäufer den Mangel anzuzeigen, indem er diesen konkret beanstandet, sowie unverzüglich bei der zuständigen Behörde die Untersuchung des Pferdes durch einen Sachverständigen zu verlangen (VO Viehhandel 3 II, VO Viehhandel 6). Beides hat aus Beweisgründen per Einschreiben zu geschehen. Das Vorgehen bleibt dasselbe, auch wenn die gesetzliche Frist durch Parteiabrede verlängert worden ist (Riedi 1961). Es ist hilfreich, den Bericht einer bereits erfolgten tierärztlichen Untersuchung der Mängelrüge und –anzeige als Kopie beizulegen. Dieses Zeugnis einer privat veranlassten Ankaufsuntersuchung ersetzt aber die amtliche Untersuchung des Pferdes nicht (Gygi 1967, e.o. Krenger), es sei denn, die Parteien hätten ein solches Vorgehen vorgängig vertraglich vereinbart. Sie dient aber in jedem Fall der Konkretisierung der geltend gemachten Mangelhaftigkeit. Die Frist für beide Vorkehrungen beträgt neun Tage ab Übergabe des Pferdes und ist nicht erstreckbar (e.o. Krenger). Sofern der Käufer seine Rechte frist- und formgerecht geltend gemacht hat, stehen ihm sämtliche Möglichkeiten des allgemeinen Kaufrechts offen (OR 205 f., 2.3.2), vorausgesetzt der gerügte Mangel steht auch fest.

5.3.5 Individuelle Vertragsgestaltung unter geltendem Recht

Das geltende Recht wirkt sich insbesondere für den unerfahrenen Käufer nachteilig aus. Einerseits ist in der Praxis die Schriftlichkeit beim Pferdekauf die Ausnahme, andererseits ist die kurze gesetzliche Frist selbst bei Vorliegen eines schriftlichen Währschaftsversprechens äussert kurz bemessen und das Gewährleistungsverfahren kompliziert und kostenintensiv (2.3.2). Vertragliche Alternativen und Schutzmöglichkeiten des Käufers nach geltendem schweizerischem Recht sind möglich, erfordern aber einen gewissen Informationsstand bei der Käuferschaft. Für die Gültigkeit abweichender Vereinbarungen ist ein schriftlicher Vertrag zwar nicht nötig, aus Beweisgründen ist es aber unumgänglich, sämtliche anderslautenden Abmachungen zumindest auf der Kaufquittung festzuhalten und zu unterschreiben. Gerade für die Verlängerung der Währschaft im Sinne einer verlängerten Garantie ist Schriftlichkeit unumgänglich und hat in jedem Fall vorgängig oder innerhalb der gesetzlichen Frist zu erfolgen (Wiprächtiger 1958). Vorteilhaft für den Käufer ist die schriftliche Vereinbarung eines bedingten Rechtsgeschäfts im Sinne eines Kaufs auf Probe (OR 223 ff.) oder eines aufschiebend bedingten Kaufs (OR 151), der beispielsweise an das Ergebnis der Ankaufsuntersuchung geknüpft ist. Für Käufer, die nicht zwingend ein bestimmtes Pferd kaufen möchten, besteht ausserdem die

Möglichkeit, einen Kauf mit Umtauschvorbehalt zu vereinbaren. Dies ist aber gerade im stark von subjektiven Beweggründen geprägten Pferdehandel nicht immer praktikabel (Voy 2005, Meyer 2002a). Beim Kauf auf Probe trägt der Verkäufer als Eigentümer das volle Risiko während der Probezeit. Umgangen werden kann dies durch die Aufnahme der Klausel, dass Übergang von Nutzen und Gefahr mit der Übergabe des Pferdes zusammenfallen. Der Käufer muss sich in diesem Fall aber bewusst sein, dass er bei Verlust oder Schädigung des Pferdes mit denselben Folgen zu rechnen hat, wie wenn er es direkt übernommen hätte. Das bedeutet auch, dass der Haftpflichtversicherer möglicherweise die Deckung ablehnt, da der Käufer damit freiwillig ein Risiko eingeht das die gesetzliche Haftung noch übersteigt (Krenger 2014).

5.4 Wichtige Aspekte aus tierärztlicher Sicht

5.4.1 Bedeutung der Kaufuntersuchung

Das Ziel der Kaufuntersuchung besteht vor allem darin, den aktuellen Gesundheitszustand des vorgestellten Pferdes festzustellen. Sie steht damit in einem engen Bezug zum Rechtsgeschäft und stellt eine wichtige Entscheidungshilfe für die Käuferschaft dar. Im Sinne einer Absicherung des Käufers ist es in jedem Fall ratsam, vorgängig eine gründliche Untersuchung des Pferdes durch einen erfahrenen Tierarzt durchführen zu lassen. In der Schweiz werden sowohl von Allgemeinpraktikern als auch von Pferdespezialisten regelmässig solche Befundungen durchgeführt (4.3, Abb. 3.1, Abb. 3.2). In den allermeisten Fällen erteilt dabei der Käufer den Auftrag (4.3, Abb. 4) und tritt als Vertragspartner des Tierarztes auf, so dass die Beurteilung als Ankaufsuntersuchung durchgeführt wird. Interessenskonflikte sind dabei unbedingt zu vermeiden. Der Tierarzt muss in seiner Arbeit unabhängig sein und neutral urteilen können (Fellmer 1990) und sollte deshalb eine potentielle Befangenheit beim ersten Kontakt mit dem Auftraggeber offenlegen (e.o. Hermann) sowie gegebenenfalls den Auftrag ablehnen (Walz 2005). Der Tierarzt gerät dabei nicht selten in eine schwierige Situation, insbesondere wenn er als Privattierarzt des Verkäufers den Auftrag erhält. Denn weder die Ablehnung des Auftrages noch Offenlegung der bisherigen Krankengeschichte liegen im Interesse seines Kunden (Schüle 2002b). Generell ist es für die rechtliche Situation des Käufers nicht empfehlenswert, die Ankaufsuntersuchung durch den Verkäufer durchführen zu lassen. Grund hierfür sind einerseits die erwähnte mögliche Befangenheit des vom Verkäufer beauftragten Tierarztes, andererseits aber auch die Tatsache, dass so zwischen Tierarzt und Käufer kein Rechtsverhältnis entsteht, das im Streitfall einen Haftungsanspruch begründen könnte (Krenger und Straub 2002).

Es scheint sich in erster Linie um private Pferdekäufer zu handeln, die von der Möglichkeit der Ankaufsuntersuchung Gebrauch machen und im Hinblick auf die (medizinische) Beurteilung des Pferdes auf die Einschätzung eines erfahrenen

Tierärztes angewiesen sind. Dieser Umstand wird in der Umfrage sehr deutlich: So scheint das Ergebnis der Untersuchung massgeblich zum Kaufentscheid beizutragen oder sogar entscheidende Grundlage dafür zu sein (4.3, Abb. 13). Dieses Ergebnis unterstreicht ganz klar den wichtigen Stellenwert der Ankaufsuntersuchung bei der Stärkung der schwachen Position des Käufers im heutigen rechtlichen Umfeld. Vor Gericht hingegen hat die privat veranlasste Ankaufsuntersuchung lediglich den Charakter eines Indizes und nicht den eines Beweises, wie dies beispielsweise beim Gutachten des vom Gericht bestellten Sachverständigen der Fall ist (e.o. Krenger, 2.3.2.2.2).

5.4.2 Vorgehen

Zu einer kompletten Ankaufsuntersuchung gehören die vollständige Begutachtung des Pferdes und die sorgfältige schriftliche Dokumentation der durchgeführten Untersuchungsschritte und der erhobenen Befunde (Lauk 2002). Das Vorgehen ist in dem von der SVPM publizierten Leitfaden gut definiert. Dieser ist der befragten Tierärzteschaft auch weitgehend bekannt und wird durchwegs positiv bewertet (4.3, Abb. 7, Abb. 8). Der Gebrauch eines Protokolls gehört heute beinahe überall zum Standard, auch wenn fast jede private Praxis oder Klinik ein individuelles Untersuchungsformular und nicht das offizielle SVPM-Protokoll zur Dokumentation der Befunde verwendet (4.3, Abb. 6.1, Tab. 6.2).

5.4.3 Dokumentation und Untersuchungsumfang

Grundsätzlich entscheidet der Auftraggeber über den Umfang der Abklärungen (Schüle 2008). Das übliche Ausmass einer Ankaufsuntersuchung richtet sich ohne andere Abrede nach der Natur des zu besorgenden Geschäfts (OR 396 I). Einen festgesetzten Standard gibt es in der Schweiz nicht. Im Vorfeld jeder Befundung muss deshalb der Umfang besprochen und vereinbart werden. Dies hat vorzugweise schriftlich zu erfolgen, nachdem der Tierarzt den Kunden über sämtliche zur Verfügung stehenden Untersuchungsmöglichkeiten inklusive Risiken aufgeklärt hat. Der Untersuchungsumfang ist in der Regel abhängig von Ausbildungsstand und Verwendungszweck des Pferdes und stellt in der Regel einen Kompromiss dar zwischen diagnostischem Aufwand, den dadurch entstehenden Kosten, dem Kaufpreis des Pferdes und den finanziellen Verhältnissen der Käuferschaft (Schüle 2002a, Walz 2005). Sofern aufgrund der Bedingungen vor Ort auf gewisse Untersuchungen verzichtet werden muss, ist dies im Protokoll festzuhalten (Schüle 2002b). Die Kenntnis des Kaufpreises ist in der Schweiz zwar hilfreich für die Beratung des Kunden, nicht aber essentiell wie in Deutschland, wo er direkt der Risikoabschätzung für den Tierarzt dient, inklusive Sicherstellung eines adäquaten Versicherungsschutzes (Schüle 2002a, Münow 2006, e.o. Krenger).

Der Umfang der klinischen Untersuchung ist in Europa überall nahezu identisch. In der Schweiz wird aber deutlich häufiger geröntgt als im Ausland, wobei aber in Deutschland (Neuhaus 2007: Röntgen in 75.66 Prozent der Kaufuntersuchungen Bestandteil des Auftrages) und in den Niederlanden die radiologische Untersuchung ebenfalls einen wichtigen Platz einnimmt (e.o. Hermann). In Grossbritannien und in Irland werden die Pferde hingegen vor allem klinisch beurteilt (e.o. Hermann). Auch in der Schweiz werden nicht in jedem Fall radiologische Abklärungen getroffen. So scheint der überwiegende Anteil der befragten Tierärzte maximal die Hälfte der untersuchten Pferde auch zu röntgen (4.3, Abb. 9.1, Abb. 9.3). Bei den Pferdespezialisten fällt der Prozentsatz der radiologischen Untersuchungen deutlich höher aus (4.3, Abb. 9.2, Abb. 9.3). Hier wird zusätzlich zur klinischen Beurteilung in vielen Fällen auch eine röntgenologische Befundung durchgeführt (4.3, Abb. 9.2). Aufgrund der Umfrageergebnisse kann keine Aussage darüber getroffen werden, ob in den Fällen, in denen nicht geröntgt wird, keine klinische Notwendigkeit hierfür erkennbar ist oder der entsprechende Auftraggeber explizit darauf verzichtet. Da der Grossteil der gesundheitlichen Probleme orthopädischer Natur ist (Fürst 2001, 4.3, Tab. 17), stellt die Röntgenuntersuchung zwar ein wichtiges diagnostisches Hilfsmittel dar, ist aber auch heute noch Zusatzuntersuchung und nicht Standard (e.o. Hermann, SVPM-Protokoll). Die Anfertigung von drei Projektionen des Strahlbeins (Im, tangential, Oxspring) und vier Aufnahmen des Tarsus (Im, dp, dmpl, dlpm) sind aber empfehlenswert (Ueltschi 2002). Liegen Röntgenbilder vor, sollte der Tierarzt diese zusammen mit den übrigen Aufzeichnungen über die durchgeführte Untersuchung zur eigenen Absicherung aufbewahren (Walz 2005). Bei der Herausgabe von Originalbildern ist es empfehlenswert, sich die Übergabe quittieren zu lassen und einen detaillierten Röntgenbericht sowie allenfalls auch Bildkopien anzufertigen und diese zusammen mit den restlichen Unterlagen zu archivieren.

5.4.4 Haftung des Tierarztes im Rahmen des Auftrags zur Kaufuntersuchung

Der Tierarzt haftet gegenüber dem Käufer oder allenfalls auch gegenüber dem Verkäufer für eine mangelhafte Ankaufsuntersuchung. In der Schweiz fällt das Verhältnis zwischen Tierarzt und Kunde unter das Auftragsrecht (OR 394-406). Mangels anders lautender bisheriger Rechtsprechung ist auch die Ankaufsuntersuchung nach wie vor dem Auftragsrecht unterstellt (Krenger und Straub 2002). Das bedeutet, dass der Tierarzt in der Schweiz im Unterschied zu Deutschland, wo die Ankaufsuntersuchung als Werkvertrag qualifiziert wird (BGH vom 22.12.2011, Neuhaus 2007), nicht für die Richtigkeit seiner Befunde, sondern lediglich für die getreue und sorgfältige Ausführung des Auftrages einzustehen hat (OR 398 I und II, Krenger und Straub 2002). In Deutschland geht der Tierarzt mit der Annahme des Auftrags zur Ankaufsuntersuchung einen Werkvertrag ein und unterliegt damit einer deutlich schärferen Haftung (Gerhards 2010). Im tierärztlichen Untersuchungsvertrag wird damit die vereinbarte Beschaffenheit zum Haftungsmassstab (Schüle 2015).

In der Schweiz ist die Definition der Sorgfaltspflicht für die Haftung zentral. So dient ein vorgehen nach aktuellem veterinärmedizinischen Wissen und ein klar formulierter lückenloser Bericht als Massstab (3.3.2, Krenger und Straub 2002). Der Tierarzt hat also lediglich für schuldhaft pflichtwidriges Verhalten einzustehen das ursächlich ist für den dem Auftraggeber zugefügten Schaden (OR 398). Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn der Tierarzt offenkundige Mängel sorgfaltspflichtwidrig nicht erkennt, oder diese zwar feststellt und den Kunden aber zu spät darüber in Kenntnis setzt, so dass dieser seine Rechte nicht mehr wahren kann (Walz 2005).

Das Untersuchungsformular oder der Vertrag sollte eine Klausel im Sinne einer Haftungsbeschränkung enthalten, die festhält, dass der Tierarzt nur für die Richtigkeit der erhobenen Befunde im Zeitpunkt der Untersuchung einstehen kann und nicht für eine künftige gesundheitliche Entwicklung oder die Tauglichkeit zum vorausgesetzten Gebrauch (Von Salis et al. 1996). Ausserdem sollte stets betont werden, dass es sich bei den Ergebnissen der Ankaufsuntersuchung nur um eine Momentaufnahme handelt und keine Prognose für die Zukunft gestellt werden kann. Ein Untersuchungsprotokoll, das den derzeitigen Stand der tierärztlichen Wissenschaft entspricht, und die Anforderungen an die Sorgfalt des Tierarztes widerspiegelt, dient diesem einerseits als Wegleitung für eine umfassende Untersuchung und andererseits aber auch als Absicherung bei Nachfragen oder Haftungsansprüchen durch den Auftraggeber. Es bietet sich an, darin auch den expliziten Verzicht des Auftraggebers auf weiterführenden Untersuchungen oder den Hinweis auf möglicherweise eingeschränkte Aussagekraft der Untersuchung bei fehlendem Dopingtest festzuhalten (Krenger und Straub 2002). Sofern der Tierarzt nämlich sämtliche im Rahmen der Ankaufsuntersuchung festgestellten Mängel in einem separaten schriftlichen Bericht festhält (e.o. Hermann) und diese dem Auftraggeber mitteilt, besteht grundsätzlich kein Haftungsrisiko (Walz 2005).

Dieser Umstand spiegelt sich auch in der Anzahl der Haftungsfälle wieder: In der Schweiz scheint es tatsächlich so zu sein, dass der durchführende Tierarzt aufgrund einer Ankaufsuntersuchung kaum je mit einer Schadenersatzforderung konfrontiert wird (4.3, Abb. 19). Eine zusätzliche rechtliche Absicherung des Tierarztes ist deshalb heute nicht erforderlich (e.o. Krenger). Ein verschärftes Schriftlichkeitserfordernis in diesem Bereich würde nur zu geringerer Praktikabilität führen. Selbst die Unterschrift des Auftraggebers auf dem Untersuchungsformular ist in der Schweiz nicht zwingend, da es bezüglich Durchführung der Kaufuntersuchungen keinen Standard gibt. Sollte es dennoch zu einer Beanstandung des Kunden kommen, übernimmt die Berufshaftpflichtversicherung wie für alle tierärztlichen Tätigkeiten auch hier die Haftung für Sorgfalt bis zur vereinbarten Deckungssumme. Für die Abschätzung des Haftungsrisikos ist in der Schweiz, im Unterschied zu Deutschland, die Kenntnis des Kaufpreises nicht erforderlich. Die Thematisierung desselben kann

aber hilfreich sein für die Beratung des Kunden bezüglich Umfang der Untersuchung und Gewichtung der einzelnen Ergebnisse im Hinblick auf den Verwendungszweck (4.3, Abb. 18).

5.4.5 Konfliktpunkte

Die Durchführung der Ankaufsuntersuchung gemäss Leitfaden und Protokoll der SVPM oder eigenem Protokoll dient der Feststellung des momentanen Gesundheitszustandes und der Zwecktauglichkeit ohne Anspruch auf eine prognostische Vorhersage. Dieser Hinweis sollte gegenüber dem Auftraggeber ausdrücklich gemacht und bestenfalls auch Eingang ins Protokoll oder den tierärztlichen Bericht finden (Krenger und Straub 2002), zumal genau hier die Grenze der Ankaufsuntersuchung liegt (Althaus und Genn 2011) und der Anspruch der Käuferschaft ein anderer ist (Schüle 2008). Die Frage, ob ein Pferd langfristig gesund bleibt und entsprechend eingesetzt werden kann, hängt von vielen verschiedenen Faktoren ab (Stadler und Schüle 2007, Stadler 2008). Hierzu gehören neben der aktuellen Gesundheit auch die Qualität und der Ausbildungsstand des Pferdes, das tägliche Training und das reiterliche Können sowie das Management in der neuen Umgebung (Adolphsen 2002). Verhaltensstörungen, Untugenden oder umgebungsbeeinflusste Erkrankungen können anlässlich der Ankaufsuntersuchung nur sehr beschränkt beurteilt werden. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor betrifft Körperteile oder Organe, die sich zwar klinisch unauffällig präsentieren, aber trotzdem erkrankt sein können, wie beispielsweise die Wirbelsäule oder auch die Lunge, oder solche, die trotz radiologischer Veränderungen keinerlei klinische Symptome wie z.B. Lahmheit hervorrufen (Ueltschi 2013). Im Gegenzug hängt aber die sportliche Leistungsfähigkeit auch nicht von einem Röntgenbefund ab (Stadler 2005).

Eine Prognose kann sich generell entweder auf die Entwicklung einer Krankheit allgemein oder auf einen konkreten Einzelfall beziehen und ist damit nur möglich, wenn krankhafte Befunde vorliegen und Verlaufsuntersuchungen mit den erforderlichen Hilfsmitteln möglich sind (Stadler 2008). Evidenzbasierte Untersuchungen hinsichtlich der prognostischen Bedeutung vieler Befunde fehlen jedoch (Schüle 2008). Mit Aussagen über die künftige Entwicklung einzelner Untersuchungsergebnisse ist deshalb grösste Vorsicht geboten (Lauk 2002). Insbesondere bei klinisch gesunden Tieren ist eine prognostische Einschätzung nur in einem sehr engen Rahmen (beispielsweise für die Röntgenbefunde der Klasse IV in Deutschland) oder überhaupt nicht möglich (Stadler 2008, Stadler und Schüle 2007, Gerhards 2010). Radiologischen Befunden wird eine Gültigkeit von drei bis sechs Monaten zugestanden (Althaus und Genn 2011). Über diese Zeitspanne hinaus kann keinerlei Vorhersage über die künftige Entwicklung abgegeben werden (Stadler und Schüle 2007). Hinzu kommt, dass sich die Prognose selbst bei einer exakten Diagnose in Abhängigkeit der zur Verfügung stehenden diagnostischen Mittel und therapeutischen

Möglichkeiten im Verlaufe einer Erkrankung noch ändern kann (Stadler 2008). Die Bewertung der erhobenen Befunde im Rahmen der Ankaufsuntersuchung kann und soll also nicht mehr sein als eine persönliche Risikoabschätzung des Tierarztes (Plewa 1987, Corde 2015).

Unsere Umfrage zeigt, dass die Tierärzteschaft in der Schweiz einen sehr vorsichtigen Umgang mit Prognosen und Kaufempfehlungen pflegt (4.3, Abb. 14.1, Abb. 14.2). Ausdrücklich von einem Kauf abgeraten wird insbesondere bei diagnostizierter ERU, Podotrochlose, IHL Grad 4 sowie radiologisch Kissing Spines in Verbindung mit klinischen Rückenschmerzen. Bei rein radiologischen Rückenbefunden ohne Klinik wird hingegen nicht direkt abgeraten, sondern auf die Risiken eines Kaufs hingewiesen. Bei festgestellter Lahmheit wird ebenfalls von einem Kauf abgeraten oder es werden weiterführende Untersuchungen empfohlen. Ausschlaggebend für die Beratung scheinen dabei der radiologische Befund und der geplante Verwendungszweck des Pferdes zu sein. Einige Tierärzte raten bei Lahmheit auch zur Währschaftsverlängerung mit späterer Nachuntersuchung, zur Vereinbarung eines diesbezüglichen Vorbehalts beispielsweise zur diesbezüglichen Verlängerung der Probezeit. Eine Hufrehevorgeschichte führt dazu, dass der Grossteil der befragten Tierärzte grundsätzlich davon abrät, das betroffene Pferd zu kaufen, einige erklären die Risiken und machen ihre Beratung abhängig von Grad, metabolischer Grunderkrankung, geplantem Verwendungszweck und Ergebnis der bildgebenden Untersuchung. Bei Podotrochlose wird in der Regel ebenfalls von einem Kauf abgeraten, wobei auch hier Grad der röntgenologischen Veränderungen, Alter des Pferdes, aktuelle Leistungen im Sport, Ergebnis der klinischen Untersuchung und der geplante Verwendungszweck mit von Bedeutung sind. Bei einem radiologischen Spatbefund wird entweder direkt abgeraten oder über die Risiken aufgeklärt und dem Käufer die Entscheidung überlassen. Dabei scheint auch hier der künftige Gebrauch des Pferdes für die Einschätzung und Gewichtung des Befundes eine Rolle zu spielen, ebenso wie das Alter und klinische sowie radiologische Präsentation des Pferdes. Generell scheint wenig Toleranz zu herrschen bei klaren radiologischen Auffälligkeiten.

In vielen Fällen erfolgt aber lediglich eine Risikoanalyse und Aufklärung des Käufers. So werden bei einseitig thrombosierter Jugularvene, Sarkoiden, Sommerekzem oder IHL Grad 2 und 3 eher die Risiken erklärt, ohne direkt von einem Kauf abzuraten. Bei Sarkoiden ist es so, dass die Einschätzung abhängig gemacht wird vom Alter des Tieres und vom Ausmass und der Lokalisation der Veränderungen. Bei radiologischer OCD und Chips in Sprung- oder Fesselgelenk werden meist die Risiken erklärt und nicht durchwegs von einem Erwerb abgeraten, wobei die Beratung abhängig scheint von Lokalisation und Grösse des Chips, Alter des Pferdes und allfälligen sekundären Gelenksveränderungen. Etwas kritischer beurteilt wird einzig der Chip im Hufgelenk, aber auch hier erfolgt überwiegend eine Risikoauflärung. Oft wird dazu

geraten, eine schriftliche Verlängerung der Währschaftsfrist zu vereinbaren oder eine Operation unter Kosten- und Risikoübernahme durch den Verkäufer vornehmen zu lassen (Hertsch und Höppner 1999).

Zu weiterführenden Untersuchungen geraten wird insbesondere bei Herzgeräuschen, klinischem Atemgeräusch oder klinischen Rückenschmerzen. Bei klinischen Hinweisen auf COPD ist die Streuung breiter. So ist der Anteil der Tierärzte, die vom Kauf abraten nahezu gleich gross wie die Zahl der Tierärzte, welche die Risiken erklären, wobei der geplante Verwendungszweck, Management des Pferdes und vereinbarter Kaufpreis auch hier für die Gewichtung eine Rolle zu spielen scheinen. Bei Verhaltensstörungen wie Koppen oder Weben ist es so, dass mehrheitlich die Risiken erklärt und allenfalls Hinweise auf mögliche Therapieansätze oder Schwierigkeiten bei der Unterbringung gegeben werden, sofern anamnestisch oder klinisch Hinweise auf ein solches Verhalten bestehen. Es ist jedoch anzumerken, dass sowohl Koppen als auch Weben im Rahmen der in der Schweiz üblichen Befundung nicht immer festgestellt beziehungsweise ausgeschlossen werden kann, insbesondere auch deshalb, weil in der Schweiz, anders als beispielsweise in Grossbritannien, keine Beobachtung des Pferdes im Stall erfolgt (e.o. Simon Stämpfli).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass in der Schweiz im Rahmen der Kaufuntersuchung meist nur eine Risikoaufklärung erfolgt und keine klare Empfehlung bezüglich Kauf oder Nichtkauf abgegeben wird. Die Kaufuntersuchung vermag in diesem Bereich dem Bedürfnis der Käuferschaft nach einer Entscheidungshilfe und Prognosestellung deshalb nur teilweise gerecht zu werden. Im Hinblick auf eine haftungsrechtliche Absicherung des Tierarztes ist eine gewisse Zurückhaltung aber durchaus richtig. So sollte der tierärztliche Bericht lediglich Aufschluss über die erhobenen Befunde geben und maximal eine vorsichtige persönliche Einschätzung des Tierarztes bezüglich des gesundheitlichen Risikos bei der künftigen geplanten Nutzung des Pferdes enthalten (Saldern 2013).

5.5 Verbesserungsmöglichkeiten der aktuellen Situation

5.5.1 Die rechtliche Situation in Deutschland nach der Reform

Anders als in der Schweiz präsentiert sich die Situation in den angrenzenden deutschsprachigen Ländern. In Deutschland nimmt der Vieh- und Pferdehandel seit der Schuldrechtsreform, die am 1. Januar 2002 in Kraft getreten ist, keine Sonderstellung mehr ein (Schüle 2008). Das neue Kaufrecht ersetzt die Regelungen der Kaiserlichen Verordnung von 1899 und beinhaltet eine deutliche rechtliche Privilegierung des Käufers durch die veränderte Gewährleistungssituation (Schüle 2002b, Schüle 2008). Bezüglich des anwendbaren Rechts muss klar unterschieden werden zwischen Verbrauchsgüterkauf und sonstigen Pferdekäufen: Verbrauchsgut ist ein Pferd nämlich immer und nur dann, wenn es durch einen Verbraucher von einem

Unternehmer gekauft wird, Verträge zwischen Unternehmern oder der Kauf des Unternehmers vom Verbraucher fallen nicht darunter (Adolphsen 2002). Diese Rechtsgeschäfte können weiterhin frei vertraglich gestaltet werden. Im Verbraucherschutzbereich ist ein vertraglicher Verzicht auf die Gewährleistung des Verkäufers jedoch nicht möglich. Eine Beschränkung der Gewährfrist auf ein Jahr kann aber vertraglich vereinbart werden. In den ersten sechs Monaten führt die Beweislastumkehr ausserdem dazu, dass der Verkäufer immer in die Pflicht genommen werden kann (§ 476 BGB). Bei Kaufgeschäften zwischen Unternehmer und privatem Pferdekäufer gilt nämlich die Vermutung, dass innerhalb des ersten halben Jahres nach Kauf auftretende Mängel schon zum Zeitpunkt der Übergabe des Pferdes vorhanden waren (Oexmann und Wiemer 2004, Oexmann 2010). Das Gegenteil zu beweisen obliegt dann dem Verkäufer, er haftet für die Mängelfreiheit des Pferdes beziehungsweise für die vereinbarte Beschaffenheit. Mangel ist hierbei jede Abweichung vom festgelegten Sollzustand, wobei dieser für die Kaufsache Lebewesen wesentlich schwieriger zu definieren ist als für eine andere bewegliche Sache, insbesondere weil diese im Umfeld des Käufers Veränderungen unterliegen können (Adolphsen 2002). In Deutschland wird das Pferd also zur vereinbarten Beschaffenheit verkauft, wobei die tierärztliche Untersuchung hierfür als Massstab herangezogen wird (e.o. Schüle). Die Kaufuntersuchung ist im Verbrauchsgüterkauf ein unverzichtbarer Bestandteil der Beschaffenheitsvereinbarung und dient auch sonst der Beurteilung des Gesundheitsstatus des Pferdes zur Vermeidung nachträglicher Auseinandersetzungen (Beger 2006).

Der Verkäufer hat damit ein Interesse an einer äusserst sorgfältigen Erhebung des aktuellen Zustandes des Tieres (Plewa 2002). Entgegen aller Erwartungen in Fachkreisen führte dieser Umstand aber bisher zu keiner starken Zunahme der Verkaufsuntersuchungen in Deutschland (Schüle 2008).

Ob das neue Kaufrecht für den Pferdehandel einen Gewinn darstellt, wird in der Lehre kontrovers beurteilt (Brückner 2005, Neumann 2005, e.o. Schüle). Das Schuldrechtsmodernisierungsgesetz hat zwar die Nachteile des privaten Käufers infolge des Viehhandelsgesetzes beseitigt und sorgt für Einheitlichkeit, trägt aber den speziellen Bedürfnissen des Tierhandels im Vergleich zum Handel mit unbelebten Gegenständen in keiner Weise Rechnung. Das führt zu neuen Unsicherheiten und bedarf in vielen Bereichen noch der Konkretisierung durch die Gerichte. Es ist beispielsweise nicht klar abgrenzbar, ab wann ein Tier als gebraucht gilt beziehungsweise rechtlich nicht mehr als neu eingestuft werden kann (Meyer 2003, Bemann 2005, BGH vom 15.11.2006) oder auf welche Art Mängel das Gesetz überhaupt Anwendung finden soll (Oexmann und Wiemer 2004, Bemann 2005). Die momentane Tendenz der Rechtsprechung geht dahin, keinen Neuzustand für Jungtiere mehr anzunehmen (e.o. Schüle). Die rückwirkende Bewertung von Mängeln über einen Zeitraum von einem halben Jahr gestaltet sich ausserdem für

viele Erkrankungen oder Verhaltensauffälligkeiten schwierig und ist massgeblich beeinflusst durch das Umfeld des Pferdes am neuen Ort, so dass die Anwendung der Beweislastumkehrregelung zu teilweise inadäquaten Ergebnissen führt (Adolphsen 2002, Meyer 2003, Bemann 2005, e.o. Schüle). Die richterliche Auslegung des neuen Kaufrechts für den Pferdehandel im Verbrauchsgüterbereich ist unumgänglich für die Einzelfallgerechtigkeit, führt aber auch dazu, dass die Umsetzung der Reform in der Praxis oft anders aussieht, als ursprünglich von der Legislative vorgesehen.

5.5.2 Ein Röntgenleitfaden für die Schweiz als Lösungsansatz?

Die Beurteilung der Röntgenbilder erfolgt in Deutschland seit 1991 nach Vorgabe des Röntgenleitfadens. Damit können zwar viele, aber nicht alle abweichenden Befunde erfasst werden (Hertsch 2005). Standardisierte Beurteilungskriterien für bestimmte Projektionen und die Einteilung der erhobenen Befunde in vier Klassen sollen aber unterschiedlichen Interpretationen entgegenwirken und zu einer qualitativ einheitlichen radiologischen Beurteilung führen. Der Röntgenleitfaden ist in Deutschland gesellschaftlich etabliert, wenn auch nicht ganz kritiklos (Deike 2011). Das Ergebnis der Bewertung ist für die am Kauf beteiligten Laien aber allgemein verständlich (Hertsch 2003) und erlaubt dem Käufer eine Risikoeinschätzung. Ausserdem dient er auch der rechtlichen Absicherung des Tierarztes vor falschen Erwartungen und Haftungsansprüchen aus dem in Deutschland vorliegenden Werkvertragsverhältnis (Hertsch 2003, Meister 2013, Bemann et al. 2014). Als Nachteil einzustufen ist sicherlich, dass die Beurteilungskriterien und die Einteilung der Klassen vorwiegend auf Expertenmeinungen beruhen und grösstenteils nicht wissenschaftlich abgesichert sind (Plewa 1987, Stadler 2005, Hertsch 2007). Trotzdem ist der Röntgenleitfaden Massstab für die tierärztliche Sorgfaltspflicht, beispielsweise bei der Beurteilung einer OCD (Bemann und Schüle 2006). Kritisiert wird ausserdem, dass das Pferd unabhängig vom Ergebnis der klinischen Untersuchung klassifiziert wird. Es ist aber zumindest möglich, das Ergebnis der klinischen Befundung bei der Endbeurteilung der Kaufuntersuchung miteinfließen zu lassen (Hertsch 2007). Die standardisierte Anwendung des Röntgenleitfadens führt zudem dazu, dass eine radiologische Untersuchung eines Pferdes im Rahmen des Pferdekaufs heute überwertet, beziehungsweise als unumgänglich erachtet wird (e.o. Kümmerle). Klinische Befunde sollten nach wie vor im Zentrum stehen (Verschooten 1992, e.o. Kummer), zumal beispielsweise Röntgenbilder der Klasse I eher den Idealzustand darstellen und keinesfalls die Norm widerspiegeln (Stadler 2008). So zeigen beispielsweise 30 Prozent aller Pferde mit einer Lahmheit aufgrund einer Pathologie der unteren Tarsalgelenke keine radiologischen Befunde (Witte 2013). Für die Strahlbeinregion gilt ausserdem, dass durchaus eine Pathologie vorliegen kann, auch wenn radiologische Befunde fehlen (Witte 2013). Gerade bei der Ankaufsuntersuchung muss die Bewertung der Röntgenbefunde mit einer gewissen Toleranz durchgeführt werden. Von entscheidender Wichtigkeit ist die Unterscheidung der unbedeutenden von

massgeblichen Veränderungen (Dahn und Ueltschi 1989). Im Hinblick auf die Bedeutung der radiologischen Untersuchung sollte auch nicht vergessen werden, dass Sehnenverletzungen die bedeutendste orthopädische Erkrankung bei Sportpferden darstellen (Trump 2014, Williams et al. 2001). Diese können mit einer radiologischen Untersuchung nicht diagnostiziert, geschweige denn vorausgesagt werden.

In der Schweiz wird für die Befundung der Röntgenbilder im Gegensatz zu Deutschland kein einheitlicher Röntgenleitfaden verwendet. Diese erfolgt aufgrund individueller Kenntnisse und persönlicher Erfahrung des einzelnen Tierarztes. Unsere Umfrage hat gezeigt, dass in der Schweiz radiologische Befunde stets in Zusammenhang mit den Ergebnissen der klinischen Untersuchung bewertet werden (4.3). Der Auftraggeber erhofft sich vom Ergebnis der Ankaufsuntersuchung primär eine Hilfe für den Kaufentscheid (Lauk 2002, Plewa 2002). Diese beinhaltet aus Käufersicht (fälschlicherweise) auch eine prognostische Einschätzung der gesundheitlichen Entwicklung des Pferdes beziehungsweise eine Risikoabschätzung für die Zukunft (Schüle 2008). In dieser Hinsicht könnte einem Vorgehen nach einheitlichem Leitfaden bei der Röntgenbeurteilung eine wichtige Rolle zukommen, zumal die Einteilung dem Laien eine verständliche Beurteilungsgrundlage liefert. Aus auftragsrechtlicher Sicht ist eine Interpretation der Befunde ohne Leitfaden zwar möglich, unsere Umfrage zeigt aber, dass durchaus ein Bedürfnis nach Leitlinien besteht. So spricht sich die Mehrheit der Befragten unabhängig vom Pferdeanteil der Praxis für eine standardisierte Beurteilung der Röntgenbilder in irgendeiner Form aus, auch wenn nicht generell ein Schema nach deutschem Vorbild angestrebt wird (4.3, Abb. 11). Vor der Abgabe allgemeingültiger Prognosen muss aber gewarnt werden (von Salis 1996), selbst wenn sich diese auf eine Einteilung wie den Röntgenleitfaden stützen (Stadler 2005). Hierzu fehlen ausreichend gesicherte veterinärmedizinisch-wissenschaftliche Erkenntnisse über die Entwicklung radiologischer Befunde in der Zukunft (Hertsch 1992, Plewa 2007c). Die Verwendung eines Leitfadens birgt ausserdem die Gefahr, dass dieser im Streitfall für die Beurteilung der tierärztlichen Kaufuntersuchung als Standard herbeigezogen wird und damit haftungsrelevant wird (Weinberger 2006, e.o. Krenger). Sollte die Beurteilung der Röntgenbilder in Zukunft auch in der Schweiz nach einem einheitlichen Schema erfolgen, müsste deshalb unbedingt die objektive Befunderhebung und nicht die Prognosestellung im Vordergrund stehen. Allfällige Leitlinien für die Bewertung der radiologischen Befunde müssten ausserdem Platz lassen für eine persönliche und damit subjektive Einschätzung des Tierarztes, in die neben persönlicher Erfahrung auch die klinische und insbesondere orthopädische Präsentation des Pferdes und der künftige Verwendungszweck einfließen können.

5.5.3 Verlängerung der Währschaftsfrist

Die geltende Frist wird sehr unterschiedlich beurteilt, ein einheitliches Credo gibt es nicht (4.3, Abb. 22, e.o. Expertenrunde). Klar ist, dass die geltende Gewährleistungsfrist dem Käufer oftmals keine Möglichkeit bietet, das Pferd angemessen zu prüfen, insbesondere auch weil das Risiko einer unzulässigen Medikation des Tieres besteht. Auf der anderen Seite darf das Pferd durch einen übermässig langen Aufenthalt in der Obhut des Käufers auch keine Wertminderung erfahren. Aus veterinärmedizinischer Sicht sowie in Bezug auf die Gewährleistung der Rechtssicherheit erscheint eine Verlängerung der Frist auf sechs Wochen einerseits eine bessere Beurteilung des Pferdes durch den Käufer zu ermöglichen und andererseits die Gefahr einer medikamentösen Beeinflussung zu minimieren, ohne dass das Risiko für den Verkäufer drastisch ansteigen würde (4.3, Abb. 23).

5.5.4 Verzicht auf das Schriftlichkeitserfordernis

Ein möglicher Grund, dass kein einheitliches Credo bezüglich Fristlänge besteht, kann auch darin gesehen werden, dass oftmals nicht nur die Einhaltung der (kurzen) gesetzlichen Frist problematisch ist, sondern aufgrund fehlender Schriftlichkeit vielmehr jegliche Anspruchsgrundlage fehlt. Unter geltendem Recht ist es nämlich unverzichtbar, dass sich der Käufer vom Verkäufer mindestens die Garantie „gesund und recht“ oder auch die Zusicherungen weiterer bestimmter Eigenschaften des Pferdes schriftlich und eigenhändig unterschrieben geben lässt (2.3.2.2.1). Auch ein tierärztliches Zeugnis kann zur Geltendmachung der Gewährleistungsansprüche genügen, sofern dies vorgängig so vereinbart und schriftlich festgehalten wurde (Krenger und Straub 2002). Fehlt jedoch eine schriftliche Grundlage, entfallen auch die Gewährleistungsansprüche, es sei denn, es liegt eine arglistige Täuschung vor, die auch bewiesen werden kann (2.3.2.2.1). Noch wichtiger als eine Anpassung der Dauer der Währschaftsfrist erscheint uns deshalb die gesetzliche Festlegung eines Gewährleistungsanspruchs für den Pferdehandel, die unabhängig einer schriftlichen Zusicherung des Verkäufers greift. Durch den Verzicht auf das Schriftlichkeitserfordernis würde dem Käufer also ein automatischer Gewährleistungsanspruch ohne Notwendigkeit der Einhaltung von Formvorschriften gewährt werden (e.o. Expertenrunde).

5.5.5 Aufklärung und Information

Auch unter geltendem Recht besteht für die Käuferschaft die Möglichkeit, sich vertraglich zusätzlich abzusichern. Der Grossteil der Pferdekäufer und Tierärzte in der Schweiz sind aber nur unzureichend informiert über die rechtlichen Rahmenbedingungen des Pferdekaufrechts. Vor den rechtlichen Nachteilen schützen wird sich aber nur derjenige, der sich bewusst ist, dass er rechtlich benachteiligt ist (Sommer 2000). Der Rechtsunkundige wird weiterhin darauf vertrauen, innerhalb der neun

Tage falschverstandener Garantiefrist das Pferd in jedem Fall retournieren zu können und den Pferdekauf weiterhin per Handschlag abwickeln (e.o. Krenger). Aufgrund der heute immer noch verbreiteten formlosen Handhabung des Pferdehandels und dem fehlenden Verständnis von Inhalt und Tragweite der Währschaftsfrist kommt es im Einzelfall oft zu schwer nachvollziehbaren Ergebnissen. Das geltende Recht steht in einem krassen Gegensatz zum Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung. Wie der Käufer jeder anderen Sache geht nämlich auch der Pferdekäufer davon aus, durch das geltende Recht vor Übervorteilung geschützt zu werden. Es ist auch nicht verwunderlich, dass der Laie darauf vertraut, beim Kauf eines Pferdes in einem ähnlichen Umfang rechtlichen Schutz zu genießen wie bei der Anschaffung eines Hundes oder einer Katze (Fahniskaufrecht 2.3.2.1, Giger 1979). Als Gegenargument kann natürlich angeführt werden, dass jeder die persönliche Pflicht habe, sich über das geltende Recht zu informieren. Hier sind auch die Tierärzte gefordert: Eine verbesserte Aufklärung der Käuferschaft ist unter geltendem Recht zugegebenermassen dringend nötig. Insbesondere der Ankaufstierarzt spielt hier eine zentrale Rolle als Informationsvermittler, da er das Pferd in den meisten Fällen zeitnah zum Kaufabschluss untersucht und damit wesentlich dazu beitragen kann, dass der Käufer seine Gewährleistungsansprüche auch unter geltendem Recht durch korrektes Vorgehen beim Pferdekauf wahren kann. Bestenfalls gelingt es ihm sogar positiv auf die Wahl des günstigsten Zeitpunkts für die Ankaufsuntersuchung hinzuwirken. Durch eine entsprechende Beratung bezüglich dokumentierter anamnestischer Angaben von Seiten des Verkäufers sowie Probeentnahme und Aufbewahrung für einen allfälligen Medikationsnachweis kann der durchführende Tierarzt ausserdem einer Übervorteilung des Käufers durch absichtliche Täuschung entgegenwirken.

Obige Ausführungen machen deutlich, wie wichtig ein erweiterter und adäquater rechtlicher Käuferschutz beziehungsweise die rechtliche Aufklärung der Käuferschaft ist. Damit die Tierärzteschaft der Rolle als Informationsvermittler aber gerecht werden kann, ist eine verbesserte Schulung der Kaufuntersuchung durchführenden Tierärzte in rechtlichen Belangen unabdingbar. Denn nur durch eine fundierte Ausbildung in diesem Bereich kann der Tierarzt Aufklärungsarbeit leisten und als Berater über mögliche abweichende schriftliche Vereinbarungen wie beispielsweise Fristverlängerung, Kauf auf Probe und zusätzliche Garantieverprechen zwischen den Vertragsparteien auftreten.

5.5.6 Limitationen der Verbesserungsvorschläge

Änderungsvorschläge bezüglich der gesetzlichen Gewährleistung im Pferdehandel können sich also einerseits auf die Verlängerung der gesetzlichen Währschaftsfrist oder andererseits auf den Verzicht auf die einfache Schriftlichkeit beziehen (e.o. Krenger). Klar ist, dass selbst bei solchen Anpassungen des geltenden Rechts im Bereich Pferdehandel nicht die ganze Problematik gelöst wird und ein unkalkulierbares Risiko für den Käufer bestehen bleibt. Aufgrund des limitierten wissenschaftlichen Erkenntnisstandes sowie der Tatsache, dass selbst bei Vorliegen von wissenschaftlichen Daten keine definitive Prognose für das Einzeltier gestellt werden kann bleibt es weiterhin unmöglich, eine sichere Aussage über die künftige Entwicklung des Kaufobjekts Pferd zu stellen. Es liegt ausserdem in der Natur der Sache, dass man beim Kauf eines Lebewesens mit Überraschungen zu rechnen hat.

5.6 Problematik und Limitationen bei der Befragung der Tierärzteschaft: Rücklauf, Fragestellung

Befragt wurden die Mitglieder der SVPM, da davon auszugehen ist, dass sich diese mit grosser Wahrscheinlichkeit verglichen mit der übrigen Tierärzteschaft vermehrt mit Ankaufsuntersuchungen beim Pferd befassen. Die relevante Zielgruppe wurde damit erfasst. Versandt wurden 290 Fragebogen. Die Rücklaufquote betrug rund etwa ein Drittel (36.2 %), wobei aber aus verschiedenen Gründen nur rund 29 % der retournierten Fragebogen ausgewertet werden konnten.

Die Stichprobe erwies sich beispielsweise als zu klein, um statistisch einen Unterschied zwischen Regionen (z.B. Deutschschweiz/Welschland etc.) auszumachen oder eine Aussage darüber zu treffen, in welcher Region vor allem auf Pferde spezialisierte Tierärzte beziehungsweise Allgemeinpraktiker Ankaufsuntersuchungen durchführen. Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit waren nicht möglich, da sich aufgrund der erhobenen Daten nicht sagen liess, ob beispielsweise in Zürich vor allem Tierärzte mit grossem Pferdeanteil angesiedelt sind oder diese eher an der Umfrage teilgenommen haben als die Allgemeinpraktiker in dieser Region. Ausserdem haben einige Tierärzte mehrere Kantone, die ganze Schweiz oder sogar das angrenzende Ausland als Tätigkeitsgebiet genannt (4.3, Abb. 1). Auffällig war, dass durch die Umfrage vor allem Spezialisten und Tierärzte mit eher kleinem Anteil an Pferden (< 25 %) erfasst wurde (4.3, Abb. 2). Das Mittelfeld war vergleichsweise untervertreten. Ob der Fragebogen vor allem durch diese beiden Gruppen beantwortet wurde oder ob diese Verteilung die Mitgliederstruktur der SVPM widerspiegelt, konnte im Rahmen dieser Erhebung nicht eruiert werden.

Es wurden offene, geschlossene und halboffene Fragen verwendet. Der Vorteil der offenen Fragen ist sicherlich, dass sie die Meinung und den Wissensstand der Teilnehmer besser widerspiegeln. Demgegenüber hat der Befragte bei geschlosse-

nen Fragen eine der vorgegebenen Antworten zwingend zu wählen, auch wenn diese nicht exakt sein Wissen oder seine Auffassung wiedergibt. Dafür sind letztere einfacher auszuwerten als offene Fragen. Mehrere Fragen wurden zudem als halboffene Fragen formuliert. Bei diesen Fragetypen gibt es sowohl vorgegebene Antworten, als auch die Möglichkeit in eigenen Worten etwas hinzuzufügen. Problematisch bei diesem Fragetyp war, dass sich die Antwortvarianten für die Befragten teilweise nicht wie gewünscht auseinanderhalten liessen. So scheint beispielsweise der Verkäufer oft auch der Pferdehändler zu sein, seltener ist auch der Käufer Händler und Auftraggeber. Es zeigte sich ausserdem deutlich, dass die Teilnehmer unabhängig vom verwendeten Fragetyp dazu neigten, sich nicht an die Antwortvorgaben zu halten. So wurden gewisse vorgegebene Antwortvarianten beliebig ergänzt und auch bei geschlossenen Fragen eigene Anmerkungen hinzugefügt.

5.7 Fazit

Im Interesse einer praktikablen Handhabung des Pferdehandels ist für einen verbesserten rechtlichen Schutz des Käufers zu sorgen. Ein möglicher Weg wäre, die Pferde aus dem Viehwährschaftsrecht herauszunehmen beziehungsweise für die Equiden auf das Erfordernis der Schriftlichkeit zu verzichten oder OR 198 (und evtl. auch OR 202) ersatzlos zu streichen, so dass für Pferde das gewöhnliche Kaufrecht gelten würde analog zum Fahniskaufrecht. So würden für den Pferdekauf die gleichen Bedingungen gelten wie beim Erwerb von Hund und Katze. Es gibt heute kaum eine Rechtfertigung mehr, warum der Handel mit Pferden einer anderen rechtlichen Behandlung bedarf als derjenige mit anderen Haus- und Heimtieren.

In Bezug auf die Abwicklung des Pferdekaufs ist unabhängig von der Forderung nach einer Reformierung des geltenden Rechts dringend ein Umdenken gefordert, insbesondere solange das Viehwährschaftsrecht für den Pferdekauf noch zur Anwendung kommt. Treu und Glauben im Viehhandel haben nicht mehr überall den gleichen Stellenwert wie früher. Es sollte deshalb bei jedem Pferdekauf eine im Umfang dem Kaufpreis angemessene gründliche und gut dokumentierte Ankaufsuntersuchung inklusive Blutentnahme für eine allfällige Dopingprobe durchgeführt werden. Fehlkäufen muss weiter durch klare Vorstellungen des Käufers und konsequente schriftliche Dokumentation des Rechtsgeschäfts begegnet werden. In den meisten Fällen scheitert die Durchsetzung des Gewährleistungsanspruches nämlich an der Beweisbarkeit, so dass es dem Käufer selbst bei erheblichen Mängeln und innert Frist nur selten gelingt, den Verkäufer haftbar zu machen. Unter geltendem Recht nimmt ausserdem die Information der Tierärzte und Veterinärmedizinstudenten, der potentiellen Pferdekäufer, Züchter und Händler über das geltende Recht eine ganz zentrale Rolle ein und die Aufklärungsarbeit an Ausbildungsstätten und in Verbänden sollte konsequent verfolgt werden.

6. Literaturverzeichnis

Adolphsen J. (2002) Das neue Pferdekaufrecht. Pferdeheilkunde 3, pp: 294-297

Adolphsen J. (2003a) Die Kaufuntersuchung nach der Schuldrechtsreform Teil 1. Neue Aspekte beim Pferdekauf. Prakt. Tierarzt 84, pp: 114-119

Adolphsen J. (2003b) Die Kaufuntersuchung nach der Schuldrechtsreform Teil 2. Neue Aspekte für die tierärztliche Kaufuntersuchung. Prakt. Tierarzt 84, pp: 372-377

AAEP Guidelines (2009) Guidelines for Reporting Purchase Examinations, in: American Association of Equine Practitioners, Ethical and Professional Guidelines 2014, pp: 37-38

Akens M.K. (1996) Laboruntersuchungen im Rahmen der Ankaufsuntersuchung. In: Ankaufsuntersuchung beim Pferd, Ed: B. von Salis, Gustav Fischer Verlag, Jena, pp: 117-120

Althaus H., Genn H.J. (2011) Die Kaufuntersuchung des Pferdes. 1. Aufl., Schlüter-sche Verlagsgesellschaft, Hannover

Bachmann I., Stauffacher M. (2002) Haltung und Nutzung von Pferden in der Schweiz: Eine repräsentative Erfassung des Status quo, Schweiz Arch Tierheilk 7, pp: 331-347

Becker M., Bemann K., Schüle E., Stadler P. (2016) Kaufrecht und tierärztliche Kaufuntersuchung beim Pferd. In: Handbuch Pferdepraxis, Eds: W. Brehm, H. Gehlen, B. Ohnesorge, A. Wehrend, 4. Aufl., Enke Verlag, Stuttgart

Beger O. (2006) Die tierärztliche Kaufuntersuchung im Kontext mit der Beschaffenheitsvereinbarung beim Pferdekauf (Dissertation med. vet.), Universität Leipzig

Beeman G.M., Soule S.G., Swanson T.D. (1992) History and Philosophy of the Medical Examination of Horses for Purchase. In: Vet Clin North Am Equine Pract. Vol. 8 (2), pp: 257-267

Bemann K. (2004) Die tierärztliche Dokumentationspflicht und das Einsichtsrecht im tierärztlichen Behandlungsvertrag. Pferdeheilkunde 20, pp: 353-360

Bemann K. (2005) Das Pferd im Verbrauchsgüterkaufrecht. Pferdeheilkunde 21, pp: 142-150

Bemann K., Schüle E. (2006) Osteochondrose und Kaufuntersuchung aus juristischer Sicht. Pferde Spiegel 2, pp: 60-68

Bemann K. (2008) Allgemeine Geschäftsbedingungen im standardisierten Untersuchungsprotokoll (Vertrag über die Untersuchung eines Pferdes). Pferdeheilkunde 24, pp: 701-710

Bemmann K., Becker M., Stadler P., Brehm W., Oexmann B., Klimke M., Schüle E. (2014) Die Kaufuntersuchung im Sprachgebrauch der Gerichtlichen Tierheilkunde. Pferdeheilkunde 30, pp: 867-692

BEVA/RCVS Guidance Notes (2012) Guidance Notes on the Examination of a Horse on Behalf of a Prospective Purchaser, www.beva.org.uk

BFS (2012) Landwirtschaftliche Strukturerhebung 2012, Bundesamt für Statistik, Neuenburg

BGE 55 II 190

BGE 70 II 48

BGE 81 II 207

BGE 85 II 565

BGE 86 II 27

BGE 88 II 410

BGE 101 II 222

BGE 102 II 197

BGE 106 II 146

BGE 111 II 67

BGE 116 II 431

BGE 86 III 30

BGE 122 III 426

BGH, Urteil vom 15.11.2006/Az. VIII ZR 3/06

BGH, Urteil vom 22.12.2011/Az. VII ZR 136/11

Blank V. (1977) Handel und Händel um's Ross. Reiter Revue 5, pp: 556-559

Blaich S. (1995) Gewährleistung beim Pferdekauf: Ein Reformvorschlag (Dissertation iur.) Universität Konstanz

Brückner S. (2005) (Pferde)Kaufrecht quo vadis? Ein kritischer Kommentar. In: Hippologisch! Interdisziplinärer Beitrag namhafter Hippologen rund um das Pferd, Ed: S. Brückner, FNVerlag, Warendorf, pp: 25-27

Brückner S., Rahn A. (2010) Pferdekauf heute. 3. Aufl., FNVerlag, Warendorf

Brunner C.V. (2013) Tierquälerei im Pferdesport - eine Analyse der Strafrechtsnormen des Tierschutzgesetzes (Dissertation iur.) Universität Zürich

Bucher E. (1988) Obligationenrecht, Besonderer Teil. 3. Aufl., Schulthess Verlag, Zürich, pp: 83-114

Comment A. (1971) Viehkauf. Stand der Gesetzgebung und der Rechtsprechung, Schweiz. Karte Nr. 229, Juristische Kartothek, Genf

Corde R. (2015) Vortrag zum Thema Ankaufsuntersuchung in Frankreich, Weiterbildung SVPM, Bern

Dahn M., Ueltschi, G. (1989) Ein Beitrag zur röntgenologischen Beurteilung von normalen Sprunggelenken des Pferdes. Pferdeheilkunde 5, pp: 89-94

Däppen R.K. (2011) Basler Kommentar zum Schweizerischen Privatrecht, Obligationenrecht I (Art. 1-529 OR), N 3 zu OR 127, Basel

Deike U.B. (2011) Die Entwicklung der röntgenologischen Untersuchung bei der Ankaufsuntersuchung des Pferdes: Eine Literaturstudie (Dissetation med. vet.), Ludwig-Maximilians-Universität München

Dixon P.M., Railton D.I., Mc Gorum B.C. (1995) Equine pulmonary disease: a case control study of 300 referred cases, Part 2: Details of animals and of historical and clinical findings. Equine Veterinary Journal 27, pp: 422-427

Duve K., Völker T. (1997) Lexikon der berühmten Tiere. Eichborn, Frankfurt am Main, p: 108

Eidherr A. (2002) Plutarch: Alexander und der Bukephalos. In: Pferde in der Weltliteratur, Ed. A. Eidherr, Manesse Verlag, Zürich, pp: 11-12

Eikmeier, H. (1981) Haftpflicht des Tierarztes bei der Pferdebehandlung und der Ankaufsuntersuchung. Collegium veterinarium, pp: 47-49

Etter G. (1996) Ankaufsuntersuchung aus der Sicht des Händlers. In: Ankaufsuntersuchung beim Pferd, Ed: B. von Salis, Gustav Fischer Verlag, Jena, pp: 133-138

Fellmer E. (1990) Tierärztliche Untersuchung von Pferden im Rahmen von Kaufverhandlungen. Berl. Münch. Tierarztl. 103, pp: 125-132

Fellmer E. (1996) Rechtliche Aspekte der Ankaufsuntersuchung, Deutschland. In: Ankaufsuntersuchung beim Pferd, Ed: B. von Salis, Gustav Fischer Verlag, Jena, pp: 13-26

Fellmer E. (2006) Tierärztliche Kaufuntersuchung im Kontext zum neuen Kaufrecht des BGB. In: Handbuch Pferdepraxis, Eds: O. Dietz, B. Huskamp, 3. Aufl., Enke Verlag, Stuttgart, pp: 1029-1030

Fey K. (2003) Die tiefen Atemwege des Pferdes im Rahmen der Kaufuntersuchung - gibt es Befunde ohne besondere klinische Beeinträchtigung? Der Praktische Tierarzt 84, pp: 596-602

Frei Th. (1996) Erwartungen des Käufers. In: Ankaufsuntersuchung beim Pferd, Ed: B. von Salis, Gustav Fischer Verlag, Jena, pp: 129-132

Fürst A. (2001) Anforderungen an den Bewegungsapparat und den Hufbeschlagn des Freizeitpferdes. Orthopädische Ankaufsuntersuchung, Vorlesungsunterlagen, Zürich

Gauch P., Schluep W., Schmid J., Emmenegger S. (2014) Schweizerisches Obligationenrecht, Allgemeiner Teil ohne ausservertragliches Haftpflichtrecht. 10. Aufl., Schulthess Verlag, Zürich

Gerhards H. (2010) In: Pferdekauf heute, Eds. S. Brückner, A. Rahn, FN Verlag, Warendorf, pp: 216-231

Gerweck G. (2000) Der Pferdekauf. Was der Experte empfiehlt..., Enke Verlag, Stuttgart

Giger H. (1979) Berner Kommentar zum Schweizerischen Privatrecht, Schweizerisches Zivilgesetzbuch, Band VI: Das Obligationenrecht, 2. Abteilung: Die einzelnen Vertragsverhältnisse, 1. Teilband: Kauf und Tausch, Der Fahrniskauf (Art. 184-215 OR), Bern

Gygi F. (1967) Der Viehkauf und die Viehwährschaft im schweizerischen Recht. 2. Aufl., Verbandsdruckerei, Bern

Häsler S. (2010) Der Weg zum „Veterinärraum“ Schweiz A.D. 941-1886, Schweizerisches Archiv für Tierheilkunde 1, pp: 6-12

Hermann M. (2015) Vortrag zum Thema Ankaufsuntersuchung in der Schweiz, Weiterbildung SVPM, Bern

Hermann M. (2016) Ankaufsuntersuchung und tierärztliche Haftung in der Schweiz. Typische Fallen vermeiden. Weiterbildungsseminar Hofgut Albführen, Dettighofen

Hertsch B. (1992) Die Korrelation des röntgenologischen Befundes bei der Lahmheits- und Kaufuntersuchung. Prakt. Tierarzt 73, pp: 823-830

Hertsch B., Höppner S. (1999): Gelenkchirurgie beim Pferd - Steine aus dem Weg geräumt. Pferdeheilkunde 15, pp: 159-166

Hertsch B (2003) Leitfaden für die röntgenologische Beurteilung bei der Kaufuntersuchung des Pferdes (Röntgenleitfaden). Pferdeheilkunde 19, pp: 185-198

Hertsch B. (2005) Die Einflüsse klinischer und röntgenologischer Befunde auf die Gesamtbeurteilung bei der Kaufuntersuchung. In: Hippo-logisch! Interdisziplinäre Beiträge namhafter Hippologien rund um das Thema Pferd, Ed.: S. Brückner, 1. Aufl., FN Verlag, Warendorf, pp: 170-180

Hertsch, B. (2007) Vorwort zum Röntgenleitfaden RöLF07, Gesellschaft für Pferdemedizin (Dortmund) und Bundestierärztekammer (Bonn)

Hilgers S. (2005) Longitudinalverlauf gesundheitlicher insbesondere radiologischer Befunde im Verlauf mehrjähriger definierter Trainingsprogramme von Vielseitigkeitspferden (Dissertation med. vet.), Tierärztliche Hochschule Hannover

Hippiatrika-Formularvertrag Vertrag über die Untersuchung eines Pferdes, Hippiatrika Verlag, Stuttgart

Hladik G, Mosing M. (2002) Kaufuntersuchung und Pferdekauf in Österreich. Pferdeheilkunde 3, pp: 292-294

Holmer M. (2005) Röntgenbefunde an den Dornfortsätzen klinisch rückengesunder Warmblutpferde (Dissertation med. vet.), Ludwig-Maximilians-Universität München

Holmer M., Wollanke B., Stadtbäumer G. (2007) Röntgenveränderungen an den Dornfortsätzen von 295 klinisch rückengesunden Warmblutpferden. Pferdeheilkunde 5, pp: 507-511

Honsell H. (2010a) Römisches Recht. 7. Aufl., Springer Verlag, Berlin, Heidelberg

Honsell H. (2010b) Schweizerisches Obligationenrecht, Besonderer Teil. 9. Aufl., Stämpfli Verlag AG, Bern

Honsell H. (2011) Basler Kommentar zum Schweizerischen Privatrecht, Obligationenrecht I (Art. 1-529 OR), Vorbemerkungen zu Art. 197-210 OR, N 10, Basel

Hug K. (1993) Die Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel – Rückblick auf die historische und rechtliche Entwicklung des Konkordats. Schweiz Arch Tierheilk 135, pp: 194-203

Huguenin C. (2008) Obligationenrecht, Besonderer Teil. 3. Aufl., Schulthess Verlag, Zürich

Huskamp B. (1983) Tierärztliche Aspekte der Ankaufsuntersuchung. Prakt. Tierarzt 2, pp: 141-146

Isenbügel E. (1999) Vom Wildpferd zum Reitpferd. Tierärztliche Umschau 54. pp: 484-490

Jacobi R. (1979) Die Ankaufsuntersuchung beim Pferd unter Berücksichtigung der Sorgfaltspflicht des untersuchenden Tierarztes (Dissertation med. vet.), Tierärztliche Hochschule Hannover

Kantonsgericht Obwalden Urteil vom 16. August 2005/11. Mai 2006, Z 03/039, anonymisiert

Kaser M., Knütel R. (2014) Römisches Privatrecht. 20. Aufl., C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München

Keller H., Schulze E. (2016) Vertrag über die tierärztliche Untersuchung des Pferdes. 2. Aufl., Schlütersche Vertragsgesellschaft, Hannover

Koller A. (2009) Schweizerisches Obligationenrecht, Allgemeiner Teil, Handbuch des Schuldrechts ohne Deliktsrecht. 3. Aufl., Schulthess Verlag, Zürich

Kreling I., Lauk H. D. (1995) Operative Behandlung des „Kissing Spines“-Syndroms beim Pferd – 50 Fälle. Teil 1: Diagnostische Methoden. Pferdeheilkunde 12, pp: 79-85

Krenger B. (1996) Rechtliche Aspekte der Ankaufsuntersuchung, Schweiz. In: Ankaufsuntersuchung beim Pferd, Ed: B. von Salis, Gustav Fischer Verlag, Jena, pp: 29-39

Krenger B., Straub R. (2002) Die rechtlichen Aspekte der Kaufuntersuchung in der Schweiz. Pferdeheilkunde 3, pp: 291-292

Krenger B. (2008) Kauf auf Probe. PferdeWoche, p: 19

Krenger B. (2010) Besonderheiten des Pferdekaufs nach Schweizer Recht. In: Pferdekauf heute, Eds. S. Brückner, A. Rahn, FNVerlag, Warendorf, pp: 246-249

Krenger B. (2013) Pferdekauf. BEFA-Weiterbildung zum Thema Ankaufsuntersuchung, Bern

Krenger B. (2014) Das rechtliche Umfeld des Reitstalles. Eine Auswahl wichtiger Themen. Broschüre.

Kümmerle J. (2013) Ankaufsuntersuchung. Vorlesungsunterlagen, Zürich

Lauk H.D. (2002) Kaufuntersuchung – die ständige Herausforderung. Brauchen wir einen erweiterten Standard? Pferdeheilkunde 3, pp: 212-216

Lauk H.D. (2006) Klinische Allgemeinuntersuchung. In: Handbuch Pferdepraxis, Eds: Dietz, O., Huskamp B., 3. Aufl., Enke Verlag, Stuttgart

Lehmann B. (2013) Therapeutischer Nutzen der Anwendung einer CpG-ODN/GNP-Inhalationslösung zu Behandlung der COB des Pferdes. Eine klinische Feldstudie, einschliesslich der Erhebung allgemeiner statistischer Daten zur COB-Erkrankung in Deutschland anhand eines Fragebogens (Dissertation med. vet.), Freie Universität Berlin

Liver P. (1950) Besonderheiten des Viehkaufes. In: Vom Kauf nach Schweizerischem Recht. Festschrift zum 70. Geburtstag von Theo Guhl, Polygraphischer Verlag, Zürich

Meister D. (2013) Praktische Erfahrungen mit Ankaufsuntersuchungen – der deutsche Röntgenleitfaden. BEFA-Weiterbildung zum Thema Ankaufsuntersuchung, Bern

Meyer H. (2002a) Zur Psychologie von Pferdekauf und Kaufuntersuchung. Pferdeheilkunde 3, pp: 273-283

Meyer H. (2002b) Rosstäuscherei. Pferdeheilkunde 4, pp: 377-389

Meyer H. (2003) Pferde: Neu oder gebraucht. Pferdeheilkunde 19, pp: 93-106

Moegle H. (1990) Gewährleistung beim Tierkauf. In: Lehrbuch der gerichtlichen Tierheilkunde, Eds. H. Eikmeier, E. Fellmer, H. Moegle, Verlag Paul Parey, pp: 31-47

Münow F. (2006) Die Kaufuntersuchung aus der Sicht der Haftpflichtversicherer, Pferde Spiegel 2, pp: 90-93

Neuhaus L. (2007) Ursachen für Schadenersatzansprüche gegenüber Tierärzten nach Kaufuntersuchungen beim Pferd – Eine Untersuchung von 189 Schadensfällen aus den Jahren 1978-2005 (Dissertation med. vet.), Freie Universität Berlin

Nobis G. (1986) Die Geschichte des Pferdes – Seine Evolution und Domestikation. In: Handbuch Pferd, Ed. P. Thein, BLV-Verlag, München, Wien, Zürich, pp: 9-24

Neumann L. (2005) Das Pferdekaufrecht nach der Schuldrechtmodernisierung (Dissertation iur.) Universität Berlin

Novak M. (1988) Die klinische, röntgenologische und szintigraphische Untersuchung bei den sogenannten Rückenproblemen des Pferdes. Pferdeheilkunde 5, pp: 193-198

Oexmann B. , Wiemer N. (2004) Die Beweislastumkehr des § 476 BGB im Rahmen des Pferdekaufes – „Art der Sache“ und „Art des Mangels“. Pferdeheilkunde 20, pp: 368-371

Oexmann B. (2010) Die rechtliche Multifunktion der Pferdetierärzte. Pferdeheilkunde 2, pp: 264-274

Ohnesorge B. (2006) Die Kaufuntersuchung der Atemwege – Diagnose und Bewertung. Pferde Spiegel 2, pp: 52-58

Pick M., Von Salis B., Schön P., Schüle E. (2005) Der Verkehrswert eines Pferdes, SVK-Verlag, Bad Nenndorf

Pick M., Schüle E., Von Salis B. (2003) Liste zur Beurteilung von Minderungen des Verkehrswertes eines Pferdes, SVK-Verlag, Bad Nenndorf

Pick M., Von Salis B., Schüle E., Schön P. (2012) Der Verkehrswert des Pferdes und seine Minderungen („Value of horses and its depreciations“). 3. Aufl., VeterinärSpiegel Verlag GmbH, Berlin

Plewa D. (1987) „Vertrag über die Untersuchung eines Pferdes“ – Ein Beitrag zur Standardisierung der Ankaufsuntersuchung beim Pferd. Teil I: Juristische Anmerkungen. Pferdeheilkunde 3, pp: 297-302

Plewa D. (2002) Die Kaufuntersuchung aus rechtlicher Sicht. Pferdeheilkunde 3, pp: 284-288

Plewa D. (2007a) Die Kaufuntersuchung nach der Schuldrechtsreform. Pferdeheilkunde 6, pp: 604-606

Plewa D. (2007b) Kasuistik zu kauf- und haftungsrechtlichen Relevanz der Kaufuntersuchung – Gerichtsentscheidungen in Leitsätzen. Pferdeheilkunde 6, pp: 606-608

Plewa D. (2007c) Tierärztliche Prognosen im Rahmen der Kaufuntersuchung unter forensischer Feststellung eines Sachmangels. Pferdeheilkunde 6, pp: 608-610

Poncet P.A., Guillet A., Jallon L., Lüth A., Martin R., Montavon S., Saunier E., Trolliet Ch. F., Wohlfender K. (2007) Wirtschafts-, Gesellschafts- und Umweltpolitische Bedeutung des Pferdes in der Schweiz: Bericht der Arbeitsgruppe Pferdebranche (Kurzversion), Haras National, Avenches

Riedi F. (1961) Der Viehhandel in der Schweiz unter Berücksichtigung des Viehwirtschaftsrechts. 4. Aufl., M. Hügly-Herzog Verlag, Bern

Roloff F. (1890) Thierärztliche Gutachten, Berichte und Protokolle. Verlag von August Hirschwald, Berlin

Salis, von B. (1996) Ankaufsuntersuchung beim Pferd. Gustav Fischer Verlag, Jena

Saldern, F. Ch. (2013) Die orthopädische Untersuchung bei der Ankaufsuntersuchung. Workshop „Die Ankaufsuntersuchung in Theorie und Praxis“, Biel-Benken

Schmidlin L., Bachmann I., Flierl S., Schwarz A., Roesch A., Rieder S., von Niederhäusern R. (2013) Wirtschafts-, Gesellschafts- und Umweltpolitische Bedeutung des Pferdes in der Schweiz - Stand 2013. Agroscope Forschungsanstalt Liebefeld-Posieux ALP-Haras, Schweizerisches Nationalgestüt, Avenches

Schüle E. (2002a) Ausbildungsstand, Verwendungszweck und Kaufpreis des Pferdes – Für den Tierarzt relevante Informationen? Pferdeheilkunde 3, pp: 260-262

Schüle E. (2002b) Anforderung an den Verkäufer, Käufer, Pferd und Umfeld bei der Kaufuntersuchung - Bedingungen und Voraussetzungen für eine für alle Beteiligten optimale Untersuchung. Pferdeheilkunde 18, pp: 255-259

Schüle E. (2008) Das standardisierte tierärztliche Untersuchungsprotokoll. Pferdeheilkunde 24, pp: 243-252

Schüle E. (2015) Vortrag zum Thema Ankaufsuntersuchung in Deutschland, Weiterbildung SVPM, Bern

Schuster H. (2010) Besonderheiten des Pferdekaufs nach Österreichischem Recht. In: Pferdekauf heute, Eds. S. Brückner, A. Rahn, FNVerlag, Warendorf, pp: 236-245

Schwarz A., Gazzarin Ch., von Niederhäusern R. (2013) Wie wirtschaftlich ist die Pensionspferdehaltung? Agroscope Forschungsanstalt Reckenholz-Täniken, ART Tänikon, Ettenhausen

Schweizerische Vereinigung für Pferdemedizin SVPM/ASME Leitfaden zur Ankauf-untersuchung des Pferdes in der Schweiz (Leitfaden SVPM)

Schweizerische Vereinigung für Pferdemedizin SVPM/ASME Ankaufsuntersuchung - Dokumentierung des Untersuchungsganges (Protokoll SVPM)

Schwenzer I. (2016) Schweizerisches Obligationenrecht, Allgemeiner Teil. 7. Aufl., Stämpfli Verlag AG, Bern

Senn M. (2007) Rechtsgeschichte – ein kulturhistorischer Grundriss. Schulthess Verlag, Zürich

Sommer M. (2000) Der Pferdekauf (Dissertation iur.), Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Stadler P. (2005) Röntgenbefundung bei Ankaufsuntersuchungen – Anspruch und Wirklichkeit. Pferde Spiegel 1, pp: 51-53

Stadler P., Schüle E. (2007) Befundung und Interpretation von Röntgenbildern bei der Kaufuntersuchung von Pferden. Recht der Landwirtschaft, pp: 225-231

Stadler P. (2008) Die Grenzen der tierärztlichen Kaufuntersuchung beim Pferd im Spiegel semantischer und rechtlicher Betrachtungen, Pferdeheilkunde 4, pp: 577-585

Sten. Bull. NR (1909) Amtliches stenographisches Bulletin der Bundesversammlung, pp: 570 f.

Strasser R. (1980) Zur Reform des Viehwährschaftsrechts (Dissertation iur.), Universität Freiburg im Breisgau

Tichy B. (1995) Pferdehandel und Rosstäuscherpraktiken im Spiegel tierheilkundlicher Literatur zwischen 1780 und 1850 (Dissertation med. vet.), Universität Giessen

Träger F. (1928) Das Schweizerische Viehwährschaftsrecht (Dissertation med. vet.), Universität Erlangen

Trump M. (2014) A retrospective study on the prevalence of injuries to the suspensory ligament, digital flexor tendons and associated structures in a non-racehorse referral-hospital population (Dissertation med. vet.), Universität Zürich

Ueltschi, G. (2002) Zur Röntgendiagnostik des Strahlbeins. Pferdeheilkunde 18, pp: 217-224

Ueltschi G. (2013) Die orthopädische Untersuchung bei der Ankaufsuntersuchung. Workshop „Die Ankaufsuntersuchung in Theorie und Praxis“, Biel-Benken

Verschooten F. (1992) The Locomotory System of the Purchase Examination in the Horse. Equine Practice 14, pp: 9-16

Voy O.A. (2005) Hand drauf! Magazin Reiter und Pferd 7, p: 14

Walz U. (2005) Pferdekauf und Haftung. Herbstseminar vom 26. November 2005 der Stiftung Forschung für das Pferd, Zürich

Weinberger T. (2006) Was bedeutet die Kaufuntersuchung für den Pferdetierarzt. Pferde Spiegel 2, pp: 50-51

Williams R.B., Harkins L.S., Hammond C.J., et al. (2001) Racehorse injuries, clinical problems and fatalities recorded on British racecourses from flat racing and National Hunt racing during 1996, 1997 and 1998. Equine Vet J 33, pp: 478-86

Wiprächtiger E. (1958) Das Viehwährschaftsrecht in der Schweiz, 3. Aufl., Verlag Buchdruckerei Willisauer Bote, Willisau, p: 15

Witte S. (2013) Röntgenologische Beurteilung von Strahlbein und distalem Tarsus bei der Ankaufsuntersuchung, BEFA-Weiterbildung zum Thema Ankaufsuntersuchung, Bern

Wolkowski B. (2010) Die rechtliche Behandlung der Kaufuntersuchung beim Pferdekauf (Dissertation iur.), Universität Düsseldorf

Danksagung

Zuerst möchte ich Prof. Dr. Anton Fürst danken für die Überlassung des Themas und die Übernahme des Referats. Ausserdem danke ich Prof. Gerald Fritz Schusser für die Erstellung des Korreferats. Mein spezieller Dank geht an meinen Betreuer Dr. Jan Kümmerle. Ohne seine wertvolle fachliche Hilfe, sein Verständnis für alle zeitlichen Verzögerungen und seine unermüdliche Motivation wäre diese Arbeit nie zum Abschluss gekommen.

Mein Dank geht auch an die Experten Dres. Marco Hermann, Martin Kummer und Eberhard Schüle sowie an den leider kürzlich verstorbenen Prof. Dr. Björn von Salis und an lic. iur. Bart Krenger für die fachliche Unterstützung meines Themas und die vielen Ideen und Anregungen im Rahmen der Diskussionsrunde. Auch danke ich der teilnehmenden Tierärzteschaft für die Beantwortung des Fragebogens.

Weiter danke ich Lucrezia von Salis für die Führung des Protokolls und Matthias Mazenauer für die vielen Stunden, die er in seiner Freizeit in die Auswertung und Präsentation des statistischen Teils dieser Arbeit gesteckt hat. Ohne ihn hätte ich wohl kapituliert angesichts der Tücken des SPSS.

Mein letzter Dank geht an meine Freunde für alle Aufmunterungen und an meine geliebte Familie: Meinen Eltern Lukretia und Hans Lüchinger und meinem Gotti Maja Wellmann für die immer bedingungslose Unterstützung meines Studiums und der anschliessenden Doktorarbeit und dafür, dass sie immer an mich geglaubt haben. Weiter danke ich meiner Schwester Seraina für die vielen sorgfältigen Korrektur- und Formatierungsarbeiten sowie meinem Partner Andreas Kuoni und meiner Tochter Alina für ihre Geduld und ihr Verständnis für alle Bürostunden. Ihre Liebe und Ermutigung in den letzten Jahren bedeuten mir sehr viel.

Curriculum Vitae

Name	Ursina Kuoni-Lüchinger
Geburtsdatum	2. Mai 1978
Heimatort	Oberriet-Montlingen SG
Nationalität	Schweiz

Schulausbildung

1985 – 1991	Primarschule, Maienfeld
1991 – 1999	Bündner Kantonsschule, Chur, Matura Typus D

Studium

1999 – 2005	Studium der Rechtswissenschaften, Universität Zürich, Schweiz
06/2005	Lizenziat der Rechtswissenschaften
2006 – 2011	Studium der Veterinärmedizin, Vetsuisse Fakultät, Universität Zürich, Schweiz
10/2011	Diplom der Veterinärmedizin

Doktorat

2012 – 2018	Doktorat der Veterinärmedizin, Departement für Pferde, Vetsuisse Fakultät, Universität Zürich, Schweiz
-------------	--

Praktische Tätigkeiten

07/2005 – 03/2006	Jugendanwaltschaft BL, Untersuchungsbeamtin
04/2006 – 06/2006	Appellationsgericht BS, Gerichtsschreibervolontariat
08/2006 – 10/2006	Strafgericht BS, Gerichtsschreibervolontariat
07/2008 – 12/2008	Stiftung für das Tier im Recht, Zürich, rechtswissenschaftliche Mitarbeiterin
12/2011 – 12/2016	Pferdepraxis Deiss, Flums und Schaan FL, Assistenztierärztin

06/2012 – 10/2015 Stiftung für das Tier im Recht, Zürich, wissenschaftliche
Mitarbeiterin

seit 11/2015 Stiftung für das Tier im Recht, Zürich, freie Mitarbeiterin

01/2016 – 12/2017 Tierarztpraxis Zindel, Maienfeld, Assistenztierärztin

01/2017 – 12/2017 Tierarztpraxis Kreuzberg AG, Gams, Assistenztierärztin

seit 01/2018 vets7304, Praxis für Kleintiere und Pferde, Maienfeld, Tierärztin
und Mitinhaberin

Anhang

OR 197

1 Der Verkäufer haftet dem Käufer sowohl für die zugesicherten Eigenschaften als auch dafür, dass die Sache nicht körperliche oder rechtliche Mängel habe, die ihren Wert oder ihre Tauglichkeit zu dem vorausgesetzten Gebrauche aufheben oder erheblich mindern.

2 Er haftet auch dann, wenn er die Mängel nicht gekannt hat.

OR 198

Beim Handel mit Vieh (Pferden, Eseln, Maultieren, Rindvieh, Schafen, Ziegen und Schweinen) besteht eine Pflicht zur Gewährleistung nur insoweit, als der Verkäufer sie dem Käufer schriftlich zugesichert oder den Käufer absichtlich getäuscht hat.

OR 200

1 Der Verkäufer haftet nicht für Mängel, die der Käufer zur Zeit des Kaufes gekannt hat.

2 Für Mängel, die der Käufer bei Anwendung gewöhnlicher Aufmerksamkeit hatte kennen sollen, haftet der Verkäufer nur dann, wenn er deren Nichtvorhandensein zugesichert hat.

OR 202

1 Enthält beim Handel mit Vieh die schriftliche Zusicherung keine Fristbestimmung und handelt es sich nicht um Gewährleistung für Trächtigkeit, so haftet der Verkäufer dem Käufer nur, wenn der Mangel binnen neun Tagen, von der Übergabe oder vom Annahmeverzug an gerechnet, entdeckt und angezeigt wird, und wenn binnen der gleichen Frist bei der zuständigen Behörde die Untersuchung des Tieres durch Sachverständige verlangt wird.

2 Das Gutachten der Sachverständigen wird vom Richter nach seinem Ermessen gewürdigt.

3 Im Übrigen wird das Verfahren durch eine Verordnung des Bundesrates geregelt.